

# Die Linken und die Krisen

# Die Linken und die Krisen

Institut für Gesellschaftsanalyse  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Mai 2009

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b>	<b>5</b>
<b>Franziska Wiethold: Die Linke und die Krise – Aktionsfeld Beschäftigungssicherung</b>	<b>7</b>
<b>Matthias Hinze: Begrenzte Autonomie – Die DGB-Gewerkschaften im Wahljahr</b>	<b>11</b>
<b>Jörg Nowak: Gewerkschaften und betrieblicher Widerstand in der Krise</b>	<b>17</b>
<b>Horst Kahrs: Die Linken und die Krise</b>	<b>21</b>
<b>Christina Kaindl: Die Radikale Linke und die Krise</b>	<b>27</b>
<b>Conny Hildebrandt: Die aktuelle Krise auf dem Kirchentag – relevant für die Linken?</b>	<b>30</b>
<b>Frank Kleemann, Uwe Krähnke, Ingo Matuschek: Wer und was ist heute „links“? Konturen linksaffiner Milieus in Deutschland</b>	<b>36</b>
<b>Joachim Bischoff, Richard Detje, Christoph Lieber, Bernhard Müller, Bernhard Sander, Gerd Siebecke und Guido Speckmann (Redaktion Sozialismus): Eine neue Qualität des »Stellungskrieges«</b>	<b>41</b>
<b>Birgit Daiber: Versuch: Die Linke und die Krisen</b>	<b>45</b>
<b>Uli Brand: Akteurskonstellationen, deren Internationalisierung und die Frage alternativer Praxen</b>	<b>48</b>
<b>Mario Candeias: Die letzte Konjunktur. Organische Krise und »postneoliberale« Tendenzen</b>	<b>51</b>
<b>Frieder Otto Wolf: Re-thinking radical politics: Crises, agencies, crisis and revolutionary practice. Theses on the way in a process of collective reflection</b>	<b>64</b>
<b>Peter Wahl: Politische Stabilität trotz Krise</b>	<b>71</b>
<b>Thomas Seibert: Strategisches Szenario, gewonnen im Rückblick auf italienische Ereignisse</b>	<b>75</b>
<b>Walter Baier: Krise ohne Linksentwicklung</b>	<b>79</b>
<b>Lutz Brangsch: Die Linken und die Krise im Spiegel der Diskussionen im Netzwerk transform!</b>	<b>83</b>
<b>Mona Bricke: Die Linken und die Klimakrise: Eine Frage der Gerechtigkeit</b>	<b>86</b>
<b>Holger Politt: Die Krise aus polnischer Sicht</b>	<b>90</b>
<b>Michael Brie: Die Krise als Chance</b>	<b>93</b>



# Einführung

Das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich mit ihrem Kontroverspapier „Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke“ in die öffentliche Diskussion eingebracht. Ausgehend davon haben wir Aktivistinnen und Aktivisten aus Gewerkschaftlichen, sozialen Bewegungen und Parteien sowie linker Akademikerinnen und Akademiker gebeten, in sehr knapper Form ihre Positionen zu folgenden vier Fragen aufzuschreiben:

1. Wie werden die gegenwärtigen Krisen sowohl individuell als auch kollektiv wahrgenommen? Welche Unterschiede gibt es zu den bisherigen Krisen und was bedeuten diese Unterschiede für Strategien zur Krisenbewältigung?
2. Wie verändert die Krise nach Sicht des Autors für den jeweiligen Akteur Spielraum und Varianten kollektiven wie auch individuellen Handelns? Wie werden diese veränderten Handlungsmöglichkeiten durch den jeweiligen Akteur reflektiert?
3. Mit welchen Strategien reagieren linke Akteure auf die Krise (national und international)? Gibt es wesentliche Veränderungen bezogen auf strategische Bündnisse und politische Konzepte, aktuelle Kämpfe, Kampfformen, zentrale Forderungen etc.?
4. Ermöglicht die Krise die Entwicklung und Einstiege in alternative Projekte oder Wege – welche sind das?

Im Ergebnis ist diese Sammlung entstanden, eine Art des Nachdenkens und Fragens im suchenden Vorwärtsgen. Sie ist unvollständig, viele Positionen wären zu ergänzen, sehr Vieles muss zwangsläufig offen bleiben. Trotz allem aber zeigt sich: Krisen sind Herausforderungen für ein Neues Denken, sind Chancen, sich zu öffnen und zu experimentieren.

Eines machen alle Beiträge deutlich, die jetzige Krise ist nicht nur eine Krise des

Kapitalismus, sondern auch eine Krise, die die verschiedenen Kräfte der pluralen Linken selbst verändern wird. Alle sind sie durch tiefe Widersprüche geprägt und keine in ihrer jetzigen Form und ohne eine neue Weise des Zusammenwirkens mit den anderen zu radikaler Realpolitik und einem gesellschaftsverändernden Wirken als Kraft einer über den Kapitalismus hinausweisenden Transformation fähig. Wer will, dass die Linke bleibt und stärker wird, muss wollen, dass sie sich verändert.

In der jetzigen Krise verstärken sich konservative und retardierende Tendenzen in den verschiedenen Gruppierungen der Linken wie auch jene, die durch Selbstveränderung und neue Strategien der Kooperation zu einer neuen, gesellschaftlich eingreifenden Kraft der Linken beitragen wollen. Nur zusammen und auf der Basis einer respektvollen Kritik und dem Erkunden der neuen Möglichkeiten können die Chancen dafür erschlossen werden.

Wenn dies im Geiste der Solidarität geschieht, wie in den hier vorliegenden Beiträgen, wenn aufgezeigt wird, wo neue Potentiale liegen, wenn nach Bedingungen einer engeren und wirkungsvolleren Kooperation gefragt wird, ist dies ein sehr ermutigendes Zeichen. Wir hoffen, dass dadurch zum Aufbruch der Linken in der Bundesrepublik beigetragen werden kann.

Conny Hildebrandt und Michael Brie,  
7. Juni 2009



## Die Linke und die Krise – Aktionsfeld Beschäftigungssicherung

Durch die Wirtschaftskrise gehen in einigen Branchen die Arbeitsplätze rapide zurück. Auseinandersetzungen um Beschäftigungssicherung sind eines der zentralen Aktionsfelder geworden. Auf deren Chancen und Probleme konzentrieren sich die folgenden Anmerkungen:

- Inwieweit besteht die Gefahr des Strukturkonservatismus, wenn Beschäftigungssicherung mit Arbeitsplatzsicherung gleichgesetzt und damit die exportlastige Wirtschaftsstruktur nicht in Frage gestellt wird?
- Welcher Typ von Belegschaft erringt am ehesten öffentliche Aufmerksamkeit, um auf staatliche Hilfe bzw. auf Kompromisse der Kapitaleseite rechnen zu können? Inwieweit wirkt hier der Mythos „Exportland/Autoland Deutschland“ nach?
- Wenn Beschäftigung in gefährdeten Unternehmen unter Krisenbedingungen gesichert werden muss, erfordert dies Zugeständnisse und/oder Bündnisse mit der Kapitaleseite; lässt sich das mit transformatorischen Forderungen verbinden?

Beschäftigungssicherung ist mit Makroökonomie nur teilweise zu bewältigen, zumal wenn die Krise auch eine Strukturkrise ist und Strukturveränderungen erfordert. Das Papier „Herausforderungen für die Linke“ verallgemeinert aber zu schnell von konkreten Auseinandersetzungen auf die Ebene der Makroökonomie; Widersprüche zwischen diesen Ebenen verschwinden. Auch internationale Unterschiede zwischen Krisenfolgen und Betroffenen kommen zu kurz.

1. Im Gegensatz zu den USA mit ihrer Binnenmarktorientierung und ihrer hohen privaten und öffentlichen Verschuldung dominiert in Deutschland ein exportorientiertes Modell: das geringe Wachstum

(niedrige Konsumquote, hohe Sparquote, öffentliche Sparpolitik) wurde überwiegend von Exportüberschüssen getragen. Die Bevölkerung war weniger als in den USA an der Spekulationsblase beteiligt, da es keine schuldengetriebene Immobilienblase gab und die private Altersvorsorge geringere Bedeutung und geringere Verluste hat. An der gespaltenen Konjunktur hatten die Beschäftigten unterschiedlich teil: Arbeitsplatzzuwachs und kleine Reallohnsteigerungen in Exportbranchen; Arbeitsplatzabbau und Lohndruck in den meisten anderen Bereichen. Jetzt wird die Exportlastigkeit zum Problem: Die Krise trifft vorrangig exportabhängige Branchen (Autoindustrie, Chemische Industrie, Maschinenbau, Werften, Häfen, Stahl, Transport und Zulieferer), während die Binnennachfrage noch stabil ist. Wenn durch den Arbeitsplatzabbau die Konsumnachfrage zurückgeht, wird die Krise auch den Binnenmarkt erreichen. Die wachsende Zukunftsangst in der Bevölkerung nimmt dies bereits vorweg, zumal Exportbranchen wie die Autoindustrie immer noch als „Leitbranchen“ eine besondere Symbolkraft haben. Die Frage, ob Deutschland nach Überwindung der allgemeinen Krise an dies Exportmodell wieder anknüpfen kann, wird nur verhalten diskutiert. Gewerkschaften und Linke fordern zwar, dass an die Stelle des Exportmodells eine dauerhafte Erhöhung der Binnennachfrage und der öffentlichen Investitionen treten muss, um Arbeitsplätze zu schaffen; aber der dafür notwendige sektorale Umbau zwischen den Arbeitsplätzen wird nicht offen genug benannt.

2. Die Bundesregierung hat durch Slogans wie „Schutzschild für Beschäftigung“ die Erwartung geweckt, dass sie auch die Beschäftigungskrise meistern wird. Bisher folgten dem ein hilfloses Nebeneinander von kleinen Konjunkturmaßnahmen zur Stabilisierung der Nachfrage, der Erleich-

terung von Kurzarbeit, kurzfristigen Rettungsversuchen für die Autoindustrie (Abwrackprämie) und Versuchen, Unternehmen durch erleichterte Kredite vor der Insolvenz zu bewahren. Über kurzfristige Einzelfalllösungen hinaus ist wenig Strategie zu erkennen, wie der Fall Opel zeigt. Dies beinhaltet Chancen, weil die Bundesregierung aktuell auf Druck reagiert, um ihren Nimbus, die Krise im Griff zu haben, zu behalten; es beinhaltet auch Risiken, weil die Kurzatmigkeit die Schwächen linker Politik, die häufig ebenfalls von Symbolthemen und dem Aufladen konkreter Auseinandersetzungen lebt, aufgreift. Für Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen stellt sich das Problem noch schärfer: Das elementare Interesse von Beschäftigten an sicherer Arbeit artikuliert sich in wirtschaftlichen Krisensituationen als Forderung nach Erhalt der Arbeitsplätze und damit Erhalt des Betriebes. Die Gefahr des Strukturkonservatismus – des Versuchs, die bisherigen Produktionsstrukturen zu erhalten – liegt nahe, zumal Beschäftigte neben ihrer Angst vor Arbeitslosigkeit (massiv durch Hartz IV gesteigert) meist auch eine emotionale Bindung an ihr Unternehmen und ihr Produkt entwickelt haben. Die IG Metall z. B. steckt in dieser Ambivalenz: sie hat die Abwrackprämie gefordert, wohl wissend, dass sie nur kurzfristig wirkt und die weltweiten Überkapazitäten in der Autobranche nicht abbaut. Sie erklärt die Autoindustrie sogar zur Kernbranche Deutschlands (das erinnert an den „Kern der Arbeiterklasse“). Andererseits fordert die IG Metall Staatshilfen auch deshalb, damit Industrieunternehmen mit strukturellen Absatzproblemen Zeit für eine Transformation in eine andere Produktherstellung brauchen.

3. Kämpfe um Beschäftigungssicherung haben dann Erfolg, wenn die Belegschaft mobilisiert werden kann und sie wiederum Öffentlichkeit und Politik mobilisieren kann. Das können nach wie vor am ehesten traditionelle Industrieunternehmen mit stabiler Interessenvertretung, die den alten Nimbus der „Weltmarktstärke“ Deutschlands verkörpern. Die Kehrseite: andere Betriebe ohne diesen Nimbus können als weniger wichtig ausgegrenzt werden. Der

Hinweis auf die Systemrelevanz dieser Unternehmen ist nur ein Teil der Wahrheit, da andere Unternehmen aus eher mittelständischen Branchen (Maschinenbau) oder aus Dienstleistungen (Gesundheitsbereich) ähnliche Systemrelevanz haben, ohne eine solche Symbolkraft zu haben. Da öffentliche Aufmerksamkeit und die Fieberkurven öffentlicher Erregung zudem endlich sind, besteht die Gefahr, dass kein verallgemeinernder Funke in andere bedrohte Betriebe überspringt, sondern nur für spektakuläre Einzelfälle Lösungen gefunden werden (der Holzmann-Fall sollte noch in Erinnerung sein). Bei Nicht-Betroffenen hinterlässt die Beteiligung an Symbolauseinandersetzungen ein gutes Gefühl; bei von Entlassung Betroffenen aus anderen Betrieben, denen mangels Aufmerksamkeit nicht geholfen wird, eher Bitternis. Vor allem wird die Chance verspielt, aus konkreten Kämpfen generelle Auseinandersetzungen um Regeln zur Beschäftigungssicherung zu machen, um den notwendigen Umbau in der Arbeitsplatzstruktur zu bewältigen.

4. Je deutlicher der strukturelle Charakter der Krise wird, desto deutlicher wird die Diskrepanz zwischen kurzfristigen Einzelfalllösungen und der Notwendigkeit, an die Strukturen zu gehen. Während die Republik sich auf Abwrackprämie und Opel fixiert, gehen die Gewerkschaften einen Schritt weiter. So erinnert die IG Metall an die staatliche Begleitung des Ab- und Umbaus in der Stahlindustrie in den 80er Jahren. Sie fordert die Einrichtung eines Branchenrates Automobile Zukunft und benennt damit den notwendigen Umbau der Branche. Das erfordert die dauerhafte Rückkehr des Staates in die Steuerung der Ökonomie; dafür muss in den besonders betroffenen Regionen und Branchen mobilisiert werden. Problematisch wird es allerdings, wenn sich diese Auseinandersetzung weiterhin auf angebliche „Leitbranchen“ konzentriert und nicht darüber hinaus verallgemeinert wird – durch Forderungen nach einer aktiven Arbeitsmarktpolitik für alle anstelle von Hartz IV, der Begleitfinanzierung von Betriebsvereinbarungen zur Reduzierung des Arbeitsvolumens (Altersteilzeit, Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich usw.) durch die Bun-



desagentur für Arbeit, der Forderung nach regionalen und Branchenstrukturfonds. Warum nicht z. B. gemeinsam in den Hafenstädten an Nord- und Ostsee die Beschäftigten der Werften, der Häfen, der Dienstleister zusammen mit der Bevölkerung branchen- und länderübergreifend mobilisieren? Ohne solche Rahmenregelungen werden die meisten betrieblichen Auseinandersetzungen außerhalb der „Leuchttürme“ letztlich in Sozialplänen enden, da in Betrieben mit finanziellen Schwierigkeiten betrieblicher Druck nur begrenzt wirkt. Und in Kleinbetrieben ohne kollektive Vertretungsstrukturen wird es noch nicht einmal das geben. Die Strukturverschiebungen weg vom fordistischen Großunternehmen hin zu hoch vernetzten Kleinbetrieben schwächen die traditionellen Formen betrieblicher Interessenvertretung und betrieblicher Gegenwehr. Erforderlich ist eine generalisierende Mobilisierung auch als Bindeglied zwischen den beiden Ebenen der betrieblichen Auseinandersetzung und der Großdemo, in der von der Politik Strukturmaßnahmen für die Schaffung künftiger Arbeitsplätze gefordert werden. Das erfordert aber auch, dass Beschäftigungssicherung ein eigenständiges Ziel wird und nicht einer Begründung über die angebliche Systemrelevanz des Betriebes für den Standort bedarf!

6. Betriebsvereinbarungen zur Beschäftigungssicherung müssen meist durch Zugeständnisse bei den Lohnkosten erkauf werden. Häufig waren solche Vereinbarungen nur eine Atempause bis zur nächsten, da sie an dem Verdrängungswettbewerb in der Branche oder den überhöhten Renditezielen der Kapitalgeber nichts ändern konnten. Die Beschäftigten vieler Betriebe, die jetzt Absatzprobleme haben, haben ähnliche Krisen bereits mehrfach erlebt und Illusionen verloren. Das kann zu Resignation führen, kann aber auch die Bereitschaft wecken, jetzt weitergehende Forderungen zu stellen, um aus dem Teufelskreis der ständigen Zugeständnisse herauszukommen. Aufgrund dieser Erfahrungen schlägt vor allem die IG Metall neue Töne an: Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung oder gemeinsame Aktivitäten mit Unternehmen für staatliche Hilfen nur, wenn Arbeitnehmer künftig

dauerhaft Einfluss auf die Kapitalstrategie nehmen können: Bezahlung der Manager nur noch am langfristigen Unternehmenserfolg; Ausweitung der wirtschaftlichen Mitbestimmung; Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmenskapital. Kapitalstrategien sollen auf langfristige Wertsteigerung auf den Gütermärkten ausgerichtet werden und nicht mehr auf die kurzfristige Renditejagd von Kapitalanlegern. Dahinter verbirgt sich die Hoffnung, dass langfristig angelegte Kapitalstrategien weniger produktive Ressourcen zerstören und auch eher auf Ausgleich mit der Belegschaft bedacht sind.

Gibt es Unterschiede zwischen kurz- und langfristig orientierter Kapitalstrategie, welche Spielräume lässt ein nach wie vor globaler Kapitalismus zu? Die Erfahrungen mit unterschiedlich geführten Unternehmen zeigen, dass Manager und Anteilseigner keine Charaktermasken oder Agenten eherner ökonomischer Gesetzmäßigkeiten sind, sondern Spielräume haben. Der Neoliberalismus hat zwar die Jagd nach kurzfristigen Renditezielen forciert; er hat aber ebenso erfolgreich ein ideologisches Leitbild verankert, das auch ohne ökonomischen Zwang Sogwirkung hatte. Nach dem Desaster der finanzmarktgesteuerten Kapitalstrategie gibt es jetzt die Chance, die Spielräume für eine nachhaltige, Realwert-orientierte Kapitalstrategie wieder zu nutzen und sie zu vergrößern. Das bündigt das Kapital zwar nur; es trägt die Gefahr von Sozialpartnerschaft in sich, weil es Belegschaften an ihr Unternehmen bindet. Es ist kein transformatorisches Projekt, für Belegschaften macht es trotzdem einen großen Unterschied. Auch das erfordert aber Regelwerke, durch die Unternehmen nicht mehr kurzfristige Spekulationsobjekte für Kapitalanleger werden können (z. B. Verbot des Kaufes auf Pump, langfristige Aktienbindung). Bündnispartner wird man dafür selbst im Arbeitgeberlager finden; zu viele altgediente Manager mussten dem neuen Typ des „Söldners“ weichen und zusehen, wie „ihr“ Unternehmen zerstückelt und ausgenommen wurde. Trotzdem hat es eine Schwäche: es setzt zu sehr auf eine neue Moral des Managements. Auch wenn der subjektive Faktor eine größere Bedeutung hat als

angenommen, müssen vor allem Regelwerke durchgesetzt werden, die Belegschaften von der Moral der Kapitaleseite unabhängiger machen. Das erfordert allerdings, dass man nicht allzu sehr auf der personalisierenden Empörung über gierige Manager mitreitet (der dann logischerweise der Rücktritt folgt), sondern mit der Ausweitung wirtschaftlicher Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene eine dauerhafte Verschiebung der Machtverhältnisse fordert. Das alleine reicht aber nicht aus: Denn Unternehmensmitbestimmung in Branchen mit Verdrängungswettbewerb kann die Regeln des Verdrängungswettbewerbes nicht außer Kraft setzen, auch die Arbeitnehmervertretungen müssen mitspielen und werden dabei eingebunden. Der Gefahr des Betriebssyndikalismus muss deshalb durch Reregulierung der Marktspielregeln (zumindest auf Branchenebene) begegnet werden.

Um die Bindung von Managergehältern an langfristige Ziele und deren Begrenzung sind bisher die größten politischen Auseinandersetzungen geführt worden, gesetzliche Veränderungen sind eingeleitet. Das ist eine wichtige, aber keine hinreichende Voraussetzung für veränderte Kapitalstrategien. Wenn es zum Symbolthema für die Profitjagd gemacht wird (das machen aktuell Teile der Regierung), können andere wichtigere Regulierungsmaßnahmen untergehen. Und: wenn immer mehr Manager unter dem aktuellen Druck ihre Bezüge reduzieren, wird dann mit dem Symbolthema der Auseinandersetzung nicht insgesamt der Wind aus den Segeln genommen?

Ob eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmenskapital die richtige Forderung ist? Wenn es um mehr Einfluss oder um Teilhabe am Unternehmensgewinn geht, kann man das direkter über erweiterte Mitbestimmung oder über Sonderzahlungen je nach Gewinn regeln. Der Gedanke, dass Beschäftigte aber bei wirtschaftlichen Schief lagen nicht nur ihre Arbeitsplätze, sondern auch ihr Erspartes riskieren, macht skeptisch. Vor allem aber: Wollen wir Beschäftigung sichern, indem Belegschaften wie in alten fordistischen Zeiten eng an „ihr“ Unternehmen und an

dessen Wohl und Wehe gebunden werden? Oder wollen wir, dass Beschäftigte durch eine entsprechende Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ohne materielle und soziale Verluste Unternehmen wechseln können, Strukturveränderungen also ihre Bedrohung verlieren? Das erfordert gerade in Deutschland mit seiner Tradition hoher Betriebsbindung, der Stärke betrieblicher Interessenvertretung als Unterbau für das gesamte Kollektivsystem, mit dem Nimbus bestimmter Leit- und Kernbranchen einen erheblichen Kurswechsel.

Schaffen wir es, die Auseinandersetzung um Beschäftigungssicherung von dem kurzfristigen und auf die jetzige Wirtschaftsstruktur fixierten Ziel der Arbeitsplatzsicherung zu lösen? Schaffen wir es, Beschäftigungssicherung zu einem Ziel für Alle zu machen, unabhängig davon, ob die betroffenen Arbeitsplätze und Betriebe den Nimbus der „Systemrelevanz“ haben? Schaffen wir es, in der Welle der Symbol- und Einzelfallpolitik nicht einfach mit zu schwimmen, sondern Verallgemeinerung auch da einzufordern, wo sie nicht sofort mobilisierungsfähig ist? Die Chance dazu haben wir!

**Matthias Hinze**

## **Begrenzte Autonomie – Die DGB-Gewerkschaften im Wahljahr**

Die DGB-Gewerkschaften stecken gegenwärtig ihren gemeinsamen politischen Kurs für das Wahljahr 2009 ab. Der folgende Beitrag nimmt die für die Bundespolitik maßgebliche Positionierung der Spitzen der großen Gewerkschaften im DGB in den Blick und fragt nach den Konsequenzen für die Partei DIE LINKE. Die Partei DIE LINKE hat sich seit ihrer Gründung sichtbar für die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingesetzt, sowohl durch ihre Fraktionen in Bund und Ländern als auch direkt durch ihre gewerkschaftlich aktiven Mitglieder. Teile der DGB-Gewerkschaften sehen darin einen Zugewinn an strategischen Optionen, mit der Möglichkeit, sich aus der Abhängigkeit von der SPD zu lösen. Und die SPD reagiert auf diese Verschiebungen in der politischen Tektonik mit einer programmatischen Linkswende. Für eine Herausbildung linker Mehrheiten ist die weitere Positionierung des DGB von herausragender Bedeutung.

### **Herausforderung Krise**

Nach Jahren mit rückläufiger Mitgliederentwicklung und Abwehrkämpfen in der Tarifpolitik konnten die DGB-Gewerkschaften in den Jahren 2006 bis Mitte 2008 eine positive Entwicklung verzeichnen. In Tarifverhandlungen wurden Reallohnzuwächse erzielt und die Mitgliederzahlen stabilisierten sich. Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise in der zweiten Jahreshälfte 2008 verschlechtern sich die gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen rapide. Statt Lohnerhöhungen durchzusetzen, gilt es, Lohnkürzungen und Entlassungen abzuwehren. Mitgliederverluste durch Arbeitslosigkeit und schrumpfende Beitragseinnahmen durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitergeld sind zu verkraften.

Diese Entwicklung verstärkt die organisationspolitischen Herausforderungen, denen sich die Gewerkschaften mit der ar-

beitnehmerfeindlichen Politik der Regierungen Schröder und Merkel bereits gegenüber stehen sehen: Druck auf Beschäftigte durch Hartz IV, Ausweitung prekärer Beschäftigung durch die Agenda 2010, Rentenkürzungen durch die Rente mit 67 etc. Hinzu kommen Angriffe auf tarifliche Standards durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und die Politik der EU-Kommission (Dienstleistungsrichtlinie etc.).

Kurz: Die Revitalisierung und Stärkung der gewerkschaftlichen Organisations- und Durchsetzungsmacht der vergangenen Jahre wird durch die Krise in Frage gestellt. Der Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommen bindet die Ressourcen in Abwehrkämpfen. Auch wenn die Massenentlassungen bisher durch Kurzarbeit verhindert wurden, ist die Gefahr lediglich aufgeschoben.

### **Krisenbewältigung und gesellschaftspolitische Perspektiven**

In ihren politischen Forderungen nach kurzfristig wirkenden Maßnahmen zur Abwehr der Krisenfolgen ähneln sich die Einzelgewerkschaften. Akzentuierungen folgen den spezifischen Problemen der von ihnen vertretenen Branchen. So konzentriert sich die IG Metall auf den Kampf gegen Entlassungen in der von der Krise besonders betroffenen Metallbranche (Automobilindustrie, Maschinenbau) und fordert Konjunkturlösungen. Für ver.di stehen die Forderungen nach der materiellen Absicherung prekär Beschäftigter durch den gesetzlichen Mindestlohn sowie die Frage im Mittelpunkt, wer die Kosten der Krise trägt. Die IG BCE konzentriert sich auf die Abwendung von Kündigungen, setzt sich für leichtere Übergänge älterer Beschäftigter in die Rente ein und fordert von der Politik, die für die Chemiebranche wichtige Versorgung mit preisgünstiger Energie zu garantieren.

Insgesamt herrscht zwischen den Vorständen der DGB-Gewerkschaften Einigkeit in den zentralen Forderungen, dem Nachfragerückgang mit einer nachfrageorientierten Konjunkturpolitik zu begegnen und die Finanzmärkte umfassend zu regulieren.

Klar ist den Gewerkschaften auch, dass die kurzfristigen Antikrisenmaßnahmen dem grundsätzlichen Charakter der Krise nicht gerecht werden. Die Schlussfolgerungen, die die Einzelgewerkschaften aus dieser Erkenntnis ziehen, weichen aber zum Teil erheblich voneinander ab. Hierin spiegeln sich zu einem guten Teil die jeweiligen gesellschaftspolitischen Perspektiven der Einzelgewerkschaften wieder.

So betrachtet etwa die IG Metall einen grundlegenden Umbau der Industrieproduktion als unumgänglich, um Arbeitsplätze zu sichern. Als Einstieg in den Umbau fordert sie von der Politik die Einrichtung eines demokratisch gesteuerten, öffentlichen Beteiligungsfonds. Langfristiges Ziel ist ein Entwicklungsmodell, dass „die allgemeinen Entwicklungsinteressen der Gesellschaft und die ökologischen Nachhaltigkeitserfordernisse der natürlichen Umwelt in Übereinstimmung bringt“ (Hans-Jürgen Urban: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2009).

Im Gegensatz zur IG Metall drängt die IG BCE darauf, die bestehende „industrielle Basis der deutschen Wirtschaft zu stärken“. Dazu möchte sie zum Beispiel Forschungsaufwendungen steuerlich begünstigen, um die „Innovationsfähigkeit der Unternehmen im globalen Wettbewerb zu stärken“ und die „Versorgung der Wirtschaft mit Krediten zu akzeptablen Bedingungen“ vom Staat sichergestellt sehen (IG-BCE-Beirat: Banken retten reicht nicht! Entschließung zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. 25. Mai 2009, Hannover).

Im Kern geht es der IG BCE darum, die im letzten Jahrzehnt dominant gewordene Standortpolitik „gemeinsam mit unseren Betriebsräten zu begleiten und alle Möglichkeiten und Instrumente der Beschäftigungssicherung zu nutzen“ (Hubertus

Schmoldt: Erneuerung, nicht Krise. Die Sozialpartnerschaft in der Chemieindustrie ist nicht beschädigt. Sie muss aber neu ausgerichtet werden. In: Mitbestimmung, 1+2/2009). Zur Durchsetzung dieser Politik setzt die Gewerkschaft auf „die Erneuerung eines Konsenses in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, der alle Akteure auf verantwortliches Handeln in der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet“. Der von der Krise ausgelöste „tiefe Vertrauensverlust in die Soziale Marktwirtschaft“ soll wettgemacht werden (IG-BCE-Beirat: a.a.O.). Die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung selbst trifft in dieser Perspektive keine Schuld für die Krise.

Differenzen über den Umgang mit der Krise bestehen natürlich auch innerhalb der Einzelgewerkschaften. So forderten zum Beispiel politische Sekretäre und organisierte Betriebs- und Personalräte im Vorfeld der Demonstrationen am 28. März 2009 ihre Vorstände auf, sich an der Mobilisierung gemeinsam mit den globalisierungskritischen Initiativen zu beteiligen (Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften 2009). Andere wiederum kritisieren die ihrer Meinung nach konventionelle und defensive Reaktion der Gewerkschaften auf die Krise. Neue „Kampfformen und neue gewerkschaftliche Aufstellungen entsprechend den neu sortierten kapitalistischen Strukturen“ fehlten hingegen (AK Weltwirtschaftskrise ver.di Baden Württemberg, 2008). Das festgestellte Beharren auf „korporatistischen Strukturen“ wird als strategischer Kardinalfehler kritisiert ebenso wie die vorherrschende Orientierung der gewerkschaftlichen Antikrisenpolitik auf die Stärkung der Nachfrage. Vorgezogen wird dagegen eine politische Auseinandersetzung um die Frage, wer die finanziellen Lasten der Krise zu tragen hat und eine Ausweitung des Streiks auf politische Fragen.

### **Die DGB-Gewerkschaften und die SPD: freundliche Aufnahme unfreundlicher Politik**

Die DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind „parteipolitisch unabhängig, aber nicht neutral“ (DGB-Chef Sommer) – so die offizielle Sprachregelung.

Tatsächlich bekam die jahrzehntelange Bruderschaft mit der SPD unter Kanzler Schröder unübersehbare Risse. Zeitweise sprachen Spitzengewerkschafter von einem offenen Bruch. Die SPD stellte den Gewerkschaften den Stuhl vor die Tür: Hartz IV, die Kürzung des Arbeitslosengeldes, die Streichung der Arbeitslosenhilfe als Versicherungsleistungen, der Ausbau prekärer Beschäftigung, der Einstieg in den Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Sozialsysteme (Rente, Gesundheit), die Kürzung der Rente und von Gesundheitsleistungen etc.

Auch in der Großen Koalition ließ die SPD von dieser Politik nicht ab. Anfangs reagierten die Gewerkschaften darauf mit Gegenwehr: Müntefering kürzte als Arbeitsminister aus freien Stücken die Renten („Rente mit 67“). Dagegen mobilisierte der DGB zu bundesweiten Kundgebungen. Und DGB-Chef Sommer verkündete, die Gewerkschaften würden die Bundestagswahl 2009 zu einer Abstimmung über die Rente mit 67 machen.

Im weiteren Verlauf wandelte sich der Widerstand in Wiederannäherung. Eine Auswahl:

- Im Bundestag blockierte die SPD in der laufenden Wahlperiode unter anderem den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, den Ausbau der Mitbestimmung und Initiativen für Gute Arbeit. In der Sache gilt sie den DGB-Gewerkschaften dennoch (wieder) als Hoffnungsträgerin: Die Gewerkschaftsvorsitzenden und die SPD-Spitze verabschieden 2007 eine Erklärung „Politik für Gute Arbeit – Deutschland braucht Mindestlöhne“ und riefen zu einer Unterschriftensammlung auf.
- Von der Übernahme des Parteivorsitzes durch Kurt Beck erhofften sich die Gewerkschaften eine stärkere Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen durch die SPD. Tatsächlich setzte Beck gegen Arbeitsminister und Vizekanzler Müntefering die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I durch. Der DGB sendete seinerseits positive Signale an die SPD aus. Auf der zentralen Maikundgebung 2008 wurde Beck als Hauptredner eingeladen. Fortan ist von

Wiederannäherung die Rede, obwohl die SPD den Kurs der Agenda 2010 nicht revidiert.

- Münteferings Nachfolger im Amt des Arbeitsministers, Scholz, blockierte in Brüssel EU-Richtlinien zu Höchst Arbeitszeit und zur gleichen Bezahlung von LeiharbeiterInnen und Stammbeflegschaft. Das hielt den DGB nicht davon ab, im Mai 2009 gemeinsam mit der SPD die Erklärung „Soziales Europa“ zu verabschieden, die unter anderem die Durchsetzung des Prinzips „Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ beinhaltet.

In der Krise ist von beiden Seiten – SPD und Gewerkschaften – ein Bemühen erkennbar, die Differenzen der vergangenen Jahre hintenan zu stellen, um die Herausforderungen der Krise gemeinsam anzugehen. Die SPD offeriert, „grundlegende Konsequenzen aus der Krise zu ziehen“ (Generalsekretär Heil) und kann auf Früchte der Kooperation verweisen: Die Idee der Abwrackprämie, die Kanzlerkandidat Steinmeier in der Koalition durchsetzte, stammt aus dem Vorstand der IG Metall und Arbeitsminister Scholz setzt sich in Abstimmung mit Betriebsräten und Gewerkschaften für eine Ausweitung der Kurzarbeit ein.

Die erneuerte Kooperation hat auch eine personalpolitische Seite, mit der die SPD die Gewerkschaften lockt. So wurde auf den Listen zur Bundestagswahl eine ganze Reihe von aussichtsreichen Plätzen für Gewerkschaftssekretäre und Regionalvorstände reserviert. Davon strahlt ein deutliches Signal in die Gewerkschaften, ganz anders als in der Vergangenheit. In den letzten 20 Jahren wurden GewerkschaftlerInnen in den Parteien bzw. den Bundestagsfraktionen – auch der SPD – politisch marginalisiert, darunter auch Bundesvorsitzende von DGB-Gewerkschaften und Regionalvorsitzende des DGB.

Auf der anderen Seite rehabilitiert DGB-Chef Sommer in Veranstaltungen mit Betriebsräten die SPD und deren Führungspersonal, so als hätten diese die Agenda 2010 rückgängig gemacht. Und das Wahlprogramm der SPD, in dem viel von Min-

destlohn, Mitbestimmung und Steuergerechtigkeit zu lesen ist, nichts aber von der Agenda 2010, wird öffentlich von DGB-Vorstandsmitgliedern als Fortschritt gewertet.

Die durchaus vorhandene deutliche Kritik kleinerer DGB-Gewerkschaften wie zum Beispiel der GEW an der SPD-Politik überschreitet bei so viel Wohlwollen seitens der großen Gewerkschaften und des DGB gegenüber der SPD kaum die Schwelle der öffentlichen Wahrnehmung.

### **Die DGB-Gewerkschaften und die Partei DIE LINKE: erste Schritte strategischer Kooperation**

Die in den Jahren 2005/06 vorhandene Zurückhaltung der Gewerkschaften gegenüber der Partei DIE LINKE ist seitdem einem sachlichen und bisweilen sehr intensiven Austausch gewichen. Auf Vorstandsebene tauschen sich die Mehrzahl der großen DGB-Gewerkschaften regelmäßig mit der Führung der LINKEN aus. Das Gleiche gilt auf der Arbeitsebene.

In der Öffentlichkeit beziehen sich die Gewerkschaftsspitzen eher zurückhaltend auf die LINKE. Politische Initiativen der Partei DIE LINKE zum gesetzlichen Mindestlohn, zur Rückkehr zur Rente mit 65 oder zum Ausbau der Mitbestimmung werden in bilateralen Gesprächen gewürdigt, als Druckmittel gegenüber der SPD aber nicht – zumindest nicht öffentlich – genutzt. Diese „passive Aufgeschlossenheit“ der DGB-Gewerkschaften gegenüber der Partei DIE LINKE verhält sich komplementär zu ihrer „aktiven Aufgeschlossenheit“ gegenüber der SPD.

Gleichwohl plädieren einige Gewerkschaftsvorsitzende inzwischen auch öffentlich dafür, den mit der Partei DIE LINKE neu auf die bundespolitische Bühne getretenen Spieler zur Durchsetzung der eigenen Interessen stärker als bisher strategisch zu nutzen. Ver.di-Chef Bsirske betonte anlässlich der öffentlichen Vorstellung einer Erklärung des DGB und der SPD zu Europa (im Mai 2009), dass die Gewerkschaften eine solche Vereinbarung auch mit anderen demokratischen Parteien abzuschließen bereit seien. Ein deutlicher Wink in Richtung SPD, dass sie nicht

mehr die alleinige Verbündete der Gewerkschaften ist. IG Metall-Chef Huber wurde noch deutlicher: „Spätestens seit der Herausbildung der Linkspartei auf Bundesebene ist doch klar, dass Gewerkschaften noch viel stärker auf ihre Unabhängigkeit hinarbeiten müssen. Wir lassen uns nicht vereinnahmen, von keiner Partei.“ (Berthold Huber: Wir müssen aus eigener Stärke agieren. In: Mitbestimmung, 10/2008)

### **Die Gewerkschaften im Wahljahr: nur begrenzt autonom**

Die (vorsichtigen) Ansätze der Gewerkschaften, die Partei DIE LINKE als strategischen Partner zu akzeptieren und auf diese Weise neue gesellschaftspolitische Konstellationen zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen zu befördern, treten im Wahljahr 2009 zurück.

Die Gewerkschaften erwarten für den Fall einer zukünftigen schwarz-gelben Koalition im Bund zu Recht einen massiven Sozialabbau zur Refinanzierung der Krisenkosten. Vor diesem Hintergrund erscheint ihnen eine Unterstützung der SPD (als Voraussetzung für die Weiterführung der Großen Koalition) als Weg des kleineren Übels. Ein Vertrauter von ver.di-Chef Bsirske formulierte es so: „Schwarz-gelb wäre die Katastrophe, dann geht der Kahl-schlag richtig los.“ Aus einer Perspektive der Bewahrung des noch Vorhandenen – Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Umverteilung über Steuern und Sozialtransfers etc. – gilt eine Beteiligung der SPD an einer bürgerlichen Regierung als unverzichtbar. Ein von einigen Gewerkschaftsvorständen präferiertes rot-rot-grünes Regierungsbündnis hingegen erscheint aufgrund der kategorischen Weigerung der SPD-Führung für 2009 als ausgeschlossen.

Diese kurzfristige und auf Verteidigung orientierte Politik begrenzt die im Grundsatz von der Mehrzahl der DGB-Gewerkschaften als notwendig angesehene parteipolitische Unabhängigkeit. Sowohl kurz als auch langfristig sind die Erfolgsaussichten dieser „begrenzten Autonomie“ fraglich, insbesondere mit Blick auf die organisationspolitische Geschlossen-

heit der Gewerkschaften. Gegenüber den eigenen Mitgliedern und dem gewerkschaftlichen Mittelbau ist das Appeasement der Gewerkschaftsvorstände gegenüber der SPD unaufrichtig. Denn die SPD war und ist eine Protagonistin des Sozialabbaus und der Schwächung der gewerkschaftlichen Handlungsmacht durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes und des Finanzmarktes. Das wissen die Gewerkschaftsmitglieder. Und die Gewerkschaftsvorstände haben diesen Unmut regelmäßig genutzt, um zu Protesten zu mobilisieren (Hartz IV, Rente mit 67). Diese wurden genauso regelmäßig wieder durch die Vorstände gedeckelt, um die SPD nicht zu sehr in die Enge zu treiben. Auf diese Weise instrumentalisieren und demotivieren die Gewerkschaften ihre eigene Mitgliedschaft und den Apparat. Michael Sommers Rede von „sozialen Unruhen“ im Vorfeld des 1. Mai 2009 ist davon nur eine weitere Facette, wirklicher Protest – politische Streiks, Betriebsbesetzungen etc. – sind nicht gewollt. Die Demonstrationen der europäischen Gewerkschaften gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Beschäftigten (am 16. Mai 2009) waren ein großer Mobilisierungserfolg. Es bleibt abzuwarten, ob die geglückte Mobilisierung von den DGB-Gewerkschaften für weitergehende Proteste genutzt wird, damit aus einem Mobilisierungs- auch ein tatsächlicher politischer Erfolg wird. Zwangsläufig müssten diese Proteste auch eine stärkere öffentliche Kritik an der Rolle der SPD als Regierungspartei beinhalten, die in der Krise viel für die Banken aber zu wenig für die Menschen tut.

Bisher verhalten sich die Gewerkschaften – im Zeichen der Krise und der anstehenden Bundestagswahlen – zur SPD wie ein (Sozial-)Partner, der getäuscht wurde und die Trennung ausspricht, sich aber nicht lösen kann, um andere Wege zu beschreiten. Der oft wiederholten Rede von der „parteilichen Neutralität“ steht praktisch keine entsprechende strategische Offenheit oder Ungebundenheit gegenüber, auch wenn dies gelegentlich auf Kongressen von den Gewerkschaftsspitzen propagiert wird.

Hintergrund dieses Verhaltens ist wohl die Hoffnung der Gewerkschaftsvorstände, die

SPD eher durch sanften Druck zu einer Besinnung auf ihre ursprünglichen politischen Ziele – die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen im politischen Raum – zu bewegen als durch offene Kritik. Durch die reale Entwicklung bzw. durch den politischen Stillstand der SPD seit Schröder ist diese Hoffnung nicht gedeckt. Zudem gibt es für das Appeasement auch deswegen heute viel weniger als noch vor ein paar Jahren rationale Gründe, da mit der Partei DIE LINKE ein weiterer strategischer Partner zur Verfügung steht, dessen politische Hebelwirkung gegenüber der SPD von den Gewerkschaften bisher aber kaum genutzt wird. Deshalb liegt der Schluss nahe, dass das Verhalten der Gewerkschaften nicht allein auf rationalem Kalkül beruht. Vermutlich spielen hier Loyalitäten gegenüber der alten Gewerkschaftspartei SPD doch sehr beharrlich eine gewichtige Rolle. Zudem beginnt die Einstellung, man müsse sich zukünftig auch gegenüber der SPD stärker strategisch – also nach Maßgabe der Verfolgung eigener Ziele – verhalten, gerade erst in den Gewerkschaften Platz zu greifen.

Damit stützen die Gewerkschaften (unfreiwillig) immer wieder jene Politik, die den Interessen der Beschäftigten entgegensteht – und das schon seit Schröder. Zudem verzögern sie damit die Herausbildung neuer, arbeitnehmerorientierter politischer Mehrheiten, weil alte Positionen und Koalitionsmuster der SPD von dieser nicht ernsthaft in Frage gestellt werden müssen.

### **Perspektiven der Partei DIE LINKE: die Kooperation mit den Gewerkschaften ausbauen**

Welche Konsequenzen hat das Verhalten der Gewerkschaften auf die Politik der Partei DIE LINKE? Den Grad, zu dem sich die Gewerkschaften tatsächlich autonom gegenüber den politischen Parteien, insbesondere der SPD, verhalten, kann die Partei DIE LINKE nur indirekt beeinflussen, indem sie außerhalb und innerhalb der Parlamente die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern konsequent vertritt. Mit den Kampagnen zu Mindestlohn und Rente, mit den Initiativen für Gu-

te Arbeit, den Ausbau der Mitbestimmung und anderen hat die Partei DIE LINKE dies in der Vergangenheit getan. Auch in der Krise bezieht die Partei DIE LINKE mit ihren Forderungen nach einem Schutzschirm für die Menschen deutlich erkennbar Position für die abhängig Beschäftigten.

Bei einem großen Teil der Gewerkschaftsfunktionäre ist die Botschaft angekommen, ebenso bei den Vorständen. Diese nutzen die neu gewonnene strategische Option bislang nur zaghaf. Andererseits kann man mit Blick auf die Situation bis zum Jahr 2005 auch festhalten, dass sich die Beziehung von Gewerkschaften und der Partei DIE LINKE seitdem gut entwickelt hat. In jedem Fall wäre ein Vergleich mit der Beziehung von SPD und Gewerkschaften irreführend. Dort existiert eine über hundert Jahre alte Tradition der Zusammenarbeit.

Mit einer großen inhaltlichen Schnittmenge zwischen den Gewerkschaften und der Partei DIE LINKE ist eine wichtige Voraussetzung für die Kooperation gegeben. Daneben ist die personelle Repräsentation der organisierten Arbeitnehmerschaft in der Partei DIE LINKE von Bedeutung. Bei ihrer Gründung wurde die Partei DIE LINKE in Westdeutschland zu einem großen Teil von aktiven GewerkschafterInnen getragen. Daraus resultierte zu einem bedeutenden Teil ihrer Attraktivität für die WählerInnen. Seitdem wurde die personelle Verankerung von GewerkschafterInnen in der LINKEN nicht systematisch gepflegt. Unlängst getroffene Entscheidungen über die Vertretung von GewerkschafterInnen auf Listen zur Bundestagswahl weisen daraufhin, dass die strategische Bedeutung der personellen Verzahnung mit den Gewerkschaften in Teilen der Partei DIE LINKE nicht erkannt wird.

Auch die praktische Zusammenarbeit der Partei DIE LINKE mit den Gewerkschaften ist noch entwicklungsfähig. Neben lokalen Bündnissen im Rahmen der Mindestlohnkampagne sowie der bundesweit aktiven AG Betrieb & Gewerkschaft, die vor allem Betriebsräte und lokale Gewerkschaftsfunktionäre anspricht, gibt es auf der Ebene der Bundesvorstände keine kontinuier-

liche Zusammenarbeit. Diese ist aber für die Entwicklung politischer Alternativen und die Herausbildung entsprechender Mehrheiten unverzichtbar.

Stärkt die Partei DIE LINKE zukünftig die personelle Verankerung sowie die organisatorische Vernetzung mit den Gewerkschaften, dann würde sie einen Beitrag leisten zur parteipolitischen Emanzipation der Gewerkschaften. Damit würden auch der Durchsetzung von Interessen der Lohnabhängigen in der Bundespolitik neue Perspektiven eröffnet.



## Gewerkschaften und betrieblicher Widerstand in der Krise

Ein wichtiger, wenn nicht der ausschlaggebende Ort, an dem sich breiter und effektiver Widerstand gegen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise etablieren könnte, sind die Betriebe, vor allem mittlere und große Betriebe. Widerstand in Betrieben genießt nach wie vor eine hohe gesellschaftliche Legitimität, wird in der politischen Öffentlichkeit als Gradmesser der allgemeinen gesellschaftlichen Stimmung angesehen und hat in vielen Fällen das Potenzial, durch wirtschaftlichen Druck Kompromisse durchzusetzen.

Wenn es um die Betriebe als Ort von Politik geht, ist in Deutschland ein wichtiger Großakteur zu berücksichtigen: die Gewerkschaften. Sie sind überwiegend im Deutschen Gewerkschaftsbund organisiert – abgesehen vom Deutschen Beamtenbund, den ‚gelben‘ christlichen Gewerkschaften, der anarchosyndikalistischen Freien ArbeiterInnen Union (FAU) sowie den Standes- und Berufsvereinigungen der Ärzte, Lokführer, Fluglotsen usw. Gewerkschaften sind widersprüchlichen Anforderungen ausgesetzt: Einerseits müssen sie, um ihre Mitgliederschaft zu halten, die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten vertreten. Andererseits müssen sie, um von der Betriebsleitung als Verhandlungspartner anerkannt zu werden, ihre Fähigkeit beweisen, die ArbeiterInnen zu kontrollieren und zu disziplinieren.<sup>1</sup> Der zweite Aspekt, die Kontrolle und Disziplinierung der ArbeiterInnen durch die Gewerkschaften, hat in den letzten Jahren

aus folgenden Gründen besonderes Gewicht erhalten: 1. Die Tradition des Co-Managements hat im Zuge der gewerkschaftspolitischen Defensive der letzten 15 Jahre gegenüber der früheren Konfliktorientierung z.B. der IG Metall erheblich an Gewicht gewonnen. Zudem vertreten die Gewerkschaften zunehmend kleiner werdende Segmente der Gesamtarbeitskraft. 2. In den letzten 15 Jahren bestand die Interessensvertretung der Gewerkschaften vor allem in einer Abmilderung von geplanten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und der Eindämmung des Beschäftigungsabbaus. Daher gibt es zwar noch eine Interessensvertretung, jedoch keine besonders erfolgreiche.

Es wird deutlich, dass viele Betriebe die Krise dazu nutzen, Einsparungen und längere Arbeitszeiten unter den vermeintlich günstigeren politischen Bedingungen umzusetzen. Daneben gibt es jahrelang aufgebaute Überkapazitäten in der Automobilindustrie und einen ernsthaften Einbruch der weltweiten Nachfrage beim Maschinenbau. Mit der Automobilindustrie und dem Maschinenbau sind die Kernsektoren des deutschen Modells der Exportorientierung betroffen und zugleich die Sektoren, in denen es noch relativ gut bezahlte Facharbeiterbastionen mit hoher gewerkschaftlicher Organisation gibt. Da für den Sommer 2009 eine Entlassungswelle in beiden Sektoren erwartet wird, ist mit erheblichem betrieblichen Widerstand zu rechnen.<sup>2</sup> Am 6.4.2009 haben in Duisburg 15.000 ArbeiterInnen von ThyssenKrupp demonstriert, um der von der IG Metall im März 2009 ausgerufenen Devise „Keine

---

<sup>1</sup> Dieser Aspekt wurde in der Debatte um soziale Unruhen in Deutschland vielfach betont, exemplarisch hier nur ein Zitat des Politologen Ansgar Klein: In Deutschland „sind es vor allem die Gewerkschaften, die ausgleichend wirken. (...) Die Gewerkschaften können besonders dann als Interessenvermittler wirken, wenn sie vom Management auch ernst genommen werden.“ (Kaufmann 2009)

---

<sup>2</sup> Ein erster Vorboten war im März 2009 die Ankündigung des wichtigsten deutschen Druckmaschinenherstellers Heidelberger Druck, 5000 ArbeiterInnen zu entlassen.

Entlassungen in der Krise“ Nachdruck zu verleihen (IG Metall 2009).

Ob es Widerstand in den Betrieben gegen Entlassungen geben wird, wird weniger von den Gewerkschaftsführungen, sondern vor allem davon abhängig sein, ob die Beschäftigten sich selbst organisieren – innerhalb oder außerhalb der gewerkschaftlichen Strukturen: die Erfahrung lehrt, dass die Gewerkschaften in der Regel erst dann zentral mobilisieren, wenn es Druck aus den Betrieben gibt, der ihnen entgleiten könnte.<sup>3</sup> Wenn es selbst organisierte Proteste gibt, versuchen die Gewerkschaften sich an die Spitze bereits organisierter Proteste zu setzen und – wie man aus der Besetzung des Opel-Werks in Bochum im Herbst 2004 weiß – diese wieder einzudämmen. Das bedeutet, dass betrieblicher Widerstand auch immer wieder (aber nicht immer!) gegen die jeweils zuständigen Gewerkschaftssekretäre und Betriebsratsmehrheiten durchgesetzt werden muss, oftmals mit der Unterstützung von einzelnen Betriebsräten oder Basisaktivisten, die derselben Gewerkschaft angehören.

Als Beispiel möchte ich den Hungerstreik der VW-Leiharbeiter in Hannover Ende März/Anfang April 2009 anführen: Dort sollten 230 LeiharbeiterInnen der Wolfsburg AG, einem Joint Venture von VW und der Stadt Wolfsburg, zum 31.3. entlassen werden. Die LeiharbeiterInnen hatten sich unabhängig von der IG Metall organisiert, und, da diese sich nicht um ihre Probleme gekümmert hatte, am 19.3. mit 200 Personen die Sitzung des VW-Betriebsrats in Hannover besucht. Der Betriebsrat ließ die LeiharbeiterInnen durch den Werkschutz aus dem Saal räumen.<sup>4</sup> In der Woche dar-

---

<sup>3</sup> In diesem Sinne ist die Äußerung des Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber, vom 25.04.09 zu verstehen: „Wenn es massenhafte Entlassungen geben würde, wird es auf jeden Fall Widerstand geben, und zwar breiten Widerstand. Und da können Sie sicher sein, dass die IG Metall ganz vorne dran steht.“ (Focus 2009)

<sup>4</sup> Die IG Metall wirbt mit ihrer Leiharbeiterkampagne, mit der deren Arbeitsbedingungen verbessert werden sollen. Die Ausweitung der Leiharbeit wurde im Dezember 2002 durch die Verabschiedung von Hartz 1 und 2 ermöglicht.

auf zogen 100 der LeiharbeiterInnen mit Plakaten wie „Kapitalismus macht arm“ und „Karl Marx hat recht“ vor die Zentrale der IG Metall in Hannover. Einige LeiharbeiterInnen schmissen den vor der Tür stehenden Funktionären ihre Mitgliedsausweise vor die Füße. Die IG Metall im VW-Werk hat den Hungerstreik der LeiharbeiterInnen nicht unterstützt, da er gesundheitsgefährdend sei und sich auch sonst nicht solidarisch gezeigt. Resultat des Hungerstreiks war immerhin, dass wenige Tage später 113 LeiharbeiterInnen wieder eingestellt wurden (wenn auch nur für 2 a Monate), freilich nicht die am Hungerstreik beteiligten Aktivisten. Unterstützt wurden die Aktivisten vor Ort von der stalinistischen MPLD und der anarchosyndikalistischen FAU, es gab aber auch einen Besuch der in Berlin lebenden Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen (Partei DIE LINKE), von der Hannoveraner Partei DIE LINKE und der niedersächsischen Landtagsfraktion gab es dagegen keine Unterstützung.

Am Beispiel ist erkennbar, dass Widerstand häufig gegen die etablierten Gewerkschafts- und Betriebsratsstrukturen durchgesetzt werden muss, da diese nicht alle Teile der Beschäftigten vertreten und sich häufig an der Spaltungspolitik der Betriebsleitungen beteiligen.

Die problematische Funktion der Gewerkschaften wird auch am Krisenlösungsinstrument Nr. 1, der von der IG Metall ursprünglich vorgeschlagenen Umweltprämie, besser bekannt als Abwrackprämie, deutlich. Es waren nicht zuletzt die IG Metall und der SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, die sich erfolgreich für die Verlängerung der Abwrackprämie bis

---

Wenige Tage vor der Verabschiedung hat der Vorsitzende des DGB bei der Anhörung im Wirtschaftsausschuss die erleichterten Bedingungen für die Leiharbeit begrüßt. Bedingung für die Zusage des DGB zum Lohndumping war, dass die Arbeitgeberverbände der Leiharbeitsfirmen Tarifverträge mit dem DGB abschließen müssen, was im Gesetz verankert wurde. Die vom DGB für die Zeitarbeit abgeschlossenen Tarifverträge liegen bei 7,40 Euro im Westen und 6,42 Euro im Osten.

Ende 2009 eingesetzt haben.<sup>5</sup> Durch die Kommentare von Ökonomen aller politischen Ausrichtungen wird deutlich, dass die Abwrackprämie die Massenentlassungen nur hinauszögert. IG-Metall Chef Berthold Huber argumentierte am 06.04.09 in einem Interview, dass die Abwrackprämie besser sei als „die Beschädigung der industriellen Substanz“ und betonte: „Die Umweltprämie ist eine sinnvolle Stützungsaktion, wird aber auf Dauer nicht ausreichen, um die strukturellen Probleme zu überwinden.“ Von einigen Politikern wurde angemerkt: Die Abwrackprämie hebt die Stimmung – und sie verbessert möglicherweise die Wahlchancen für die SPD, in diesem Fall mit Hilfe der IG Metall. Es ist ja nicht nur so, dass mit der Abwrackprämie alle Steuerzahler für die verfehlte Industriepolitik der Regierung und der Gewerkschaften bezahlen. Es wird allgemein erwartet, dass nach dem Auslaufen der Prämie der Einbruch am Inlandsmarkt aufgrund der vorgezogenen Autokäufe umso härter sein wird (Waldermann 2009). Die Hoffnung der Regierung und der IG Metall ist dabei, dass Ende 2009 deutsche Autos nach der Erholung der Weltwirtschaft wieder verstärkt exportiert werden können. Aber diese Hoffnung könnte trügen.

Es ist erkennbar, dass die Abwrackprämie nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Funktion hat: der Unmut der Beschäftigten über Entlassungen soll damit zeitlich gestreckt werden. Das Kalkül ist, dass die im Sommer unabhängig von der Automobilindustrie zu erwartenden Entlassungen nicht in zeitlicher Nähe zu den Entlassungen bei den Autofirmen stattfinden werden und keine für das politische System und die etablierten Parteien bedrohliche Situation entsteht. Daran hat auch die IG Metall in ihrem faktischen Wahlbündnis mit der SPD kein Interesse. Da aber die möglichen und wahrscheinlichen Widerstandsbastionen in der Autoindustrie bei Daimler (die kaum von der Ab-

---

<sup>5</sup> Auf den geradezu orwellischen Sprachgebrauch, die Materialverschwendung und den ökologischen Schwachsinn dabei, funktionierende Autos zu verschrotten, um neue herzustellen, gehe ich hier nicht näher ein.

wrackprämie profitieren) und Opel (die trotz der Abwrackprämie pleite gehen könnten) anzusiedeln sind, geht dieses politische Kalkül der politischen und betrieblichen rechten Sozialdemokratie möglicherweise nicht auf.<sup>6</sup>

Ein wichtiges Aktionsfeld der Gewerkschaften sollte in den nächsten Jahren die Verteidigung der Grundlagen des deutschen Sozialstaats sein. Dabei geht es vor allem um das erreichte Niveau auf den drei Feldern Rente, Gesundheit und Arbeitslosenversicherung. Mit der erheblichen Verschuldung des Staates im Zuge der Banken- und Wirtschaftsrettungspakete und der absehbar steigenden Arbeitslosigkeit steht nichts weniger zur Disposition als die gesamte sozialstaatliche Infrastruktur und die industrielle Basis, die den letzten zwei Generationen von ArbeiterInnen zu bescheidenem Wohlstand verholfen hat (Eubel/Woratschka 2009). Die Beitragsbasis zur Sozialversicherung wird mit der höheren Arbeitslosigkeit weiter sinken, zudem werden die um 20 Prozent gesunkenen Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen die Mittel für die Wohnkosten von Hartz IV-EmpfängerInnen und zahlreiche Formen der sozialen Infrastruktur wie Kitas, Sozialdienste usw. beschränken. Die am 26. April angekündigten möglichen Rentenkürzungen wurden schon einen Tag später von der Bundesregierung in Abweichung von der vereinbarten Rentenformel dementiert: Damit wurde deutlich, welche Sprengkraft in diesem Thema steckt. Die Gewerkschaften sind beim Thema der sozialen Sicherung eher informelle Verhandlungspartner – nämlich als potenzielle Vetospieler im politischen System – und haben auf diesem Feld andere Handlungsmöglichkeiten als in den Betrieben. Ob sich die Gewerkschaften bei politischen Fragen ohne betrieblichen Bezug querstellen, hängt wesentlich davon ab, ob die SPD an der Regierung beteiligt ist oder

---

<sup>6</sup> Die Gewerkschaft Verdi hat am 20. April 2009 das Konzept eines Konjunkturprogramms III vorgestellt. Der darin geforderte massive Ausbau des Zugverkehrs und des öffentlichen Nahverkehrs, wird, so steht zu befürchten, im Gegensatz zur Abwrackprämie nicht umgesetzt werden (Verdi 2009).

nicht. Ist die SPD nicht an der Regierung beteiligt, so werden die Gewerkschaften entschiedeneren Widerstand gegen Sozialabbau leisten. Von den Gewerkschaften sollte aber realistischerweise nicht mehr erwartet werden als die Forderung nach einer Regulierung der Marktwirtschaft, „die nachhaltiges, ökologisches und Beschäftigung schaffendes Wirtschaften in den Mittelpunkt stellt“ (Sommer 2009). Wer ernsthaft Wirtschaftsdemokratie anstrebt (vgl. das Krisenpapier der Linkspartei), muss auch darlegen, wie diese gegen die bewaffnete Macht der Herrschenden durchgesetzt werden kann. Erst wenn in den Verteidigungskämpfen um die Grundlagen des Sozialstaates eine neue Stärke der Linken als soziale und politische Bewegung entstanden ist, kann sinnvoll über weitere Ziele nachgedacht werden.

### **Literatur**

Auto Club Europa: IG Metall-Chef Huber fordert weitere Anreize für Autokäufer, 06.04.09

Die Linke, Parteivorstand: Schutzschirm für die Menschen. Arbeitsplätze sichern statt Zocker freikaufen, 14. März 2009

Eubel, Cordula, und Rainer Woratschka: „Ein dickes Minus. Mit Verzögerung gera-

ten auch die sozialen Sicherungssystem ins Wanken“, in: Der Tagesspiegel, 25.4.09, 4

Focus, 2009: „IG-Metall Chef: Bei Entlassungswelle Massenproteste“, in: Focus, 25.04.,  
[http://www.focus.de/politik/deutschland/ig-metall-chef-bei-entlassungswelle-massenproteste\\_aid\\_393467.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/ig-metall-chef-bei-entlassungswelle-massenproteste_aid_393467.html) [29.04.]

IG Metall: Aktiv aus der Krise – Gemeinsam für ein GUTES LEBEN. Aktionsplan der IG Metall, März 2009

Kaufmann, Matthias, 2009: „Frust und Ärger suchen ein Ventil“, Interview mit Ansgar Klein, in: Manager Magazin, 24.04.,  
<http://www.manager-magazin.de/koepfe/artikel/0,2828,druck-620947,00.html> [29.04.]

Sommer, Michael, 2009: „Die Verursacher müssen zahlen“, Interview im Tagesspiegel, 26.04.,  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Michael-Sommer-DGB;art122,2782435> [29.04.]

Verdi: Konjunkturprogramm III,  
<https://sechzehnter.mai.verdi.de>, 20. April 2009

Waldermann, Anselm: Konjunktur-Strohfeuer. Ökonomen wettern gegen Abwrackprämie, 08.04.09, Spiegel online

Horst Kahrs

## Die Linken und die Krisen

Liebe Freundinnen und Freunde in der Rosa-Luxemburg-Siftung,

vor einiger Zeit habt ihr auch mir vier Fragen gestellt mit der Bitte, sie aus meiner Sicht für die Partei DIE LINKE zu beantworten. Mancher Aspekt der Fragen lässt eine deskriptive Antwort zu, andere richten sich mehr auf Vermutungen und Annahmen. Vor allem aber gehen die Fragen von etwas aus, was es so (noch?) nicht gibt: „die Krise“. Ich würde es vorziehen, von einer Ansammlung von Krisen mit jeweils vielen Gesichtern zu sprechen. So betrachtet, beginnen sich viele vormals für halbwegs verlässlich gehaltene Rahmenbedingungen von Politik zu verändern. Nur ein Beispiel: Ging es bis September 2008 um die gerechte Verteilung von Produktivitätsfortschritten, geht es jetzt auch Jahre um die Verteilung von Sozialprodukt- und Wohlstandsverlusten. In welcher Phase „der Krise“ wir uns gerade befinden, vermag niemand zu sagen, auch nicht, ob und welche Firmen als nächste zusammenbrechen. Allein diese beiden Hinweise zeigen, dass sich das „politische Feld“ für alle Parteien, auch für DIE LINKE, dramatisch verändert hat und noch weiter verändern wird. Gelingt es, diese Veränderungen wahrzunehmen, auf eine angemessene Art und Weise Interessen zu bündeln und zu formulieren sowie politische und soziale Lernfähigkeit zu behaupten? Schneller als erwartet steht die Partei vor ihrer vielleicht entscheidenden Bewährungsprobe, ihre Krisentauglichkeit unter Beweis stellen zu müssen. Zur Krisentauglichkeit zählt nach meinem Verständnis, auf vorschnelle Antworten, die doch nur den Zweck haben, die eigene Unsicherheit zu kaschieren, zu verzichten und die eigene Analyse ernst zu nehmen, wonach diese Krise für die weit überwiegende Zahl der heute lebenden Akteure einen einmaligen Charakter trägt, also Handlungsfähigkeit auf unbekanntem Terrain gefragt ist, hier also nicht mehr als ein „Zwischenbericht“ gegeben werden kann.

### **1. Wie verändert die Krise nach Sicht des Autors für den jeweiligen Akteur den Handlungsraum und die Optionen? Wie werden diese Möglichkeiten durch den Akteur reflektiert?**

Wer und was ist „die Krise“? Viele sprechen von einer Finanzmarkt-Krise und Krise des Finanzmarktkapitalismus. Manche verbinden damit eine bestimmte Abteilung des gegenwärtigen Kapitalismus, manche verstehen darunter den allgemeinen Typus oder das Wesentliche des Kapitalismus der Gegenwart. Für die einen folgt daraus: „das Kasino schließen“, eine neue Weltfinanzordnung schaffen, dem Finanzmarktkapital strenge Regeln vorgeben, Bankgeschäfte auf das volkswirtschaftlich Notwendige beschränken, Kreditversorgung als öffentliches Gut organisieren. Für die anderen folgt daraus: den Kapitalismus überwinden, eine neue Wirtschaftsordnung schaffen, Schlüsselindustrien verstaatlichen bzw. unter öffentlich-demokratischer Kontrolle stellen. Was für die einen die Krise des entfesselten, aus der keynesianischen Art geschlagenen Kapitalismus ist, ist für die anderen das Systemversagen des Kapitalismus selbst. Für Dritte handelte sich um eine „Jahrhundertkrise“, in der verschiedene krisenhafte Entwicklungen zusammenfallen und in der, analog zur Weltwirtschaftskrise im vergangenen Jahrhundert, der Durchbruch neuer technologischer, sozialer und gesellschaftlicher Arrangements ansteht.

Welcher Interpretation man auch zustimmen mag, gemeinsam ist das Offensichtliche: „Derzeit kann das System der Kapitalverwertung überhaupt nur durch die Unterstützung aus der Staatskasse und nur mit Zustimmung der Öffentlichkeit erhalten werden – damit ist der kurze Traum des Neoliberalismus ausgeträumt, Kapitalverwertung könne auf Kosten der Lohnarbeit

und gegen Gemeinwohl und Öffentlichkeit gewährleistet werden.“<sup>7</sup>

Was folgt daraus?

Zentrale ideologische Dogmen des Neoliberalismus haben abgewirtschaftet und ihre bindende Kraft verloren, wonach es auf diesen Pfaden in eine bessere Zukunft gehe. Das schafft öffentlichen Raum für alternative Strategien und ideologische Orientierungen. Die neoliberale Hegemonie ist brüchig, aber nicht zerstört. Die Spalten und Lücken zu füllen, gelingt der Linken nicht so recht.

Der Staat ist zurück. Ohne ihn geht offensichtlich nichts mehr. DIE LINKE verliert damit ein Alleinstellungsmerkmal, auf der Achse Markt – Staat steht jetzt eine andere Partei am anderen Ende allein, sammelt unter anderem damit die verbliebenen Anhänger des Marktradikalismus, profiliert sich aber auch als Interessenvertreterin all derjenigen, die ahnen, dass die Krise teuer wird, aber mit der Rechnung nichts zu tun haben wollen.

Der „Staat“ selbst ist zum umkämpften Terrain geworden. Verteidigte DIE LINKE zuvor den Staat gegen Privatisierung und Abschmelzungs-Strategien, so steht sie nun vor der Aufgabe, zwischen den möglichen Staatsinterventionen die guten von den schlechten zu unterscheiden, die hemmungslose Ausplünderung und den gezielten Ausverkauf der öffentlichen Finanzen zu bändigen.

Die Rettung des Kapitalismus findet mit breiter „Zustimmung der Öffentlichkeit“ statt. Keine Bewegung in Sicht, die die HRE hätte in den Bankrott gehen lassen wollen, oder Opel usw. Wie sollte es auch anders sein, wenn eigenes Vermögen, Einkommen und Arbeitsplatz auf das engste mit dem Wohlergehen des Kapitalismus verbunden sind – und weit und breit keine Alternative in Sicht ist?

An dem Teil der LINKEN und Linken, die sich „antikapitalistisch“ nennt, wird das Problem zwar bereits im Namen sichtbar, aber sie haben es deshalb nicht exklusiv: Als Linker weiß man, dass es keinen kri-

senfreien Kapitalismus gibt, dass er periodisch zerstört, was er aufgebaut hat, das breiter Wohlstand mit ihm nicht gesichert sind. Es gibt gute Gründe, die man gegen den Kapitalismus ins Feld führen kann. Es bleibt jedoch ein „hilfloser Antikapitalismus“. Die Niederlage des einzigen leibhaftigen Antagonisten des Kapitalismus ist weder theoretisch noch politisch von der Linken und LINKEN verarbeitet. Auch an „dritten Wegen“ bestand in Zeiten des Umbruchs 1989/90 offensichtlich ja kein Bedarf. In der Krise hat die Linke keine gesellschaftliche Alternative im Angebot, mit der sie bei den Menschen werben oder dem Kapitalismus drohen könnte.

Nicht zuletzt aus diesem Grund sind die Vertreter des Kapitals heute, nicht trotz, sondern wegen der Krise, mächtiger denn je, zumindest wenn es um den Angriff auf die öffentlichen Kassen geht.

Im klassischen politischen Sinn hat DIE LINKE als Oppositionspartei neue Handlungsoptionen bisher nicht gewonnen. Die Ressourcen (Wählerinnen und Wähler, Mandate, politische Anliegen) bleiben weitgehend unverändert, teilweise werden Anliegen von politischen Konkurrenten durchgesetzt. Der Einfluss auf die Milliardenöpfe, aus denen „Rettungsgelder“ fließen, um die die Auseinandersetzungen geführt werden, ist ebenfalls nicht gewachsen, im Gegenteil: Es gibt, was die staatlichen Hilfen betrifft, eher ein weniger an Demokratie. Gleichzeitig findet eine politische Rückorientierung von Gewerkschaften zur SPD statt, die angesichts der gewerkschaftlichen Notwendigkeiten, Unterstützung für die Rettung von Arbeitsplätze zu organisieren, alles andere als überraschend ist.

In der Bevölkerung, auch unter den Anhängern der LINKEN ist die Stimmungslage gespalten: Es gibt Wut und Zorn, die gegen die Verantwortlichen der Krise gerichtet sein wollen. Es gibt Erwartung und Hoffnung auf Problem angemessene konkrete Lösungen und Hilfen. Es gibt wachsende Unsicherheit in alltäglichen Verhältnissen, in denen immer weniger noch verlässlich und sicher erscheint. Schutz und Verteidigung, nicht Aufbruch und Veränderung scheinen bisher die entscheidenden Erwartungen an die Politik zu sein.

<sup>7</sup> Rainer Land: Roosevelt und Obama. Transformationen des Kapitalismus. Unveröffentlichtes Manuskript, Mai 2009.

Für Linke und DIE LINKE resultieren daraus verschiedene strategische Handlungsoptionen: wahrhaft sozialdemokratische Politik für die eher „randständigen“ Segmente der Arbeiterklasse („Prekariat“, Arbeiter usw.); systemoppositionelle und –überwindende Politik gegen „die Verantwortlichen“, also die vorgefundene krisenhafte kapitalistische Produktionsweise. DIE LINKE setzt, beides verbindend, auf den Weg der Demokratisierung, sowohl in der Wirtschaft als auch in der Gesellschaft. Verbindend deshalb, weil die Frage des Ausbaus der Demokratie sowohl an den positiven Erfahrungen des „Mitbestimmungs-Kapitalismus“ der siebziger Jahre ansetzt und gegen die Dominanz der Finanzmärkte ins Feld führt, und weil sie darüber hinaus gehende Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung offen hält.

## **2. Mit welchen Strategien reagieren linke Akteure auf die Krise (national und international)? Gibt es wesentliche Veränderungen bezogen auf strategische Bündnisse und politische Konzepte, aktuelle Kämpfe, Kampfformen, zentrale Forderungen etc.?**

Die Krise stellt linke Akteure also in eine scheinbar paradoxe Situation. Der Kapitalismus, gleich welcher Couleur, entwickelt sich durch Krisen hindurch. Krisen gehören zum Wesen der kapitalistischen Produktionsweise; er zerstört, was er aufgebaut hat, auch und gerade Produktionsmittel und soziale Institutionen, die eine bestimmte Gesellschaftsformation getragen und geprägt haben. Kapitalistische Krisen richten sich immer gegen die Existenzbedingungen der Arbeit: gegen Arbeitsplätze und sozialstaatliche Einrichtungen. Auch das gehört zur Natur kapitalistischer Krisen: Zerstörung, Infragestellung des erreichten allgemeinen (zivilisatorischen) sozialen Fortschritts, Verschärfung der Verteilungskämpfe um ein schrumpfendes, zumindest stagnierendes Sozialprodukt.

Tiefe, strukturelle Krisen spitzen diesen Widerspruch zu: Der Weg aus der Krise, dass ahnen bereits Mehrheiten, wird nur gelingen, wenn neuen Produktionsweisen (technologische Basis, soziale Arrange-

ments) zum Durchbruch verholfen wird, also dem, was im Kapitalismus selbst bereits herangereift ist. Dazu zählen zweifellos technologisch die Energiewende, ökonomisch eine neue Weltfinanz- und -wirtschaftsordnung, neue Formen der globalen sozialen Inklusion und der „Rückkehr des Öffentlichen“, auf neue sozialstaatliche Arrangements für Produktivität und Arbeit mit neuen Formen sozialer Durchlässigkeit usw. usf. Wann, wenn nicht in der Krise des Alten, soll das Neue mit Macht sich durchsetzen; wenn in der Krise viel Geld ausgegeben wird, dann doch konzentriert auf die Dinge, mit denen die Gesellschaft dem Licht am Ende des Tunnels näher kommt und nicht für Dinge, die auf Bewahrung des Alten, damit Hinausschieben des notwendigen Neuen, hinauslaufen.

Linke Parteien, DIE LINKE, repräsentieren sowohl Werte, Grundhaltungen, prinzipielle Herangehensweisen in und gegenüber gesellschaftlichen Konflikten als auch spezifische soziale Schichten der in die Krise geratenen Gesellschaft. Sie repräsentieren bestimmte Sektoren der Arbeit, die insgesamt, aber sozial und räumlich unterschiedlich von der Krise getroffen wird, insofern haben sie segmentierte Krisenerfahrungen zu bündeln und zu gemeinsamen Anliegen zusammenzuführen. Kapitalistische Krisen sind zunächst Phasen der Verteidigung und Bewahrung dessen, was dem Kapital und der Profitlogik an sozialen Sicherheiten abgetrotzt wurde. Ob, unter welchen Bedingungen und wann daraus Phasen des Angriffs werden, ist unklar, somit deshalb nicht unmittelbar Gegenstand strategischer Überlegungen einer Partei, aber immer mitzudenken.

Zu wissen, dass es so, wie es war, nicht wieder werden wird, kann und darf, gleichzeitig aber alltäglich gefordert zu sein, so viel als möglich von dem was war und ist vor der ersatzlosen Zerstörung zu bewahren, beschreibt die Eckpunkte möglicher Strategien und Bündnisse der LINKEN.

Beide werden sich in den kommenden Monaten unter Bedingungen parlamentarischer Wahlkämpfe und Wahlen einerseits und sich entwickelnder (oder eben nicht entwickelnder) sozialer Auseinandersetzungen andererseits herausbilden. Für

DIE LINKE kommt es dabei vor allem darauf an, als „Klassenpartei“, die bestimmte soziale Schichten und Interessen repräsentiert, erkennbar zu sein, und andererseits für die Gratwanderung zwischen Schutz und Verteidigung bestehender sozialer Verhältnisse und „Geburtshilfe“ für das Neue politische und soziale Bündnisse herstellen zu können, insbesondere mit Gewerkschaften und Verbänden. Dafür steht im Bundestagswahlprogramm der Begriff „Bündnis für sozialen Fortschritt“. Es lässt sich im Sinne dieser Überlegungen so fassen: ein Fortschritt, der verschiedene Interessen innerhalb der Arbeit gegeneinander ausspielt, ist kein sozialer. Ein Bündnis, das lediglich die bestehenden Kräfteverhältnisse innerhalb der Arbeit befestigt, bringt keinen Fortschritt.

Erstens gemeinsame Perspektiven von Erwerbslosen und Erwerbstätigen formulieren und politisch eröffnen (Stichworte Mindestlohn, Erwerbstätigenversicherung), zweitens nichtfossile Energieträger, Rohstoffe systematisch und im großen Stil fördern, dabei auf Konversion statt Zerstörung bestehender Strukturen setzen (Stichworte Energiewende, sozialökologischer Umbau; kleine, „demokratische“ Einheiten gegen große wirtschaftliche Macht), drittens den Angriff auf Staatskasse, die Ausplünderung der Steuereinkassen auf weitere fünfzehn Jahre abwehren und zugleich mit großem Geld in die Zukunft investieren, die öffentliche Infrastruktur, also die gesellschaftliche (öffentliche wie private) Reproduktionsfähigkeit usw. in Ordnung bringen – auf diesen drei thematischen Feldern wird sich linke Politik, parlamentarisch wie außerparlamentarisch, in den kommenden Monaten (Jahren?) entwickeln, profilieren müssen.

Es wird dabei darauf ankommen, bestimmte Themen, die auf breiten Widerhall in der Bevölkerung treffen, weiterhin aktiv voranzutreiben: Mindestlöhne, bestimmte Formen allgemeiner Mindestsicherung, bestimmte Sektoren öffentlicher Leistungen (Gesundheit, Bildung, Energie). Die Fähigkeit, unterschiedliche soziale Interessen hierbei miteinander nachvollziehbar auszubalancieren, wird entscheidend sein. Wo dies nicht gelingt, droht die Beschneidung der sozialen Basis, die Be-

schränkung auf eine bestimmte soziale Schicht („Partei der Arbeitslosen“), und damit ein Verlust von notwendiger Strategie- und Bündnisfähigkeit für den sozialen Fortschritt im Lande

Das Sprechen über und das Handeln in der Krise, zumal von Linken, steht vor einem spezifischen Glaubwürdigkeitsproblem. Ja, wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass das neoliberale Akkumulationsmodell die Gefahr einer großen Krise in sich trägt; ja, wir haben frühzeitig Vorschläge gemacht, die damals keine andere Partei hören, geschweige denn aufnehmen wollte, die jetzt angewandt werden. Vermutlich ist auch die Annahme richtig, dass diese Krise eine Epochenkrise ist, vergleichbar mit derjenigen von, ja 1929-1945. Diese These verlangt nach einer gewissen Demut vor der Offenheit der Geschichte, wenn sie denn ernst genommen werden soll und will. Die Weltwirtschaftskrise war nur durch einen tiefgreifenden Umbau der gesellschaftlichen Institutionen zu überwinden. Tiefe Umwälzungen des politischen Systems, ja autoritäre „Lösungen“ sind nicht ausgeschlossen, global betrachtet ebenso wenig Kriege. Ob Europa noch im Zentrum der neuen Konflikte steht, ist nicht ausgemacht. Mit anderen Worten: Jede Art von Prognose (und darauf beruhender Strategiebildung), die ja immer auf eine gewisse Fortschreibung vorhandener Erfahrungen beruht, ist mit Vorsicht zu behandeln. Wie Gesellschaften reagieren, die erstmalig bestimmte Erfahrungen machen, nicht nur als geschichtliche Ereignisse erinnern, ist offen. Rechthaberei und Selbstgewissheit sind daher schlechte Begleiter einer um Glaubwürdigkeit und Vertrauen werbenden Politik. Wenn die Welt sich verändert, wird auch DIE LINKE erkennen lassen müssen, dass sie sich auf neue Bedingungen einstellen will und kann.

DIE LINKE übersetzt diese historische Offenheit, die zugleich Unsicherheit über das, was kommt, ist, in die Grundorientierung des Beteiligens: des Anspruchs, die Menschen zu beteiligen; des Grundsatzes der Demokratisierung.



### **3. Ermöglicht die Krise die Entwicklung und Einstiege in alternative Projekte oder Wege – welche sind das?**

Nein.

Zunächst: Die allermeisten Menschen hierzulande wollen weitermachen wie bisher, können es aber nicht, verändern sich notgedrungen wie die Autozulieferer, die etwas anderes für andere Branchen herstellen, aber eigentlich Autozulieferer bleiben wollen.

Dann: „Die Krise“ ist kein Subjekt der Geschichte. Verstehen wir sie als eine Chiffre für eine Vielzahl von Unsicherheiten – ökonomischer, sozialer, politischer, gesellschaftlicher, psychologischer Art –, dann besteht die Kehrseite ökonomischer Kennzahlen für eine Krise in der Möglichkeit von Brüchen, in Biografien, Sichtweisen, Erfahrungen, kollektiven zumal. Entscheidend wird sein, wie LINKE dazu beitragen, mit der Krise und Handlungsmöglichkeiten in der Krise in sozialer wie politischer Hinsicht neue kollektiv-demokratische Erfahrungen zu machen. Andernfalls ermöglicht die Krise lediglich den Weg in neue Abhängigkeiten und autoritäre Strukturen. Veränderung muss gewollt und für möglich gehalten werden, wenn sie nicht als Bedrohung missverstanden werden soll.

Mit bestimmten Sektoren und Abteilungen des Kapitals, zumal solchen, die nach neuen Investitions- und Verwertungsmöglichkeiten suchen, wird es Möglichkeiten der Zusammenarbeit geben, etwa in Fragen technologischer Innovationen (Klimawandel, Energieeffizienz), Anlagegebiete (Forschung, Alterung der Gesellschaft, Gesundheit, generell „haushaltsnahe“ moderne Dienstleistungen). Ob es sich dabei um „alternative Projekte oder Wege“ handelt oder um schlicht notwendige „Geburtshilfe“ von Politik und Staat, wird im Einzelfall schwer zu unterscheiden sein.

Ob und was Parteipolitik, also DIE LINKE zur Entwicklung „alternativer Projekte oder Wege“ beitragen kann, hängt entscheidend davon ab, ob und auf welche Weise es gelingt, einige Fragen offenzuhalten, in politische Auseinandersetzungen, Entscheidungssituationen zu übersetzen, die

durch die tiefe Krise mehr denn je aufgerufen sind:

Die Bürgerinnen und Bürger ahnen, dass ihnen nach der nächsten Wahl erst eine außerordentliche Rechnung präsentiert werden wird. Sie ahnen, dass die Rettungspakete und Versprechen bezahlt werden müssen. Sie ahnen, dass die kommende Legislaturperiode geprägt sein wird von harten sozialen Verteilungskämpfen. Gelingt es, diese Fragen zu einem Thema im Wahlkampf zu machen, die Frage, wer die Zeche zahlt, wer die neuen Staatsschulden, dann werden sich entlang dieser Frage politische Konstellationen in Bewegung setzen.

Damit verbunden ist, ob und wie es gelingt, die Feuerwehr-Einsätze des Staates zur Unternehmensrettung zu politisieren. Schon gewinnen die Anhänger des Marktes wieder Rückenwind, die Marktversagen als Marktversagen behandelt wissen wollen, ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze. Umgekehrt kann die Rettung von Arbeitsplätzen auch nicht auf jeden Fall aus öffentlichen Mitteln erfolgen, erst recht nicht, wenn am Ende festgestellt werden muss, dass die Rettung von Arbeitsplätzen nur der Vorwand war, um für viele weitere Jahre den Geld-Fluss in Richtung alten und neuen Geld“adels“ sicherzustellen. Wie sich der massenhafte Verlust von Arbeitsplätzen anfühlt, weiß DIE LINKE ebenso wie es sich anfühlt, auf Jahre marktfremd „beschäftigt“ zu werden. Die Schlussfolgerung daraus war, für Ostdeutschland eine aktive Industriepolitik einzufordern, einen sozialverträglichen Ab- und Umbau. Mit ihrem Zukunftsinvestitionsprogramm hat DIE LINKE einen Vorschlag. Aber ein Programmpunkt macht noch nicht die gesellschaftliche und politische Debatte, ohne die kein Fenster für alternative Wege sich öffnen wird.

Schließlich, entscheidend für eine Alternative, welchen gesellschaftlichen Widerhall findet die Systemfrage, wie wäre sie zu stellen? Der Kern der Frage scheint mir die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen der Marktwänge zu sein. Welchen gesellschaftlichen „Mehrwert“ bringt die immer effizientere Herstellung, die steigende Produktivität, wie werden diese Produktivitätsgewinne gerecht verteilt,

Fragestellungen, die wieder zurückführen zur Rettung von Arbeitsplätzen, Verteilung von Arbeitslosigkeit und Arbeit und Arbeitszeitverkürzung. Die aber auch wieder zurückführen zur Wirtschaftsdemokratie, ob und inwieweit von Seiten der Belegschaften andere als rein betriebswirtschaftliche Aspekte vertreten werden, welchen Maßstäben generell die von der LINKEN geforderten „öffentliche Kontrolle“ folgen soll.

Ob DIE LINKE mit solchen Fragestellungen politische Zuspitzungen schafft, die ihr ein eigenes Gesicht in der Krise über die Verteidigung sozialer Interessen hinaus verleihen, entscheidet über ihre Fähigkeit, andere Wege auf die politische Agenda des Landes zu setzen.

#### **4. Welche herausragenden analytischen bzw. strategischen Artikel und Dokumente gibt es?**

Wenn wir tatsächlich einen Epochenbruch erleben, in dem der „Kapitalismus, wie wir ihn kannten“ seinem Ende entgegen sieht, so sollte man selbstverständlich dieses Altvater-Buch und die dazugehörige Diskussion zur Kenntnis nehmen und weiter verfolgen. Auf weitere Autoren möchte ich nicht verweisen, sondern dafür plädieren, bestimmte Entwicklungen offen zu verfolgen und zu analysieren: die Politik und Reden von Barack Obama; die Entwicklungen in China und des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses; die mit den teilweise enormen öffentlichen Mitteln in den einzelnen Ländern verfolgten wirtschafts- und industriepolitischen Strategien; die sozialen Segmentierungen und Differenzierungen und ihr Widerhall im vorpolitischen, gesellschaftlichen Raum.

Mai/Juni 2008

Christina Kaindl

## Die Radikale Linke und die Krise

Die Debatte in der Radikalen Linken ist vielfältig und nicht einfach zusammen zu fassen. Die Betrachtungen werden hier konzentriert auf den „Antikapitalistischen Ratschlag“ der *Interventionistischen Linken* (IL) – ein Zusammenschluss von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen der antikapitalistischen, radikalen Linken – im Januar 2009 und die Beteiligung linksradikaler Gruppen am Bündnis zur Demonstration am 28.3. in Frankfurt a.M. und Berlin, besonders dem darin organisierten „Antikapitalistischen Block“.

Die Wahrnehmung der Krise hat in der radikalen Linken erst mit der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung im Herbst 2008 eingesetzt. Längst nicht für alle ist die grundlegende Krise ein Grund, den traditionellen Jahresplan von Ereignissen (z.B. 1. Mai/Mayday, 8. Mai, Nato-Mobilisierungen, Sicherheitskonferenz etc.) zu Gunsten der Krise in Frage zu stellen. Des Öfteren werden allerdings diese Themen in den Kontext der Krise gestellt. Eine der frühen Reaktionen war eine aus der IL heraus organisierte Veranstaltungsreihe „Ich krieg' die Krise“, die bundesweit Diskussionsveranstaltungen zum Ausmaß der Krise und politischen Strategien darin thematisierte. Die ReferentInnen reichten von Attac, Gegenstandpunkt, RLS über DKP, Michael Heinrich, Joachim Bischoff, Thomas Seibert.

Im Januar folgte der „Antikapitalistische Ratschlag“<sup>8</sup>, der auch aus Spektren wie der Gewerkschaftslinken und Attac recht gut besucht war. In den Beiträgen könnten drei (sich teils überlagernde) Tendenzen herausgelesen werden: ein Teil der Diskussionen fasst die Krise noch als Medienrummel und sieht wenig Anlass, bisherige Politikansätze zu überdenken; ein anderer

Strang kritisiert die öffentliche Diskussion um die Krise und verweist auf die grundsätzlich und notwendig krisenhafte Reproduktion des Kapitalismus. Darin wird durchaus eine Möglichkeit für veränderte, v.a. symbolische Politik gesehen, die Krise zur Verbreiterung antikapitalistischer Positionen zu nutzen. Damit verbunden ist eine Betonung der Verschränkung von verschiedenen Krisen, Krieg, Armut, Hunger, Prekarität und Festung Europa – in diesem Sinne wird von der „permanenten Krise“ oder „Kapitalismus ist schon immer Krise“ gesprochen. Ein dritter Strang der Debatte versteht die Krise als eine der Regulationsweise und als Chance, mittels neuer Bündnisse Kräfteverhältnisse zu verschieben. Hier steht die Frage der Verbindung von konkreten Forderungen mit Perspektiven mittel- und langfristiger Veränderungen der Produktionsweise und eine langfristige Überwindung des Kapitalismus. Zum Teil wird hier an Diskussionen in der IL angeknüpft, in deren Gründungsphase versucht wurde – allerdings nur mit wenig Erfolg –, Übergangsforderungen zu entwickeln, die eine strategische Verbindung von „reformistischen“ Spektren und radikaler Linke ermöglichen. Diese Debatte ist in der IL zum Teil in der Diskussion um „Globale Soziale Rechte“ aufgegangen. Einen organisatorischen Ausdruck hatte sie in dem Bemühen, in den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm ein breites gesellschaftliches Bündnis zu schmieden.

Die Gruppe Soziale Kämpfe hatte im Dezember in Berlin zu einem Bündnistreffen eingeladen, auf dem eine bundesweite (Berliner) Demonstration orientiert wurde. Ein Bündnis aus Gruppen der radikalen Linken, anitrassistischen und klimapolitischen Gruppen, Sozialprotesten, Attac, Die Linke. und Gewerkschaften entstand. Kurz darauf wurde aus dem Spektrum von Attac, der Partei DIE LINKE., Ver.di-Baden-Württemberg und Gewerkschaftslinken zu einem Bündnistreffen für eine

---

<sup>8</sup> (<http://www.dazwischengehen.org/de/story/2009/01/texte-fuer-den-antikapitalistischen-ratschlag>)

bundesweite Demonstration nach Frankfurt a.M. eingeladen. Man einigte sich auf zwei Demonstrationen mit getrennten, aber kooperierenden Vorbereitungskreisen, die auch die Mobilisierungen und Organisation von Regionalbündnissen in Nord-Ost- und Süd-West-Deutschland übernahmen. Das Berliner Bündnis nahm den Dreischritt von Sofort-Forderungen, längerfristigem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und sozialen Rechte und langfristiger Überwindung kapitalistischer Vergesellschaftungsformen in seinen Regionalaufruf auf, der im bundesweiten Bündnis von Vetos durch Partei DIE LINKE. – die zum damaligen Zeitpunkt die Forderungen „500-30-10“, also 500 Euro Regelsatz Hartz4, 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich und 10 Euro Mindestlohn nicht mittragen konnte – und Attac, denen die kapitalismuskritischen Dimensionen zu stark vertreten waren, nicht durchsetzbar war.

Innerhalb des Berliner Bündnisses arbeitete ein Bündnis zur Bildung eines „antikapitalistischen Blocks“, der auch Bereiche der radikalen Linken ansprechen sollte, die durch die „reformistische“ Zusammensetzung des Bündnisses der Demonstration eher verhalten gegenüber standen. Auch der Aufruf zu diesem Block enthält die Abstufung von geforderten Sofort-Maßnahmen und längerfristigen Transformationsforderungen und greift – eher unüblich in linksradikalen Kreisen – beschäftigungspolitische Forderungen und solche nach politischem Streikrecht auf, neben Forderungen nach entschädigungsloser Enteignung von Banken und Großkonzernen und Sozialisierung nicht der Verluste, sondern der Gewinne, globale Solidarität und Gerechtigkeit und eine Überwindung kapitalistischer Vergesellschaftungsformen.

Eine Öffnung dieses Teils der Radikalen Linken drückte sich in der Berliner Demonstration auch organisatorisch aus. So wurde der „antikapitalistische Block“, zu dem aufgerufen wurde, als „floating block“ durchgeführt, der explizit das Bild der autonomen Blöcke früherer Demonstrationen überwinden wollte. Luxemburgs „revolutionäre Realpolitik“ ist dabei expliziter Bezugspunkt einiger Gruppierungen.

Im Unterschied dazu hat das „Ums-Ganze-Bündnis“ – ein Zusammenschluss

eher antideutscher linksradikaler Gruppen, die v.a. auf der Frankfurter Demonstration sichtbar wurden, indem sie sich in einem Coup vor die eigentliche Bündnisdemonstration setzten – sich in anhaltenden Zitate autonomer Abgrenzungspolitik geübt und sich selbst als „einzige nicht-reformistische Kraft“ auf der Frankfurter Demonstration bezeichnet. Aus diesem Spektrum wird stärker Kritik an der zu kurz greifenden Kapitalismuskritik der übrigen Linken, v.a. Attac geäußert, die sich jahrelang v.a. auf die Kritik des Neoliberalismus konzentriert hätten, ohne darin die grundlegend kapitalistischen Dimensionen zu benennen. Dagegen gehe es in ihrem Spektrum nicht nur um Reparaturen des kapitalistischen Systems, sondern um seine Abschaffung – also „ums Ganze“. Die Krise ist in diesem Spektrum eher „business as usual“ und die dagegen organisierten Proteste ein Anlass, die eigene Kritik durch Kritik der anderen Strömungen in der Linken zu profilieren.

Aus dem Berliner Bündnis ist nach der Demonstration ein Papier hervorgegangen, das sich um einen neuen Aufschlag zu Bündnisprozessen und Aktionen in den Protesten bemüht: Agenda 2009<sup>9</sup>. Im Papier wird versucht, den Lähmungen zwischen den unterschiedlichen Spektren der Protestbewegungen entgegen zu wirken. Die Erfahrungen der bisherigen Bündnispolitik haben gezeigt, dass die Forderungen aus dem Bereich der Sozialproteste von GewerkschaftsvertreterInnen für ihre Klientel oft als ungeeignet erachtet werden. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit werden in Zeiten von Kurzarbeit vehement abgelehnt. Das Papier versucht, die scheinbar gegeneinander stehenden Interessen in mittelfristigen Konzepten der „Neuerfindung der Demokratie“ zu vermitteln, die sich auf die Ausweitung von Demokratie auf öffentliche Daseinsvorsorge und Wirtschaftsdemokratie beziehen und sie mit globalen Veränderungsperspektiven verbinden.

Das Papier vereint „1.konkrete Forderungen der sozialen Absicherung und der Umverteilung von gesellschaftlichem

---

<sup>9</sup> (<http://www.gruppe-soziale-kaempfe.org/?p=482>)

Reichtum. 2. längerfristige Perspektiven der Ent-Privatisierung, des Ausbaus einer für alle zugänglichen sozialen Infrastruktur (Bildung, Gesundheitsversorgung, Transport) und des global gerechten Wirtschaftens. 3. Entwicklung von Perspektiven jenseits der wiederkehrenden, immanenten Krisen des Kapitalismus“.

Auf der als nächstes projektierten Beratungs- und Aktionskonferenz aus dem Vorbereitungsspektrum der Demonstrationen zum 28.3. soll eine gesellschaftliche Verbreiterung der Proteste versucht werden und gleichzeitig Aktionsperspektiven entwickelt werden. Projektiert ist ein bundesweiter, dezentraler Aktionstag (am 17.9.), der Aktionen vor Betrieben, Arbeitsagenturen und Jobcentern mit Aktionen zivilen Ungehorsams vor Gebäuden von politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen der Krise u.ä. verbindet.

Insgesamt betrachtet teilt die Radikale Linke nicht das Problem etwa von Attac, dass die Originalität der eigenen Positionen durch die Krise und durch sie ausgelöste Debatten in Frage gestellt sein könnten (z.B. weil Forderungen nach Regulierung der Finanzmärkte inzwischen überall Vertreter gefunden haben). Solange der Kampf um die Deutung der Krise nicht entschieden ist, kann die Radikale Linke davon profitieren, wenn in den Feuilletons die Frage gestellt wird, ob mit der aktuellen Krise der Kapitalismus selbst am Ende sei. Der Resonanzboden für grundsätzliche Kapitalismuskritik ist durch das Scheitern der neoliberalen Versprechen zum Teil verbessert. In der Radikalen Linken wiederum hat sich in den letzten Jahren ein Blick auf Gesellschaft verbreitern können, der Fragen von zu verschiebenden Kräfteverhältnissen und der Entwicklung von Übergangsforderungen gegenüber aufgeschlossen ist. Die Abgrenzung von anderen – „reformistischen“ – Linken steht nur begrenzt im Zentrum der Selbstdefinition und Ausrichtung der Politik. Diese „postautonome“ Radikale Linke ist bereit, den Kampf um Transformationsprojekte aufzunehmen.

Conny Hildebrandt

## Die aktuelle Krise auf dem Kirchentag – relevant für die Linken?

Bevor sich diese Frage beantworten lässt, macht es Sinn, zunächst die Kirchentagsbewegung und den Kirchentag als öffentlichkeitswirksamen gesellschaftlichen und kirchenkritischen Raum zu beschreiben.

Wenn man/frau heute von deutschen Evangelischen Kirchentagen spricht, so meint man/frau heute große gesellschaftliche Events mit mehr als 100.000 Teilnehmern der Mehrheitsgesellschaft, also derer, die sich sozial, politisch, kulturell der Mitte zuordnen. Mehr als ein Drittel der Teilnehmer ist unter 30 Jahre alt, ca. 60 Prozent sind Frauen. Ca. 4.000 vor allem jugendliche ehrenamtliche Helfer sind vier Tage voll im Einsatz. Mehr als tausend internationale Gäste nehmen an den Kirchentagen teil. Die Themenpalette umfasst die Einmischung der Christen in die Gesellschaft, Erneuerung der Kirche und Annäherung der Gläubigen weltweit, Bewahrung der Schöpfung Gottes (Mensch wie Natur – als Dreiklang von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung), Unterstützung von Menschen, die krank oder behindert sind oder als Migranten Beistand und Hilfe brauchen.

Kirchentage sollen vielfältig wie das religiöse und gesellschaftliche Leben sein. Dazu gehören Diskussionen über soziale, ethische und politische Themen, Fragen nach der gerechten Gestaltung einer globalisierten Welt, der Bewahrung der Schöpfung und der Würde des Menschen, der Dialog zwischen den Konfessionen und Religionen. Außerdem sind Kirchentage immer auch Kulturtage.

Wichtig für das Verständnis der politischen Relevanz der Kirchentage sind seine gesellschaftskritischen Wurzeln. 1949 wurde der Deutsche Evangelische Kirchentag als ein eigenständiges Forum von Christen gegründet, um einen antifaschistischen, demokratischen Neuanfang für Deutschland zu suchen. Hier sollte die kritische Auseinandersetzung mit der belastenden

Zusammengängen vieler Kirchen und Theologischer Fakultäten, mit der nationalsozialistischen Ideologie stattfinden – speziell auch mit dem Antisemitismus. Hier sollte angeknüpft werden an das Darmstädter Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirchen in Deutschland von 1947, dem evangelischen *Schuldbekenntnis* zur historischen Mitverantwortung der *Deutschen Evangelischen Kirche* für den *Nationalsozialismus*: „Wir sind in die Irre gegangen.....Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gut geheißen. ... Wir übersahen, dass der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirchen an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen....“

Bewusst an die die 1939 verbotenen Bibelwochen der Bekennenden Kirche anknüpfend sollte jeder Christ die Chance bekommen, im Gespräch mit kompetenten Referenten, die Tragfähigkeit der eigenen Bibelkenntnis und politischer Positionen zu überprüfen.

Auch um hierfür einen Raum für gemeinsame Diskurse mit jenen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu schaffen, die gleiche oder ähnliche Werte und Anliegen und gesellschaftliche Zielvorstellungen mit anderen Weltanschauungen verbinden, wurde in einem zivilgesellschaftlich orientierten Prozess der Markt der Möglichkeiten eingerichtet, auf dem neben christlichen Gruppen politischer Parteien, vor allem NGOs, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen ihre sozialen, politischen und/oder kulturellen Angebote oder konkrete Alltags- und Lebenshilfen unterbreiten können. So präsentieren sich neben den christlichen Gruppen politischer Parteien, politischen Stiftungen Organisationen wie Pfadfinder,

Evangelische Studierendengemeinden, ökumenische Frauennetzwerke, zahlreiche Friedens- und vor allem Dritte-Welt-Initiativen, europäischen Netzwerken wie KAIROS Europa, auch die Christen für den Sozialismus, aber ebenso die Stiftung „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ und die Militärseelsorge der Bundeswehr, die sich seit dem Kirchentag in Hannover 2005 im Vergleich zu allen anderen teilnehmenden Organisationen mit einem überdimensionalen Standbereich präsentiert.

Kirchentage sind politisch umkämpfte Räume, deren Dynamik durch aktuelle Ereignisse und gesellschaftliche Grundstimmungen geprägt wird. Das galt in besonderer Weise für die 1970er und 1980er Jahre, deren Kirchentage maßgeblich von Friedensdemonstrationen geprägt wurden und durch einen in den Kirchen hervorgebrachten „Konziliaren Prozess“ für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, wie er bis Mitte der 1990er Jahre die Inhalte der zentralen Podien bestimmte. Dieser Prozess ist heute auch deshalb erwähnenswert, weil *erstens* die Evangelischen Kirchen in Deutschland hinter dessen Anspruch, die Fragen der Umwelt, der Gerechtigkeit und des Friedens zusammenzudenken und mit konkreten Handlungsmaximen zu verbinden zurückgegangen ist, weil sie *zweitens* dessen gesellschaftskritische Relevanz z.T. weit hinter sich gelassen haben und weil drittens der in diesem Prozess entwickelte Anspruch auf einzigartige Weise „in Überlebensfragen die globale und die lokale und Perspektive mit gesellschaftlichen ... und individuellen Lebensstilantworten“<sup>10</sup> zu verbinden, drängende Notwendigkeit ist.

Die Grundgedanken dieses nicht nur innerkirchlichen Diskussionsprozesses finden sich auch im Sozialwortes der Evangelischen und katholischen Kirchen 1996, in dem aus einer Analyse der Gesellschaft heraus Reformen dieser Gesellschaft gefordert werden: „eine strukturelle und moralische Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“. Die christliche Soziallehre

müsse daher künftig mehr als bisher „das Bewusstsein von der Vernetzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Problematik wecken. Sie muss den Grundgedanken der Bewahrung der Schöpfung mit dem einer Weltgestaltung verbinden, welche der Einbindung aller gesellschaftlichen Prozesse in das – allem menschlichen Tun vorgegebene – umgreifende Netzwerk der Natur Rechnung trägt.“...Denn: „Wer notwendige Reformen aufschiebt oder versäumt, steuert über kurz oder lang in eine existenzbedrohende Krise.“<sup>11</sup>

Zugleich benennt das Sozialwort das Problem, „dass die großen Zukunftsaufgaben – die Bewahrung der natürlichen Grundlagen des Lebens, die Veränderung des vorherrschenden Wohlstandsmodells, die europäische Einigung und die Herstellung von mehr internationaler Gerechtigkeit – gegenüber den bedrängenden sozialen Problemen vor der eigenen Haustür in den Hintergrund treten.“ Dies gilt auch für die eigne Kirche. Vor dem Hintergrund sinkender Einnahmen und der Notwendigkeit, Einsparungen im Personalbereich vornehmen zu müssen, heißt es, dass „Gehaltseinschränkungen und Stellenteilungen in vernünftigem Rahmen und mit Augenmaß“ erfolgen sollten. Denn (Absatz 242): „Eine gute und aufopferungsvolle Arbeit verlangt auch ihren gerechten Lohn.“ Aber dieser Anspruch findet sich immer weniger in der kirchlichen Praxis selbst. Zahlreiche Bereiche der ambulanten Pflege werden als GmbHs ausgliedert, um dort künftig den Tarifvertrag für Zeitarbeitsunternehmen anzuwenden zu können.<sup>12</sup> Mit großer Mehrheit beschloss z.B. die Württembergische Synode – das Kirchenparlament am 16. März 2007, dass Diakonie-Einrichtungen vom allgemeinen kirchlichen Tarifvertrag vor Ort abweichen und den durchschnittlich sechs Prozent geringeren Tarif des Diakonischen Werks der EKD anwenden dürfen. Nur durch geringere Personalkosten könne man dem

---

<sup>10</sup> Ulrich Schmittthener. Der Konziliare Prozess. Gemeinsam für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Vorwort. Idstein. S. 19

---

<sup>11</sup> Sozialwort der Kirchen. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland  
<sup>12</sup> Ankündigung der Evangelischen Stiftung Bodelschwingh, zum 30. Juni 2007.

wachsenden Druck privater Anbieter auf dem Markt sozialer Dienstleistungen standhalten, hieß es. So musste die Debatte um einen Mindestlohn auch unter kirchlichem Dach zum Kampffeld härtester Auseinandersetzungen werden. Eine der Antworten der EKD – nicht nur auf diese konkrete Frage, ist die Denkschrift der EKD: „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ mit der die EKD die Anpassung an die neoliberale Politik und an das eigene unternehmerische Handeln vollzieht. Die realen sozialen Prozesse ausblendend preist die Denkschrift unternehmerisches Handeln als „unternehmerische Berufung“ zur legitimen Interessenentfaltung zwischen Eigeninteressen und dem Dienst für andere. Der Einzelne soll dabei befähigt werden, selbst unternehmerisch handlungsfähig zu sein – als Unternehmer seiner selbst.

Es lohnt aber auch ein Blick auf die Darstellung der internationalen Finanzmarktinstrumente in dieser Denkschrift. So könnte durch eine gesetzliche Regulierung von Hedgefonds aufgrund ihrer Komplexität und ständig weiterentwickelten Anlagestrategien Effekte erzielt werden, mit der die „vorteilhafte Innovationskraft dieser Finanzinvestoren eingeschränkt werden“ könnte und zum andern die Gefahr besteht, „dass unter den Anlegern ein falsches Gefühl der Sicherheit geschaffen wird, so dass das eigene Risikomanagement vernachlässigt wird.“

Bemerkenswert sind auch die darin genannten Ursachen der Krise, deren Finanzmarktinstrumente auch deshalb nicht funktionieren konnten, weil „Innovationen der Regulierung vorseilten und falsche Anreizstrukturen sowie mangelnde Transparenz über die Risikoverteilung zu einer Unterschätzung der damit neu aufgetretenen gesamtwirtschaftlichen Risiken führten.“

Außerdem seien die Wege aus der Krise auch deshalb schwierig, weil durch die Komplexität der neuen Finanzinstrumente „weiteren regulatorischen Eingriffen und Maßnahmen der staatlichen Aufsicht immer mehr Grenzen gesetzt“ sind. Es käme deshalb darauf an, dass „alle institutionellen Marktteilnehmer (Banken, Unternehmen, Finanzinvestoren, Rating-Agenturen) ihrer unternehmerischen Verantwortung

nachkommen und selbst Regeln entwickeln“ ... „Christliche Werte eines ehrbaren Kaufmanns sind dabei, ebenso wie bei einzelnen Entscheidungen im Spannungsfeld zwischen kurzfristiger Renditemaximierung und nachhaltigem Wirtschaften von Neuem gefragt.“<sup>13</sup>

Genau diesem Ansatz folge die politische Botschaft des Deutschen Evangelischen Kirchentags 2009. Nicht die Debatten um eine gerechte globalisierte Gesellschaft prägten diesen Kirchentag, sondern die Ausrichtung des Kirchentags auf individuelle persönliche Engagement bereits mit der Wahl des Mottos: „Mensch, wo bist du...“. Folglich stand mehr als bisher der persönliche Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden (real war das Thema kaum präsent) und Demokratie im Zentrum der Kirchentagsdebatten. Dies spiegelten die Reden von Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier, die das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen in der globalen Krise anmahnten<sup>14</sup>. Kirchentagspräsidentin Karin von Welk formulierte als politisches Credo des Kirchentags: „den Wandel zu mehr Gerechtigkeit und Solidarität werden wir nur in dem Maß hinbekommen, in dem sich jeder daran beteiligt.“<sup>15</sup>

Auch die Kritik an den herrschenden Zuständen blieb individualisiert: Der theologische Repräsentant der Bremischen Evangelischen Kirche, Pastor Renke Brahm, wandte sich in seiner Eröffnungspredigt gegen Gier und Selbstüberschätzung. „Nichts ist schlimmer als jene unverschämten Menschen, die immer mehr wollen und die das Unrecht gar nicht mehr spüren, in dem sie leben und mit dem sie

---

<sup>13</sup> [http://www.ekd.de/download/ekd\\_unternehmer.pdf](http://www.ekd.de/download/ekd_unternehmer.pdf), S. 85

<sup>14</sup> Radio Bremen vom 27.5.2009. Persönlicher Einsatz ist wichtig <http://www.radiobremen.de/wissen/dossiers/kirchentag/kulturbremenkirchentaghalbzeit100.html>

<sup>15</sup> Karin von Welk Kirchentag geprägt von engagierten Debatten und fröhlicher Atmosphäre <http://www.kirchentag.de/aktuell-bremen-2009/panorama/alle-meldungen-bereich-panorama/125-engagierte-debatten.html>



sich auf Kosten anderer bereichern."<sup>16</sup> Es sei etwas aus den Fugen geraten erklärte er, wenn gesagt werde, dass Geld arbeite. „Auch für das Geld, das an den Börsen verdient oder verloren wird, arbeiten irgendwo auf dieser Erde Menschen - allerdings zu Hungerlöhnen. Deutlicher in seiner Kritik wurde der Wissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker, der die Strategie der Bundesregierung im Kampf gegen die Wirtschaftskrise mit ihren Versuchen kritisierte, aus der Krise mit Wachstumsimpulsen herauszukommen. „Mit der Verherrlichung des Wachstums würden die Probleme noch schlimmer.“<sup>17</sup>

Altkanzler Helmut Schmidt forderte vom Kirchentag aus langfristige Strategien zur Lösung der Probleme. Ihm aber war vor allem die Sanierung von Banken wichtig und das Vertrauen in die Finanzmärkte wie auch die Ankurbelung Binnennachfrage. Weltbankpräsident Robert B. Zoellick rief dazu auf, arme Länder stärker zu unterstützen. Die Krise bedrohe das Leben von zwei Millionen Babys in Entwicklungsländern. "Es wäre eine Tragödie, wenn die ärmsten Länder den teuersten Preis bezahlen müssten", so Zoellick.<sup>18</sup>

Immer wieder ging es um Vertrauen, das wieder herzustellen sei, das Menschen zu einander haben müssen. Es werde Vertrauen in die Wirtschaft, in die Unternehmer und eine Unternehmenskultur gebraucht, ein Vertrauen, das auch dazu beiträgt, unternehmerische Anpassungsprozesse konstruktiv und menschenfreundlich zu gestalten (siehe Denkschrift S. 31), in die Zukunft, in vertrauensvolle Kooperation etc. In der Denkschrift ist auf 129 Seiten 45-mal vom Vertrauen die Rede. Vertrauensfragen ja, die von Schmidt geforderten Strategiediskussionen zur Lösung der Probleme der Krise – nein, diese fan-

den auf dem Kirchentag nicht statt, ebenso wenig wie die Fragen zur kirchlichen Verantwortung. Die evangelische Kirchen erwecken den Eindruck, als seien die Probleme in Politik und Wirtschaft nur auf individuelles Fehlverhalten zurückzuführen und nicht auf Systemfehler: „sie beschönigt die sozioökonomische Realität, indem sie von sozialer Marktwirtschaft spricht statt von neoliberalen Kapitalismus.“<sup>19</sup>

Während die Auseinandersetzungen mit den Folgen neoliberaler Globalisierung und Wirtschaftspolitik für die Länder Dritten Welt seit Jahren auch zentrales Thema auf den Deutschen Evangelischen Kirchentagen sind, bleibt die Kritik an der herrschenden Politik Deutschlands und ebenso die Kritik an den Positionen der Kirchen in Deutschland, die seit Jahren schon auf dem Markt der Möglichkeiten verbannt worden war, zögerlich – kaum wahrnehmbar.

Aber es gibt sie, die Kritik an den Kirchen wie die Kritik an der herrschenden Politik. Aktuell steht hierfür der Aufruf linker Theologen an Christinnen und Christen, Gemeinden und Kirchen, der Unternehmerdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland biblisch-theologisch und wirtschaftswissenschaftlich zu widersprechen, um sich so gegen eine Anpassung der Kirchen an neoliberale Politik zu wenden. Mit dieser Denkschrift hat die EKD aus biblisch-theologischer, wirtschaftswissenschaftlicher und weltweit ökumenischer Perspektive „offensichtlich einen Irrweg betreten“<sup>20</sup>. Sie habe sich „von ihren eigenen bisherigen sozialetischen Grundeinsichten distanziert, dass das unternehmerische Handeln durch eine widergelagerte Gesellschaftspolitik sozial- und ökologisch verträglich in die Gesellschaft eingebettet werden muss (vgl. das Wirt-

---

<sup>16</sup> Radio Bremen: Evangelischer Kirchentag. Appelle zum Umdenken in der Krise. 20. Mai 2009  
<http://www.radiobremen.de/kultur/nachrichten/kulturkirchentagerstertag100.html>

<sup>17</sup> a.a.O.

<sup>18</sup> Radio Bremen vom 27.5.2009. Altkanzler Schmidt in Bremen: "Wirtschaft nicht über den Berg" <http://www.radiobremen.de/wissen/dossiers/kirchentag/kulturbremenkirchentag114.html>

---

<sup>19</sup> Ulrich Duchrow. Kirche auf dem Irrweg. Neues Deutschland vom 1.11.2008

<sup>20</sup> Memorandum. Andie Christinnen und Christen, Gemeinden und Kirchen der Unternehmerdenkschrift der EKD in Deutschland biblisch-theologisch und wirtschaftswissenschaftlich zu widersprechen. In: Frieden mit dem Kapital?. Wider die Anpassung der Evangelischen Kirche. Oberursel, S. 9

schafts- und Sozialwort der Kirchen von 1997, Ziff. 143). Sie nimmt stattdessen im Einklang mit dem neoliberalen Mainstream hin, "die staatliche Regulierung auf das Notwendigste" (44) zu begrenzen.<sup>21</sup>

Dass es für diese Auseinandersetzungen auf den Kirchentagen kaum Plätze gibt, liegt im veränderten Selbstverständnis der Kirchen gegenüber herrschender Politik, veränderten Abhängigkeiten – in der Veränderungen der Wahrnehmung der Kirchentage – nicht mehr primär als offene gesellschafts- und kirchenkritische Diskursräume.

Auch aus diesem Grunde nutzte die RLS auf dem Kirchentag ihr öffentliches Podium mit Ulrich Duchrow, Kairos Europa für die Bekanntmachung dieses Aufrufes, für die Diskussion „wider die Anprassung der evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft – als eine linke Antwort auf die Unternehmerdenkschrift. Sicher – nur ein Tropfen auf einem sehr heißen Stein. Aber Kampffelder sind immer auch Bewegungsfelder.

2007 stand das Kirchentagsmotto: „Friede ist Frucht von Gerechtigkeit“ inhaltlich in Einklang mit den Forderungen des Gengipfels in Heiligendamm, die zeitgleich stattfanden. Die Kirche in ihrem Selbstverständnis selbst Global Player zu sein, aber in dieser Eigenschaft „die Interessen der Globalisierungsoffer“ zu vertreten<sup>22</sup>, prägte die Großveranstaltungen des Kirchentags, vorbereitete und spontane Veranstaltungen in Kirchen und auf öffentlichen Plätzen der Stadt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Weltreligionen forderten in einer gemeinsamen Erklärung, die Bekämpfung der weltweiten Armut und gerechte Beteiligungsstrukturen. Im Abschlussdokument der „Religious Leaders' Conference“ die Religionsvertreter aus den G8-Staaten und Afrika plädieren für eine auf Gerechtigkeit, Teilhabe und ethischer Verantwortung basierende globale Wirtschaftsordnung. „Wir stehen zusammen, um die Regierungschefs der G8-Staaten und alle Menschen guten Willens

dazu aufzurufen, mit uns zusammen zu arbeiten, um mit verstärkter Energie, Engagement und Kreativität die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele und der Verpflichtungen des G8-Gipfels 2005 in Gleneagles zu erreichen. Wir rufen zu konkreten, sichtbaren, Lebensfördernden und lebenserhaltenden Verbesserungen für das Leben unserer Schwestern und Brüder und das unseres Planeten auf...“<sup>23</sup>

Mehr als 40.000 Menschen versammelten sich zum „Ruf an den G8-Gipfel in Heiligendamm“ unter dem Motto „Die Macht der Würde: Globalisierung neu denken“, eine Botschaft, die in unterschiedlicher Schärfe von Susan George, ATTAC France, Erzbischof Desmond M. Tutu, Südafrika, Reinhold Höppner und Bischof Huber formuliert wurde. Mit einer Live-Schaltung zum G-8-Konzert der Globalisierungsgegner in Rostock haben die Kirchentagsteilnehmer ihre Botschaft an die Teilnehmer des Gipfeltreffens gerichtet: „Globalisierung ist kein Schicksal, sondern eine Gestaltungsaufgabe.“ Der Kirchentag in Köln wurde in seinem kritischen, friedlichen Protest, einschließlich des Schlussgottesdienstes Teil des Anti-G8-Gipfels.

Erinnert sei hier auch auf die bisher schärfste Kritik des Neoliberalismus durch internationale kirchliche Gremien – wie der Erklärung des Reformierten Weltbundes von Accra 2004. Darin heißt es: „Darum sagen wir Nein zu gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, wie sie uns vom globalen neoliberalen Kapitalismus aufgezwungen wird. ...Darum sagen wir nein zu jeder Ideologie und jedem wirtschaftlichen Regime, das den Profit über die Menschen stellt, das nicht um die ganze Schöpfung besorgt ist und jene Gaben Gottes die für alle bestimmt sind, zu Privateigentum erklärt. Wir weisen jede Lehre zurück, die zur Rechtfertigung dient, die einer solchen Ideologie im Namen des Evangeliums des Wort reden oder ihr nicht widerstehen.“

Es bleibt dabei – Kirchentage sind politisch umkämpfte Räume der Mehrheitsgesellschaft an denen man nicht vorbeikommt, wenn gesellschaftliche Mitte-

---

<sup>21</sup> A.a. O. S. 10

<sup>22</sup> Die Kirche. Evangelische Wochenzeitung Nr. 24, vom 17. Juni 2007, S. 1

---

<sup>23</sup>

<http://www.evlka.de/content.php?contentTypeD=4&id=6411> vom 20.6.07

Unten-Bündnisse ernst gemeint sind. Und es gibt Anknüpfungspunkte für erneute Politisierung der Kirchentage

Und es gibt auch das Wissen um die Schwierigkeiten, trotz der so sichtbaren Folgen eines globalisierten neoliberalen Kapitalismus Gegenmächte aufzubauen. „Wieso stehen nicht mehr Menschen auf und schließen sich den solidarisch für das Leben der Menschen und der Erde Kämp-

fenden an? Wo liegen die Blockaden und kann man sie aufbrechen?“

Das fragt der linke Theologe Ulrich Duchrow in seinem Buch: „Solidarisch Mensch werden“ und dass müssen sich viel ernsthafter als bisher auch die Linken fragen.

## Wer und was ist heute „links“? Konturen linksaffiner Milieus in Deutschland

Anhand von Umfragedaten wird in den letzten Jahren häufig postuliert, die Deutschen tendierten in ihren politischen Grundeinstellungen nach links. Einmal abgesehen von durchaus angebrachten methodischen Zweifeln ist zu erklären, wie sich dieser vermeintliche Linksruck (Vgl. kritisch: Misik 2009: 17) manifestiert: Was zeichnet heute die linke Einstellung aus und bei welchen Gruppen der Gesellschaft findet man diese vor?

Bei der Beantwortung dieser Fragen stützen wir uns auf Ergebnisse einer eigenen empirischen Untersuchung.<sup>24</sup> In Form von Gruppendiskussionen und qualitativen Einzelinterviews wurden Personen befragt, die sich in ihren politischen Orientierungen selbst als im weitesten Sinne „links“ verorten und auf linke Positionen Bezug nehmen. Die Spannbreite reicht von radikalen Orientierungen über Reformer bis hin zu ideologisch eher unbedarften Sympathisanten. In dem Sample sind sowohl parteipolitische Aktive vertreten als auch in linken öffentlichen und beruflichen Kontexten gesellschaftlich aktive Personen. Darüber hinaus wurden auch Inaktive befragt, die sich dem linken Spektrum zurechnen.

Anhand dieses breiten Spektrum des Sample hinsichtlich der politischen Grundhaltung und des politischen Eingebundenseins zeichnet sich bereits eine erste zentrale Erkenntnis ab: „Die“ linke Identität in Deutschland gibt es nicht. Anstatt *einer* homogenen politischen Grundeinstellung existieren nebeneinander *plurale* politische Deutungsmuster und Praxen. Die Einheit der Linken zeigt sich gewissermaßen in

der Vielheit ihrer Stimmen. Will man wissen, wer und was heute „links“ ist, muss man der Diversität Rechnung tragen. In diesem Sinne sprechen wir in diesem Beitrag von „linksaffinen Milieus“. Konturen dieser Milieus sollen im Folgenden aufgezeigt werden.

Zwar gibt es, wie eben angedeutet, keine eindeutig definierbare linke Position, aber als gemeinsamer Nenner der linksaffinen Milieus lässt sich festhalten, dass Kritik an gesellschaftlichen Zu- bzw. Missständen formuliert wird. Gemeinsamer Fluchtpunkt ist eine in unterschiedlicher Klarheit formulierte und mehr oder weniger weitreichende Wahrnehmung von Defiziten der bestehenden Gesellschaftsordnung – insbesondere der ökonomischen und politischen Verhältnisse. Die kritische Perspektive auf die wirtschaftliche und politische Grundordnung ist in linksaffinen Milieus konstitutiv für die politische Selbstverortung innerhalb der Gesellschaft (politische Identitätsbildung). Hier sehen wir ein deutliches Abgrenzungskriterium zur konservativen bzw. „rechten“ Identitätsbildung, der eine unkritisch-affirmative Gesellschaftsperspektive bzw. ein das Bild von Gesellschaft überformender übersteigerter Nationalismus eigen ist.

Wie lässt sich die kritische Einstellung der „Linksaffinen“ gegenüber der wirtschaftlichen und politischen Grundordnung näher charakterisieren und welche Handlungsfolgen bzw. politische Handlungspraxen ergeben sich für sie?

### 1 Grundorientierungen im Hinblick auf die politisch-ökonomische Ordnung

Die Kritik an soziale Verwerfungen hervorgerufenen ökonomischen Verhältnisse bildet traditionell einen Kern linker Identität. Auch hier lassen sich anhand unserer Studien wiederum typische Ausprägungen von einander unterscheiden.

---

<sup>24</sup> Es handelt sich um zwei im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung in den Jahren 2007-2009 durchgeführte Teilstudien. Zu den Befunden der ersten Teilstudie vgl. Matuschek et al. 2008. Für das Frühjahr 2010 ist eine das Gesamtprojekt umfassende Buchveröffentlichung vorgesehen.

Einige der Befragten üben allenfalls partielle Kritik. Das System der *sozialen* Marktwirtschaft wird nicht grundlegend in Frage gestellt, nur seine (insbesondere derzeit) als negativ eingeschätzten Ausprägungen. Für Andere (insbesondere aus dem radikal-linken Spektrum) ist die generelle Kapitalismuskritik von zentraler Bedeutung. Sie verweisen in der Regel auf fundamentale Folgen wie strukturelle Arbeitslosigkeit, Rüstungsproduktion etc. Es lassen sich drei Konstellationen unterscheiden:

1) *Dominanz der Wirtschaft*: Das bestehende Wirtschaftssystem wird – allzumal nach dem Scheitern des staatssozialistischen Gegenmodells – als strukturell alternativlos und gegenüber sonstigen gesellschaftlichen Strukturen aufgrund seiner Eigengesetzlichkeit dominant wahrgenommen. Nachgelagerte politische Gestaltungsalternativen zielen darauf, das System in Richtung einer wohlfahrtsstaatlich abgefederten Variante („soziale Marktwirtschaft“ als rheinischer Kapitalismus vs. angelsächsische Varianten) auszuformen. Eine gesellschaftliche Steuerung des Wirtschaftssystems insgesamt wird dagegen als wenig realistisch eingeschätzt; letztlich findet der den massenmedialen Mainstream-Diskurs beherrschende Neoliberalismus in dieser Position seinen ideologisierenden Niederschlag.

2) *Regulierung des (dominanten) Wirtschaftssystems*: Ausgangspunkt dieser Grundorientierung ist, dass Wirtschaft und Gesellschaft zwei ineinandergreifende, nicht isoliert voneinander existenzfähige Systeme sind. Die gegenwärtig übermächtige Ökonomie zeitigt für die Gesellschaft negative Effekte und ist durch staatliche Setzung geeigneter Regulierungen zu zähmen. Der Fokus liegt auf konkreten sozialen Verwerfungen wie z. B. der spürbaren Exklusion von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, der sich öffnenden Schere von Arm und Reich, aber auch der Bereitstellung gesellschaftlich notwendiger Güter und Dienstleistungen. Gemeinwirtschaftlicher, nicht profitorientierter Ökonomie wird ein eigener Stellenwert zugeschrieben, insoweit Bereiche identifiziert werden können, in denen private Wirtschaft ineffizient ist. Eher selten wird auch

eine allgemeine „Demokratisierung“ der Wirtschaft gefordert.

3) *strukturelle Veränderung*: Aus einer grundlegenden Kritik des bestehenden Wirtschaftsordnungs heraus wird die Ökonomie als ein der gesellschaftlichen Entwicklung unterzuordnendes und folglich strukturell zu veränderndes soziales Teilsystem angesehen. Schärfe der Analyse und der politischen Folgerungen daraus kommen zur Deckung – zugleich ergeben sich im Hinblick auf konkrete politische Schritte nur wenige praktikable Konsequenzen. Daher greifen die Vertreter dieser Grundorientierung pragmatisch auf wesentliche Forderungen der Regulierer zurück. Eine grundlegende Veränderung des Wirtschaftssystems wird so als Utopie eher herbeigesehnt als alltagspolitisch angegangen.

An den von der Ökonomie hervorgerufenen sozialen Verwerfungen wird zum Teil umfassende Kritik geäußert. Nur wenige formulieren Fundamentalkritik, die mit der Perspektive der Auflösung kapitalistischer Strukturen verbunden wird. Überwiegend wird die bestehende Wirtschaftsordnung als mehr oder weniger gut regulierte Spielart des Kapitalismus (im Sinne einer *sozialen* Marktwirtschaft) verstanden, deren sozialstaatliche Komponenten es auszubauen gelte. Bei der parallel erhobenen Forderung nach einer demokratischen Gesellschaftsordnung stehen die Möglichkeiten der Einzelnen zur Teilhabe bei der Gestaltung von Gesellschaft und der Grad der Integration Andersdenkender (und damit verbunden insbesondere auch die Frage nach Konsens- versus Mehrheitsdemokratie) im Vordergrund. Beinhaltet dies eine Kritik an einer nichtegalitären Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen, wird je nach Perspektive ein an der Verfügungsgewalt über materielle Ressourcen bzw. Produktionsmittel orientierter Klassenbegriff (der auch den Fundamentalkritikern eigen ist) als analytische Kategorie genutzt oder es werden weitere zentrale Ungleichheitsdimensionen wie Geschlechtergleichheit, Sozialprestige, politische Einflussmöglichkeiten und Bildung herangezogen. In einigen Entwürfen wird eine ökosoziale Perspektive aufgespannt, die im Sinne eines Nachhaltigkeits-Entwurfs das Ziel der ressourcenschonenden Wirt-

schaftsweise als Subziel politischer Gestaltung der Ökonomie formuliert.

Die grundlegenden Orientierungen im Spektrum der „Linksaffinen“ weisen im Kern unüberwindlich erscheinende Differenzen auf.<sup>25</sup> Insgesamt lassen sich im erweiterten linken bzw. linksaffinen Spektrum verschiedene Bewertungsmaßstäbe der gesellschaftlichen Verhältnisse unterscheiden, die gewöhnlich um jeweils einen dominanten Referenzpunkt kreisen, aber weitere inhaltliche Bezugspunkte einbeziehen. Die kontrastierenden Einschätzungen entfalten sich entlang unterschiedlicher grundlegender Perspektiven auf die Priorisierung des Ökonomischen über das Gesellschaftliche bzw. vice versa. Darin finden sich Annahmen zur politischen Gestaltungsmacht wieder, die – da aus den grundlegenden Perspektiven hervorgegangen – legitimatorische Funktionen haben: weil an der zentralen Stellung der Wirtschaft nicht zu rütteln ist, lohnt sich auch keine fundamental andere Ausrichtung; weil nur eine strukturelle Veränderung heilsversprechend ist, lohnen sich Anstrengungen zur Reform nicht etc.

## 2 Politikverständnisse und politische Praxisformen

Im Anschluss an die vorstehenden Ausführungen lassen sich insgesamt vier idealtypische Grundpositionen im Hinblick auf Gesellschaftsgestaltung unterscheiden. Während die beiden ersten eine Systemveränderung zum Ziel haben, orientieren die beiden letzten grundlegend auf eine Beibehaltung der bestehenden Gesell-

schaftsordnung und bilden damit gewissermaßen den „rechten Rand“ des linken Spektrums.

- 1) Die *etatistisch-sozialistische* Perspektive zielt auf eine (sozialistische) Gesellschaftsordnung, in der ein ‚starker‘ Staat mittels Lenkungs- und Umverteilungspolitik gerechte soziale Verhältnisse schafft.
- 2) Die *libertär-antikapitalistische* Perspektive ist dezidiert antistaatlich ausgerichtet. Die Abschaffung des Kapitalismus wird als Grundlage für eine sich ‚von unten‘ selbst organisierende ‚befreite‘ Gesellschaft angesehen.
- 3) Die *reformorientierte* Perspektive sieht Defizite in der bestehenden Gesellschaftsordnung und fokussiert auf (vor allem zivilgesellschaftlich basierte) Suchbewegungen nach strukturellen Verbesserungen des Gesellschaftssystems auf Basis der bestehenden Grundordnung.
- 4) Die *subsidiäre* Perspektive akzeptiert grundlegend die bestehende politisch-ökonomische Ordnung. In ihrem Rahmen gleichwohl wahrgenommene gesellschaftliche Defizite bzw. Ungerechtigkeiten sollen durch Eigeninitiative der Gesellschaftsmitglieder kompensiert werden.

Mit diesen Grundorientierungen korrespondieren zum Teil auch unterschiedliche Begriffe von Politik: Im *parteipolitisch-etatistischen* Verständnis ist Politik weitestgehend auf parteibasierte parlamentarische Demokratie (einschließlich der sekundär darauf Bezug nehmenden Verbände und Vereinigungen) und darauf basierende Aktivitäten des Staates beschränkt. Dieses Verständnis wird auch durch die politische Bildung in der Schule und die Berichterstattung der Medien vermittelt und ist insofern das gängigste. Das *zivilgesellschaftliche* Politikverständnis – das häufig bei Engagierten im Bereich informellen politischen Handelns (etwa in NGO's oder Bürgerinitiativen) anzutreffen ist – subsumiert unter Politik darüber hinausgehend auch gesellschaftlich wirksame Gruppen und Organisationen jenseits des etablierten politischen Systems sowie den „aktiven Bürger“. Beiden Grundpositionen ist gemeinsam, dass politisches (im Kontrast etwa zum karitativen) Handeln

---

<sup>25</sup> In diesem Zusammenhang bilden sich auch unterschiedliche Vorstellungen darüber aus, ob die soziale Integration und materielle Sicherung der Gesellschaftsmitglieder dominant über Erwerbsarbeit erfolgen sollte oder anderen Modellen der Vorzug zu geben sei. Drei Grundpositionen sind zu unterscheiden: eine klassische erwerbszentrierte Position, Bürgergeld-Modelle und die Vorstellung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dahinter stehen neben unterschiedlichen Bewertungen über sozialintegrative und identitätsbildende Effekte von regelmäßiger Arbeit sowie über die Qualität von Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen auch unterschiedliche normative bzw. Gerechtigkeitsvorstellungen.

jeweils auf Probleme von allgemeiner Relevanz bezogen ist und auf den Aufbau eigener Strukturen und Lösungsansätze orientiert. Ein weitergehendes *lebensweltliches* Verständnis fasst als „politisch“ alle Handlungen auf, die auf die Belange anderer Menschen bezogen sind (also auch ehrenamtliches Engagement in nicht politischen, kleineren Vereinen oder karitative Aktivitäten). Anspruch ist hier nicht, die Gesellschaft zu verändern, sondern sich konkret für andere Menschen einzusetzen. Noch weitergehend ist ein *ubiquitäres* Politikverständnis entsprechend dem 68er-Motto „Das Private ist politisch“, das tendenziell alle Alltagshandlungen (bis hin zum politisch korrekten Einkaufen oder Mülltrennen) inkludiert. Mit der zunehmenden „Weitung“ des Politikbegriffs korrespondiert auf der Ebene der politischen Praxis ein Abstandnehmen von eigenen Aktivitäten im „Kern“ politischen Systems.

Im Spektrum der „Linksaffinen“ sind nach der Art ihrer alltagspraktischen Bezugnahme auf Politik nach dem gegenwärtigen Stand der Auswertungen folgende Gruppen unterscheidbar:

- „institutionelle“ Traditionsinne, die mit einem staatszentrierten Blickwinkel auf das politische System in linker Parteipolitik (in der Partei DIE LINKE, in linken Splitterparteien, bei den GRÜNEN, aber auch bei der SPD) bzw. in linken Verbänden engagiert sind,
- „radikale“ Linke, die auf der Grundlage libertärer subkulturell-alternativer Lebensentwürfe gegengesellschaftliche Politik außerhalb des etablierten politischen Systems betreiben,
- „unorthodoxe“ Linke, die, ebenfalls subkulturell verankert, konkrete reformorientierte Aktivitäten überwiegend im Kontext von basisdemokratischen „Graswurzel“-Initiativen als Gegenentwürfe zu etablierten Sozial- und Wirtschaftsformen verfolgen,
- Berufszentriert Engagierte, die mittels ihrer bewusst angestrebten politik- bzw. gesellschaftsbezogenen Erwerbstätigkeit politische Arbeit betreiben,
- „ehrenamtlich“ Engagierte, die sich selbst überwiegend beruflich und sozial etabliert, für soziale Belange einsetzen und zum Teil mit ihrer Aktivität

auch weiterreichende politische Reformziele verbinden,

- „sporadisch Aktive“, die politisch vielseitig interessiert sind, ohne aber dauerhaft oder in festen Funktionen aktiv zu sein, sich aber temporär auch aktiv beteiligen,
- „kritisch Interessierte“, die politische Prozesse und Debatten verfolgen, ohne aber selbst politisch bzw. gesellschaftlich aktiv zu werden,
- „sozial Marginalisierte“, die sich grundlegend als von gesellschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen empfinden und in Parallelwelten aktiv sind, „Ohnmächtige“ und „Resignierte“ schließlich sehen zwar abstrakt Handlungsbedarf, aber keinerlei eigene Handlungsmöglichkeiten, um etwas bewirken zu können.

### **Resümee: Konturen eines Projektes linker Hegemonie**

Deutlich wird, dass im weitesten Sinne linke Spektrum heterogen in Bezug auf ihre Gesellschaftsbilder und Politikvorstellungen sind: paternalistische Erwartungen an eine umfassende staatliche Fürsorgepolitik sind ebenso vorhanden wie zivilgesellschaftliche Reformorientierungen und auf Gesellschaftstransformation orientierte libertäre Kapitalismuskritik. Insofern werden unterschiedliche Facetten eines möglichen gemeinsamen Leitbilds des demokratischen Sozialismus als Staats- und Gesellschaftsformation thematisiert; gleichzeitig wird eine gemeinsame Suchbewegung hin zu einem kohärenten linken Leitbild nicht erkennbar. Die Linke tritt somit als heterogene Bewegung an; ihre vordringliche Aufgabe besteht darin, eine Pluralität linker Politikangebote zu formulieren, die eine attraktive Perspektive für möglichst viele der disparaten Linksaffinen bietet. Im Ergebnis entstehen Kombinationen, die als Brückenschläge zwischen den linksaffinen Kernpositionen fungieren könnten. An ein gemeinsames linkes Hegemonie-Projekt wären demzufolge die Forderung zu richten, die Brückenköpfe der je eigenen Position auszuloten, d.h. eher mögliche Schnittmengen konkreter Politik als vorgeblich unüberwindliche Gegensätze zu thematisieren und an ganz praktischen Projekten zu erproben.

Pluralität kann weder in ein parteipolitisches Korsett gezwängt werden noch jenseits der konkreten lebensweltlichen Problemlagen auf abstrakten Ebenen verbleiben. Vielversprechender erscheint, über Möglichkeiten nachzudenken, die Identität als Linke in einem offenen Diskurs als neu zu bestimmende in die Gesellschaft hineinzutragen und damit dem im Gefolge der „geistig-moralischen Wende“ seit den neunziger Jahren dominanten Neoliberalismus einen neuen emanzipatorischen Gesellschaftsentwurf entgegenzusetzen.

### **Zitierte Literatur**

Matuschek, Ingo / Krähnke, Uwe / Kleemann, Frank / Ernst, Frank (2008): „Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus“, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung,  
[http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/PP\\_INAG\\_.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/PP_INAG_.pdf)

Misik, Robert (2009): Politik der Paranoia: Gegen die neuen Konservativen, Berlin: Aufbau-Verlag.



**Joachim Bischoff, Richard Detje, Christoph Lieber, Bernhard Müller, Bernhard Sander, Gerd Siebecke und Guido Speckmann (Redaktion Sozialismus)**

## **Eine neue Qualität des »Stellungskrieges«**

*1. Wie werden die gegenwärtigen Krisen sowohl individuell als auch kollektiv wahrgenommen? Welche Unterschiede gibt es zu den bisherigen Krisen und was bedeuten diese Unterschiede für Strategien zur Krisenbewältigung?*

Auch wenn die gegenwärtige Krise sich zu einer Weltwirtschaftskrise entwickelt hat, gibt es in den einzelnen kapitalistischen Metropolen unterschiedliche Ausprägungen und Krisenschwerpunkte.<sup>26</sup> Dies bestimmt sowohl das Handeln der politischen Klasse als auch die Verarbeitungsformen im Alltagsbewusstsein der Bevölkerung. In Deutschland versucht das bürgerliche Lager bei regierungspolitischer Einbindung der Sozialdemokratie nach wie vor, insbesondere gegenüber den europäischen Nachbarn die früheren ökonomischen Vorteile Deutschlands durch die Krise zu bringen, die negativen Folgewirkungen der starken Exportabhängigkeit abzufedern und keine größere öffentliche Diskussion über dieses latent aggressive außenwirtschaftliche Potenzial aufkommen zu lassen. Kurzfristig gelingt dies auch durch die Ausnutzung sozialstaatlicher Puffer wie Ausdehnung der Kurzarbeiterregelung und die Auswirkungen von relativ guten Tarifabschlüssen in 2008 und Flexibilisierungsregelungen nach dem Pforzheimer Abkommen der IG Metall. Im Unterschied zu den nur mäßig dimensionierten Konjunkturprogrammen wird das Halten dieser Puffer für die »Durststrecke« bis zu Bundestagswahl im September 2009 entscheidend sein. Aber die ersten Verunsicherungen und Risse in den Systemen sozialer Sicherheit wie jetzt die Diskussion um die Rente oder das absehbare

massive Haushaltsdefizit der BA werden dazu führen, dass die Krise auch hierzulande breiter im Alltagsbewusstsein »ankommt«. Schon jetzt kommt es zu ersten Krisenprotesten in industriellen und logistischen Bereichen wie Stahl und Hafenbetriebe.

In zurückliegenden Krisen in den 1970er und 1980er Jahren standen diese Branchen im Mittelpunkt (Werften, Rheinhausen etc.). Das waren zugleich Krisenprozesse in der Spätphase des Fordismus, ausgelöst durch das Erschöpfen der Produktivitätspotenziale fordistischer Massenproduktion und dem Brüchigwerden entsprechender gewerkschaftlicher Rationalisierungspakte. In der Weltwirtschaftskrise 2007ff. eklatieren zum einen die sich seitdem aufgebaute Überakkumulationskrise sowie die Strukturen eines Finanzmarktkapitalismus, der sich in den zurückliegenden Jahrzehnten aus eben diesen Formen der Überakkumulation von Geldkapital gespeist und zunehmend deformierend auf die Wertschöpfung zurückgeschlagen hat. Sozialstrukturell hat sich in diesem langjährigen krisenhaften Auflösungsprozess des Fordismus seit Beginn der 1980er Jahre eine Qualitätsveränderung der Lohnarbeit mit der Herausbildung gesellschaftlicher Prekarisierungsprozesse ergeben, die nicht mehr mit Strukturen und Formen industrieller Reservearmee aus den Zeiten des Spätfordismus vergleichbar und politisch bearbeitbar sind.

*2. Wie verändert die Krise nach Sicht des Autors für den jeweiligen Akteur Spielraum und Varianten kollektiven wie auch individuellen Handelns? Wie werden diese veränderten Handlungsmöglichkeiten durch den jeweiligen Akteur reflektiert?*

Das markiert zugleich die veränderten Handlungsmöglichkeiten und neuen stra-

---

<sup>26</sup> Siehe dazu ausführlich: Joachim Bischoff, Jahrhundertkrise des Kapitalismus. Abstieg in die Depression oder Übergang in eine andere Ökonomie? Hamburg 2009

tegischen Herausforderungen an die politischen Akteure auf der Linken und auch die Gewerkschaften. Beide agieren aus einer Situation der Defensive heraus und haben in den zurückliegenden Jahren nur unzulänglich gelernt, sowohl die soziale Differenziertheit der organisierten Lohnarbeit zu bündeln, als auch dauerhafte Bündnisse zwischen Gewerkschaften, politischer Linken und insbesondere zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Attac, Sozialverbänden und kirchlichen Gruppen dauerhaft zu etablieren. Die Gewerkschaften laufen angesichts des »neuen« Staat-interventionismus immer wieder Gefahr, in einer bloßen Bittsteller-Rolle gegenüber dem Staat zu verbleiben, und der LINKEN gelingt es nach wie vor nicht, ihre Akzeptanz bei den zivilgesellschaftlichen Protestbewegungen für ihre politisch-parlamentarische Repräsentationsarbeit zu erhöhen.

Dazu kommt eine sozialstrukturelle Veränderung, die die traditionelle »Lohnarbeitszentriertheit« von Gewerkschaften wie LINKE gleichermaßen vor strategische Herausforderungen stellt: Von den ca. 70 Mio. Wahlbevölkerung sind mittlerweile ca. 20 Mio. Rentner und ca. zehn Mio. Hartz IV-Empfänger, d. h. fast die Hälfte der wahlpolitisch relevanten Bevölkerung ist nicht mehr in die gesellschaftliche Wertschöpfung eingebunden. Jede politische Übergangsforderung der Linken muss bei einem solchen gesellschaftlichen Entwicklungsgrad immer in einen Begründungszusammenhang von Wertschöpfung, Reorganisation von Verteilungsverhältnissen und Ausgestaltung des gesellschaftlichen Assekuranzfonds eingebettet sein und darauf zielen, so die Bewusstheit der verschiedenen Personengruppen über gesamtgesellschaftliche Reproduktionsprozesse und ihre Gestaltbarkeit zu erhöhen.

*3. Mit welchen Strategien reagieren linke Akteure auf die Krise (national und international)? Gibt es wesentliche Veränderungen bezogen auf strategische Bündnisse und politische Konzepte, aktuelle Kämpfe, Kampfformen, zentrale Forderungen etc.?*

Damit wird von den entsprechenden politischen Akteuren unterschiedlich umgegangen: Die Gewerkschaften versuchen, im Kampf gegen Leiharbeit, für gesetzliche Mindestlöhne, gegen die Rente mit 67 und für Arbeitszeitverkürzung den gesellschaftlichen Prekarisierungsprozessen auf betrieblicher wie politischer Ebene zu begegnen, laufen aber immer wieder Gefahr, auf eine Politik der Sicherung für die Stammbeschaften zurückzufallen. Und auf bündnispolitischer Ebene entwickelt sich ein innergewerkschaftlicher Stellungskrieg zwischen Wiederannäherung an die Sozialdemokratie und Öffnung gegenüber der zivilgesellschaftlichen, globalisierungskritischen und politischen Linken.

Auch in der LINKEN ist die Herausforderung einer neuen Qualität des »Stellungskrieges« keineswegs Konsens. Sie hat weder in der Beurteilung der Chancen und Risiken des neuen Staatsinterventionismus eine belastbare Mehrheitsposition entwickelt, noch in der Frage, ob und wie daraus weitergehende Transformations-schritte zu gewinnen sind. Unstrittig ist, dass der gegenwärtige Einsatz des Staates auch einen Versuch der politischen und ökonomischen Funktionselementen darstellt, ihre Machtpositionen zu verteidigen. Das macht zugleich die Schwierigkeit aus, die Tiefe der Hegemoniekrise des Neoliberalismus oder gar sein Ende genauer zu bestimmen, Kursänderungen und Kräfteverschiebungen zu analysieren und die Risse im bestehenden Machtgefüge taktisch zu nutzen. Teile der Linken schreiben mit dem Verdikt der »nationalkeynesianischen« Staatsillusion das staatliche und parlamentarische Feld als Terrain eines komplizierten und mühsamen Stellungskrieges zur Formierung eines alternativen historischen Blocks ab. Ein anderer Teil setzt mit radikaler Verstaatlichungsrhetorik auf die im 20. Jahrhundert gescheiterte Konzeption, die Kommandohöhen der Wirtschaft von links besetzen zu können.

Schon Gramsci hatte angesichts der widersprüchlichen Rolle des Staates im komplizierten fordistischen Transformationsprozess des Kapitalismus in Europa während der Weltwirtschaftskrise 1929ff. darauf hingewiesen, »dass der Staat theoretisch seine gesellschaftlich-politische

Basis bei den ›kleinen Leuten‹ und bei den Intellektuellen zu haben scheint, in Wirklichkeit aber bleibt seine Struktur plutokratisch, und es gelingt unmöglich, die Verbindungen mit dem großen Finanzkapital abzurechnen«. Aber »dass ein Staat existieren kann, der sich politisch zur gleichen Zeit auf die Plutokratie und auf die kleinen Leute stützt, ist keineswegs widersprüchlich«. Eine solche historische Konstellation erfordert vielmehr in der Methodik der politischen Arbeit einen komplizierten Stellungskrieg: Einerseits gilt, dass man aus der gegenwärtigen Krisensituation nur mit und durch den Staat herauskommt. Andererseits ist dieser Staat noch nicht der demokratische oder besser noch wirtschafts-demokratische Staat, der der (Zivil)Gesellschaft ein mächtiges Mandat zur Eindämmung der Macht der ökonomischen Eliten, zur Regulation des Kapitals entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft und zu neuen Ansätzen demokratischer Selbststeuerung überträgt.

#### *4. Ermöglicht die Krise die Entwicklung und Einstiege in alternative Projekte oder Wege – welche sind das?*

Diese zivilgesellschaftliche Transformationsperspektive lässt sich nur in Verbindung mit einer gesellschaftlichen Reorganisation der Wertschöpfungsprozesse in der Krise gewinnen, die dann auch den Charakter des bloßen Staatsinterventionismus ändert: »Der Staat wird ... notwendig zum Eingreifen gebracht, um zu kontrollieren, ob die durch seine Vermittlung zustande gekommenen Investitionen gut verwaltet werden... Doch die bloße Kontrolle genügt nicht. Es geht in der Tat nicht nur darum, den Produktionsapparat so zu bewahren, wie er in einem gegebenen Moment beschaffen ist; es geht darum, ihn zu reorganisieren, um ihn parallel zum Wachstum ... der Gemeinschaftsbedürfnisse zu entwickeln.« (Gramsci)

So könnten von einer Reorganisation des finanzmarktkapitalistisch deformierten Kreditwesens Impulse zu einer Veränderung ökonomischer Strukturen der Gesellschaft ausgehen, in dem nicht-kapitalistische Unternehmensformen (z.B. Genossenschaften) bevorzugt mit Finanzmitteln ausges-

tattet und damit Formen solidarischer Ökonomie befördert und implementiert werden. Ebenso ist ein industriepolitisches Umsteuern aus der Überakkumulationskrise fordistischer Strukturen und Branchen auf dem Wege einer integrierten sozial-ökologischen Konversionspolitik möglich. »Diese muss den Arbeitsplatz-, Einkommens- und Arbeitsinteressender Beschäftigten, den Mobilitätsansprüchen einer flexiblen Gesellschaft sowie den Nachhaltigkeitskriterien ... zugleich gerecht werden, ohne sich in Zielkonflikten zu verfangen. Dabei muss der Rückbau von Überkapazitäten politisch gesteuert und mit einer ökologischen Erneuerung von Produkten und Produktionsverfahren und der Sicherung von sozial regulierter Beschäftigung verbunden werden.«<sup>27</sup>

#### *5. Welche herausragenden analytischen bzw. strategischen Artikel und Dokumente gibt es? Sie sollten in einer Artikel- und Dokumentenübersicht als Teil einer vergleichenden Studie zur analytischen Auswertung dieser Fragen aufgenommen werden*

- Der bisherige Verlauf der Weltwirtschaftskrise seit 2007 hat schrittweise über die Immobilienkrise in USA und einigen europäischen Metropolen und daran anschließend die weltweite Kredit- und Finanzmarktkrise schließlich durch die weltweite Überakkumulationskrise der Autoindustrie in einem paradigmatischen Leitsektor des Fordismus das historische Ausmaß dieser Krise freigelegt. »Dies ist ein historischer Moment, der uns dazu herausfordert, entweder in hinreichend großen Dimensionen zu denken oder noch schlimmere Niederlagen zu erdulden«, formuliert *Sam Gindin* an die Adresse der AktivistInnen in der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in seinem Artikel zur Krise der Autoindustrie in *express* 4/2009.

---

<sup>27</sup> Hans-Jürgen Urban, Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2009, S. 75)

- Innerhalb der politischen Linken fand schon vor Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 eine Kontroverse statt, in der das Insistieren auf die Krisenmomente, die den Entwicklungen auf den Vermögenmärkten innewohnen, als Katastrophen- und Kassandrapolitik abgetan wurde. Aber eine Verständigung über den Charakter des Finanzmarktkapitalismus und seine Auswirkungen ist zeitdiagnostisch unabdingbar: »Die derzeitige Krise ist ernster als die bislang schlimmste Rezession der Nachkriegszeit, zwischen 1979 und 1982, und wird möglicherweise der Großen Depression gleichkommen, obwohl man das nicht wirklich wissen kann. Wirtschaftsprognostiker haben ihre Schwere unterschätzt, weil sie die Stärke der Realwirtschaft überschätzten und nicht berücksichtigten, in welchem Ausmaß sie von der auf Vermögenspreisblasen gestützten Schuldenanhäufung abhängig war.« *Robert Brenner in Sozialismus 3/2009.*
- Der Wirtschaftshistoriker Charles Kindleberger wies in seiner Analyse der Weltwirtschaftskrise von 1929ff. darauf hin, dass es in ihrem Gefolge u.a. in Ländern der Peripherie zu 50 Revolutionen kam, die Krise mit einem komplizierten Hegemoniewechsel auf dem Weltmarkt von GB zu den USA zusammenhing und schließlich in einen Weltkrieg mündete. An solche Zusammenhänge erinnert *Eric Hobsbawm* in einem *Stern-Interview* vom 7.5.2009: »Es wird Blut fließen, viel Blut«.
- Die in den beiden Fußnoten genannten Beiträge: *Joachim Bischoff, Jahrhundertkrise des Kapitalismus* (insbesondere Kapitel 6: Vor einer langjährigen Durststrecke – Perspektiven & Alternativen), *Hamburg 2009* sowie *Hans-Jürgen Urban, Die Mosaik-Linke*, in: *Blätter 5/2009.*

**Birgit Daiber**

## **Versuch: Die Linke und die Krisen**

In der linken internationalen Diskussion wird die aktuelle Weltkrise als Verbindung verschiedener Einzelkrisen gewertet, also der Finanz-, Wirtschafts-, Klima-, Ernährungs- und Demokratiekrise, und wenn dies stimmt, dann müssen die Antworten der Linken all diese verschiedenen Elemente einbeziehen. Das bedeutet aber, dass alle einzelnen Elemente in ihrer Komplexität in die politische Konzeption einbezogen werden müssen – und die Handlungsstrategien sich auf alle Elemente der Krisen beziehen müssen, also z. B. kann die Klimakrise nicht mehr nur ein Bindestrichfüllwort in linken Konzepten sein, ebenso wie die Ernährungskrise nicht mehr nur ein Anliegen der Dritte-Welt-Politik sein kann. Ich finde, Marx hat uns da einen wunderbaren Erkenntnisansatz mitgegeben, als er sagte, dass aller gesellschaftliche Reichtum auf menschlicher Tätigkeit und der Natur beruht. Ich glaube, dass die Linke diese Herausforderung noch nicht wirklich auf der Höhe der Zeit angenommen hat – sowohl was menschliche Tätigkeit vor allem jenseits von Lohnarbeit, wie auch was Natur als Quelle von gesellschaftlichem Reichtum jenseits der Ressourcenfrage anbelangt.

Wir wissen noch nicht, wohin die Reise geht in der Weltkrise. Für die Akteure des internationalen Kapitalismus geht es um einen Reorganisationsprozess des globalen Spiels, in dem neue Gewinner und neue Verlierer produziert werden. Der Kampf zwischen den alten kapitalistischen Zentren des Westens und den neuen *global players* könnte in voller Wucht aufbrechen und die Szenerie bestimmen. Wenn der Kapitalismus in seinem innersten Gefüge bedroht ist, könnte immer noch gelten: Sozialismus oder Barbarei – weil die Barbarei dann der Strohalm fürs Überleben des kapitalistischen Systems sein könnte. Ich will diese Szenarien nicht weiter ausmalen – Eric Hobsbawm hat einige Stichpunkte in seinem sehr drastischen Interview mit der Zeitschrift *Stern* benannt.

Die Wirklichkeit drängt zum Gedanken, das ist so klar wie Klopffarbe – aber drängt auch der Gedanke zur Wirklichkeit? Sind wir theoretisch, programmatisch und strategisch gerüstet für die Auseinandersetzung – ohne in Revolutionsromantik und antikapitalistische Rhetorik zu verfallen? Und vor allem aber: wer ist das Subjekt der Geschichte, wer ist fähig, den destruktiven Prozess aufzuhalten und der Geschichte eine neue, bessere Richtung zu geben?

In Europa – anders als z. B. in Lateinamerika und zum Teil auch anders als in den USA – hat die Arbeiterbewegung eine Bändigung des Kapitalismus erreicht, den wir Wohlfahrtsstaat nennen. Der Neoliberalismus hat die wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften – soziale Risikosicherung, Arbeitnehmerrechte und gemeinschaftliche Güter – zum Teil reduzieren können, im nüchternen Vergleich mit den sog. Schwellenländern und der Dritten Welt sind die wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften aber immer noch hoch.

Die emanzipatorischen Bewegungen der vergangenen 40 Jahre haben eine Demokratisierung der westlichen Gesellschaften bewirkt. Diese Errungenschaften müssen ständig verteidigt werden und sind nicht nur durch den Rechtspopulismus in zunehmendem Maße gefährdet. Die emanzipatorischen Bewegungen haben aber auch dazu beigetragen, den Raum des Politischen zu erweitern.

Die Friedensbewegungen haben Krieg als Mittel der Politik und den Zusammenhang von kapitalistischer Ökonomie und Militarismus bekämpft – aber die Kriege nehmen seit dem Ende der bipolaren Welt immer mehr zu.

Die vielleicht erfolgreichste soziale Bewegung der vergangenen 40 Jahre, die Umweltbewegung, hat weltweit viel in Gang gesetzt – und gleichzeitig viel zu wenig bewirkt, denn die Katastrophe des Zu-

sammenbruchs der klimatischen Lebensbedingungen für die nächste und übernächste Generation ist kaum noch abzuwenden.

Die Antiglobalisierungsbewegung und die Sozialforen haben den politischen Zentrismus des Kapitalismus zu stören vermocht, aber ihre Konzepte sind mehr oder weniger auf eine Regulierung und damit klassische Bändigung des Kapitalismus ausgerichtet.

Alle emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Bewegungen die ich kenne, formulieren konkrete Forderungen und Aktionsstrategien und sie weisen ihn ihren Zielsetzungen teilweise über den Kapitalismus hinaus. Als praktische Bewegungen aber steigen sie an und flauen ab und, was wichtiger ist, wenn sie erfolgreich sind und ihre Forderungen teilweise realisiert werden, werden sie in das kapitalistische System integriert (während die nicht-integrierbaren Teile marginalisiert werden).

Die parteipolitisch organisierte Linke muss ihre eigenen Projekte formulieren, sie kann nicht identisch sein mit sozialen Bewegungen. Im Unterschied zu sozialen Bewegungen ist die parteipolitisch organisierte Linke dazu aufgerufen, partielle Interessen zu integrieren, gleichzeitig die Interessenvielfalt zu respektieren, das Bewusstsein sozialer Kämpfe zu generieren und emanzipatorische Projekte zu formulieren, die über den Kapitalismus hinausweisen. Um in der Vielfalt der Befreiungs- und kapitalismuskritischen Bewegungen bestehen zu können, muss die Linke sich in einem Diskurs-Prozess als einer der möglichen Akteure einbringen – nicht als Avant-Garde, nicht als Zentrum, nicht als Kaderpartei, sondern als offenes demokratisches Forum möglicher Entwicklungen. Dies erfordert auf jeden Fall Pluralismus. Und was für die Kooperation mit sozialen Bewegungen gilt, gilt in ebensolchem Maße für die Fähigkeit der nicht-sozialdemokratischen Linken, zusammen mit sozialdemokratischen Mitte-Links-Kräften Bündnisse einzugehen und einen gegenhegemonialen Block zur Durchsetzung spezifischer Projekte und Forderungen zu bilden.

Die politisch organisierte Linke kann gar nicht anders, als reformistische Forderungen – in Europa etwa die Sicherung und Erweiterung des Wohlfahrtsstaates und der Sicherung „guter Arbeit für alle“ - aufzunehmen und mit aller Kraft für ihre Realisierung zu kämpfen. Beides, Reformismus und Systemkritik sind heute Teil linker Politik. Der liebgewordene Gegensatz zwischen radikaler und reformistische Linke ist obsolet geworden. Radikal und reformistisch zugleich – das geht in der Tat an den Kern linker Identität – und die Angst, gesichtslos zu werden, ist übergroß. Die Chance in der Krise ist aber, diese Angst zu überwinden und die Diskussion um die Werte und die Zielvorstellungen für eine gerechte Weltgesellschaft ins Zentrum der Debatte zu rücken – sich aber gleichzeitig auf den Prozess der Erweiterung des politischen Raumes, auf die Vertiefung der Demokratie, die Realisierung von konkreten Projekten der Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen einzulassen.

Wer, wenn nicht die Linke, könnte den Zusammenhang von Ökologie, menschlicher Tätigkeit und der Würde und Autonomie der Menschen zusammenbringen und als Projekte formulieren? Wenn die Vertreter von linken Regierungen in der UNO-Konferenz zur Weltkrise strikte Regulierungen des Finanzkapitals, die Umwandlung des IWF sowie die Aussetzung der Schuldzahlungen für die ärmsten Länder fordern, oder wenn auf globaler Ebene eine Charte der gemeinschaftlichen nicht-ökonomisierbaren Güter der Menschheit diskutiert wird, dann sind dies Vorgaben, die die Linke in ihre jeweilige Praxis umsetzen kann.

Die Linke ist Teil eines großen Menschheitsprojektes, in dem die Menschen um Befreiung kämpfen. Die Linke ist Teil der großen Menschlichkeitshoffnung, dass es möglich wäre, die Versöhnung des Menschen mit dem Menschen und der Natur zu erreichen. Die am meisten unterdrückten Gruppen von Menschen sind heute nicht die klassischen Lohnarbeiter, sondern andere: landlose Bauern, indigene Völker, Frauen und Kinder, die unter Sklaven-Bedingungen leben müssen, ethnische Minderheiten, die von Mehrheiten ausgebeutet und unterdrückt werden,

Flüchtlinge, die keinen sicheren Hafen mehr erreichen können und deren Leben keinen Cent wert ist , die von der Gestaltung ihres Lebens ausgeschlossene Armutsbevölkerung , die bei uns auf unterster Ebene alimentiert wird und ihrer Würde beraubt ist – Befreiung ist immer ein Prozess der Befreiung von ganz konkreten Fesseln und der Realisierung ganz konkreter Überlebensbedürfnisse.

Genug der großen Worte, ich muss mich wieder meinen doch sehr kleinen Taten widmen!

## Akteurskonstellationen, deren Internationalisierung und die Frage alternativer Praxen

Die Feststellung des Papiers des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung<sup>28</sup>, dass es keine Anzeichen eines Politikwechsels gibt, ist zentral für aktuelle Konstellation. Die neoliberalen Kräfte bestimmen derzeit die Formen der staatlichen Krisenintervention und das aktuelle Problem für emanzipatorische Kräfte liegt darin, dass es zwar vielfältige mögliche Alternativen gibt, die gesellschaftlichen Träger jedoch eher schwach sind. Ein großes Problem linker Kräfte ist – neben der Krisenregulierung von oben innerhalb einer weiterhin von neoliberalen Kräften dominierten Konstellation – die Fähigkeit eben jener Kräfte, Krisenintervention und Staatsintervention gleichzusetzen und das gesellschaftlich plausibel zu machen. Die Gewerkschaften wie auch die Linkspartei lassen sich auf das „Markt-Staat“-Dispositiv ein, ob aus der Hoffnung auf staatliche Umverteilungs- und Regulierungspolitik, aus Schwäche oder Phantasielosigkeit sei dahingestellt. Linke Kräfte und Orientierungen bleiben so lange schwach wie sie lediglich die aktuellen Krisenregulierungen eines traditionellen Keynesianismus affirmieren (und etwas weitertreiben wollen) und damit die Perspektiven einer solidarischen Gesellschaft noch nicht einmal andeuten. Das Terrain der erwartbar zunehmenden gesellschaftlichen Konflikte, insbesondere um die Verteilung der Kosten der Kriseninterventionen, ist damit auf eine gewisse Art vorstrukturiert.

Insofern ist die Frage nach den Akteuren und sind die damit verbundenen Unterfragen ganz entscheidend für die Frage emanzipatorischer Handlungsfähigkeit, um

den „Hauptaufgaben einer erneuerten Linken“ (S. 18f.) gerecht zu werden. Damit hängen alternative Kriseninterpretationen, das Leitbild einer solidarischen Gesellschaft; die Frage der Verfügung über Eigentum, eine Energiewende und Einstiegsprojekte zusammen, die im Papier ausgeführt werden. Und nur damit werden Alternativen jenseits eines mehr oder weniger restabilisierten postneoliberalen und wahrscheinlich recht autoritären Kapitalismus, der für vielem Menschen ein Desaster bedeutet, möglich.

Ich möchte die Frage nach den Akteuren jedoch in drei Richtungen variieren, um zur Diskussion der Akteure beizutragen.

1. Zum einen sind es nicht nur Akteure, sondern die dominanten und als plausibel wahrgenommenen gesellschaftspolitischen Orientierungen und *Akteurskonstellationen*, welche die Handlungsräume und Optionen einzelner Akteure bestimmen. Deutlich wird das am strukturellen Konservatismus und Keynesianismus der Gewerkschaften und der Linkspartei, die offenbar nicht in der Lage und nicht Willens sind, Alternativen jenseits von kapitalistischen Märkten und kapitalistischem Staat zu entwickeln. Die Kräfte wie die Grünen und viele Umweltverbände, die nun einen sozial-ökologischen Umbau in Richtung „grünem New Deal“ vorantreiben wollen, bleiben im Paradigma einer ökologischen Modernisierung. Über technologische und institutionelle Innovationen soll die sozial-ökologische Krise bearbeitet werden. Dies geht de facto einher mit der Aufrechterhaltung der imperialen Lebensweise. „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, das ist die implizite Losung. Das hat große Implikationen für emanzipatorische Projekte, denn die dominanten linken Kräftekonstellationen und Orientierungen sind schon problematisch.

<sup>28</sup> Institut für Gesellschaftsanalyse: Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke. Kontrovers 1/2009 (<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=18514>).



Kapitalismuskritische Positionen sind rar bzw. der linke Mainstream denunziert diese mit dem Verweis, es gehe halt nur mit den bestehenden Institutionen. Die Märkte sind eigentlich ganz okay, sie sind nur etwas über die Stränge geschlagen und müssen nun ordnungspolitisch in die richtige Richtung gelenkt werden. Insofern erleben wir heute, dass das neoliberale TI-NA-Prinzip – es gebe keine grundlegenden Alternativen – tief in den linken Denkformen, gesellschaftlichen Praxen und als erfolgreich eingeschätzten Strategien verankert ist. Insofern kann auch nicht von „der Linken“ gesprochen werden, denn es handelt sich um ein plurales, insgesamt recht schwaches, keineswegs per se demokratisierend und emanzipatorisch ausgerichtetes Spektrum. Es geht insgesamt um eine Stärkung, bei Anerkennung von Differenz aber auch um Verschiebungen zu herrschaftskritischen Positionen. Hier ist der Gedanke des „strategischen Dreiecks“ als Kombination von Lernprozessen, Bündnispolitik und der Veränderung der Macht- und Kräfteverhältnisse wichtig. Genauso wichtig ist jedoch eine präzise Analyse der jeweiligen Kräftekonstellationen.

2. Der allgemeine Anspruch linker, die Gesellschaft tiefgreifend verändernde Politik ist im Papier des Instituts für Gesellschaftsanalyse klar formuliert: „Durch Protest, Kritik und Aufklärung, Kampf um die Deutungen der Krise und Entwicklung solidarischer Bearbeitungsformen sowie durch Eingreifen in Entscheidungsprozesse und praktische Gestaltung.“ (S. 2, 19) Gleichwohl liegt ein Hauptproblem emanzipatorischer Politik darin, dass wir zwar eine Funktions- und Legitimationskrise neoliberaler Politik erleben, dennoch die Alltagsorientierungen und Lebensweisen weiterhin tief verankert sind. Daher droht zweitens in der aktuellen Diskussion unterschätzt zu werden, dass grundlegende Veränderungen nicht nur von Akteuren kommen müssen (linke Kräfte in Parteien und Gewerkschaften, soziale Bewegungen, die dann in der Lage sind, die herrschenden Projekte zu stoppen und sogar eigene Projekte gesellschaftlich voranzureiben), sondern dass sich auch in bestehenden

gesellschaftlichen Organisationen – Gewerkschaften und Parteien auch die Staatsapparate, Unternehmen – und in Alltagspraxen die Handlungsorientierungen und Kräfteverhältnisse verschieben müssen.

Entsprechend droht mit der Frage nach (alternativen) Akteuren jene nach (alternativen) Praxen unterlaufen zu werden. Natürlich sind öffentliche Debatten, veränderte rechtliche Regulierungen, andere Eigentumsverhältnisse, offene Konflikte und klare gesellschaftspolitische Alternativen notwendig. Dennoch scheint mir diese Perspektive das ausschließend, was soziale Bewegungen und linke Kräfte in Parteien immer ausgezeichnet hat: Neben den öffentlichen Debatten und offenen Konflikten geht es darum, auch alltägliche und institutionelle Praxen zu verschieben (angedeutet auf S. 20, allerdings mit dem Fokus auf Projekte, die wichtig sind, worin sich aber emanzipatorische Verschiebungen nicht erschöpfen).

Dies spielt bislang kaum eine Rolle. Wenn es aber um die Entwicklung von Formen solidarischer Ökonomie und insgesamt um einen Umbau der Produktions- und Lebensweise im Weltmaßstab geht, dann kann gerade dieser Bereich nicht vernachlässigt werden.

Das neoliberale Projekt – manche nennen es den Übergang von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft – hat sich nicht nur durch entscheidende politische Veränderungen wie die Liberalisierung der Finanzmärkte oder die Veränderung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung durchgesetzt, sondern auch kapillar in den Poren von Institutionen und nicht-institutionellen Praxen. Eine kritische Analyse müsste in den Blick nehmen, was hier stabil bleibt im Sinne von passiven Konsensen und wo etwas aufbricht, d. h. Menschen nicht nur unzufrieden sind, sondern sich daran machen, Alternativen zu entwickeln. Hier ist der Gedanke der Einstiegsprojekte wichtig.

Das Papier hat dennoch den Ton, dass in einer wirklich ernsten Krise nun große Politik gemacht werden muss. Es ist die linke Perspektive der „Auswirkungen auf...“, die kaum Subjekte, ihre Ansprüche und Widersprüche wahrnimmt und damit tenden-

ziell homogenisierend wird (wie schon im Begriff „die Linke“ angelegt). Kein systematisches Wort erfolgt zu den Erfahrungen und Kämpfen feministischer Bewegungen oder zu MigrantInnen (außer den politisch korrekten Erwähnungen). Vielleicht liegen aber dort neue Stabilitätsreserven des autoritären Neoliberalismus der Kontrollgesellschaft: Aspekte der Krise werden in der patriarchalen Kleinfamilie abgefangen, die rassistische Strukturierung der Gesellschaft und der Welt erzeugt einen passiven Konsens bei der Mehrheitsgesellschaft („es könnte einem ja noch schlechter gehen...“).

Mit diesen Bemerkungen soll die Frage der politisch organisierten Akteure, ihre Interventionsfähigkeit in öffentliche Debatten und Kräfteverhältnisse, nicht gering geschätzt werden. Mit scheint jedoch ein Teil der Schwäche der Linken zu sein, dass zu sehr darauf geblickt wird. Dann bleibt nur, die konservative Haltung der Linkspartei und der Gewerkschaften zu kritisieren und hier für Veränderungen einzutreten. Die institutionelle wie nicht-institutionelle Alltäglichkeit des neoliberalen Kapitalismus gerade in der Krise wird unterschätzt.

3. Schließlich liegt deutliche Schwäche der Überlegungen des IFG – und damit stellvertretend für die aktuelle linke Diskussion – liegt m.E. in der impliziten oder an manchen Stellen gar expliziten Bezugnahme auf die bundesdeutschen Verhältnisse.

Kräftekonstellationen haben sich in den letzten dreißig Jahren jedoch transformiert, indem sie sich internationalisiert haben. Obwohl die Kriseninterventionen in den kapitalistischen Zentren sehr stark von nationalen Staaten erfolgen, haben sich insbesondere die herrschenden Klassen entlang von neuen Interessenachsen internationalisiert und waren (und sind!) in der Lage, ihre Interessen zu staatlicher Politik werden zu lassen. Der Zuwachs der strukturellen Macht des Kapitals und der damit verbundenen neoliberalen Kräfte liegt eben in der Internationalisierung, in den erfolgreichen *politics of scale* hin zur Institutionalisierung sozialer Verhältnisse auf anderen Ebenen, im „Sachzwang Weltmarkt“, in der Transformation des Staates zu einem „internationalisierten nationalen

Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch). Die gegenwärtig nationalstaatliche Krisenrhetorik und die vermeintliche Orientierung an nationalstaatlich-keynesianischen (Klassen-)Bündnissen zur Rettung von Banken und Betrieben überdeckt diese veränderte Konstellation. Es scheint so, als wenn linke Kräfte „nur“ in den einzelnen Nationalstaaten die Kräfteverhältnisse verschieben müssten. Das ist eine politisch wahrscheinlich zu kurz greifende Annahme. Zudem wäre angesichts der Internationalisierung der Machtblöcke und insbesondere der herrschenden Klassen eine Perspektive verkürzt, es gehe zunächst um nationalstaatliche Verschiebungen und dann um die internationale Ebene. Das negiert zudem viele kritische Analysen der letzten Jahre.

Eine Bemerkung zum Schluss. Den im Papier genannten Krisendimensionen ist noch eine hinzufügen, die für linke Politik wichtiger werden könnte. Der autoritäre Etatismus des Neoliberalismus hat zu einer Krise politischer Repräsentation geführt, die zunehmend von rechten und rechtsradikalen Parteien und anderen Kräften bearbeitet wird. Dieser Aspekt scheint mir in den linken Diskussionen unterschätzt zu werden. Es wird auch hier die erwähnte Markt-Staat-Dichotomie reproduziert. Die Formen von Politik selbst, nämlich der autoritären Staatsintervention und ihrer Begründung, müssten jedoch kritisiert und verändert werden. Hier sieht es für linke Kräfte besonders düster aus, da die Linkspartei überhaupt keine Anstalten macht, sich dieser Frage zu stellen. Sie ist nicht nur inhaltlich traditions-keynesianisch und damit ziemlich einfalllos, sondern scheint alle progressiven zivilgesellschaftlichen Akteure weitgehend zu ignorieren.

Mario Candeias

## Die letzte Konjunktur. Organische Krise und ›postneoliberale‹ Tendenzen

Mittlerweile, über 20 Jahre nach Reagan und Thatcher, ist weithin anerkannt, dass die Ära des Fordismus passé ist und sich – je nach theoretischem Ansatz – längst ein ›neues Produktionsregime‹ (Dörre), ein neues finanzmarktgetriebenes Akkumulationsregime bzw. sogar ein Finanzmarktkapitalismus (Aglietta, Chesnais), eine neue postfordistische Gesellschaftsformation (Hirsch), ein globales Empire (Hardt/Negri) bzw. ein transnationaler Hightech-Kapitalismus (Haug) als neue Produktions- und Lebensweise herausgebildet haben, die jeweils wesentlich durch den Neoliberalismus (Harvey) geprägt sind. Das hier nun in verbesserter Auflage erschienene Buch versuchte diese Konstellation umfassend zu begründen, endete aber 2004 bereits mit den Hinweis: „Es mehren sich Zeichen für eine organische Krise des Neoliberalismus ... Damit deutet sich bereits der ›Postneoliberalismus‹ an.“ Und tatsächlich: seit einiger Zeit mehren sich die Krisenanzeichen auf den unterschiedlichsten Feldern, es deutet sich eine in immer kürzeren Perioden stattfindende Häufung und Verdichtung der verschiedenen Krisen an, nicht an den Rändern der inneren und äußeren Peripherien, sondern in den Zentren des neoliberalen Kapitalismus – dies wird gegenwärtig besonders deutlich an den sich überstürzenden Ereignissen im Zuge der Weltwirtschafts- und Finanzkrise (vgl. Candeias 2009).

Es deuten sich „unheilbare Widersprüche“ (Gramsci, *Gef.* 7, 1557) in der Struktur der Gesellschaft an, die zu Widersprüchen und Blockierungen innerhalb des herrschenden Blocks an der Macht führen. Der Neoliberalismus konnte mitnichten als *reine Destruktivkraft* (Bourdieu) oder „konservative Restauration“ (Bischoff u.a.) begriffen werden. Marx hatte immer die widersprüchliche Verschmelzung von Destruktiv- und Produktivkräften in der kapitalistischen Entwicklung betont. Auch mit dem neoliberalen Management im Über-

gang zur transnational informationstechnologischen Produktionsweise – seiner zentralen, die Gesellschaft vorantreibenden Funktion, die ihm zugleich als hegemoniale Basis diente – entfalteten sich durchaus *produktive Kräfte*: die Rücknahme extremer (tayloristischer) Arbeitsteilung in der Produktion konnte die Arbeit der Beschäftigten von Monotonie befreien, neue Produktionsformen konnten deren Wissen integrieren, Computerisierung und Automatisierung von schwerer körperlicher Arbeit entlasten. Die Internationalisierung von Kultur- und Warenwelt brach nationale Borniertheiten auf, Entstaatlichung die Bevormundung durch denselben. Beispielsweise Forderungen der Frauenbewegung aufgreifend ›befreite‹ der Neoliberalismus die Hausfrauen aus patriarchalen Familienverhältnissen und zwang sie auf den Arbeitsmarkt. Die Früchte dieser Kräfte wurden und werden jedoch ungleicher verteilt als jemals zuvor seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Seine progressiv-avantgardische gesellschaftliche Funktion im Management des Übergangs zur transnationalen informationstechnologischen Produktionsweise hat der Neoliberalismus bereits verloren. Letztere bietet unter neoliberalen Bedingungen kaum noch ausreichend Expansions- und Entwicklungsmöglichkeiten, um sowohl den Akkumulationsbedürfnissen wie den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung nach Verbesserung ihrer Lage nach zu kommen. Die Potenziale sind da, ihre Realisierung scheint blockiert.

Den aufbrechenden Krisenerscheinungen und ihrer Verschränkung hat der bestehende Block an der Macht keine produktiven Lösungen mehr entgegen zu setzen, die die Interessen der Subalternen und damit den aktiven Konsens zum neoliberalen Projekt wieder herstellen könnten: beginnend mit der weitreichendsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren, eng verbunden mit Ernährungs- und

Energiekrisen, der Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit weitere Verschärfung einer Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, die große Teile der Gesellschaft in wachsende Unsicherheiten stößt und zunehmend zu Revolten unter den am stärksten Betroffenen in den äußeren und inneren Peripherien führt. Protest und Widerstand formiert sich auf allen Ebenen, noch fragmentiert und ohne klare Richtung, aber periodisch wachsend. Bereits im Alltag manifestiert sich die ökologische Krise, die in Form von Katastrophen nicht nur das Leben von Millionen Menschen durch Stürme, Überschwemmungen und Dürren bedroht, sondern auch zu einer massiven Kapitalvernichtung führt. Insbesondere in den Peripherien, hier vor allem in Südamerika, haben sich ganze Bevölkerungsmehrheiten und Regierungen vom Neoliberalismus losgesagt und suchen nach neuen Wegen einer autonomen Entwicklung. Der sog. Washington Konsensus und seine Institutionen, aber auch Ansätze der Good Governance werden von immer mehr Staaten den globalen Südens offen abgelehnt – wer es sich leisten kann, zahl vorzeitig seine Schulden und verabschiedet sich von der Einflussnahme des IWF. Damit verbunden sind global politische und ökonomische Verschiebungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, mit den sog. BRIC- und Golf-Staaten entwickeln sich neue kapitalistische Zentren. In den alten Zentren wiederum wenden sich wachsende Teile der Bevölkerung von Parteien und Regierungen ab, z. T. sogar von der formalen Demokratie als solcher, was zu einer anhaltenden Krise der Repräsentation führt, die seit längerem unge löst bleibt. International sind die Grenzen der zwangs- und gewaltförmigen Sicherung neoliberaler Globalisierung und die Überlastung der USA als globalen Gewaltmonopolisten, der diese Aufgabe im Interesse des transnationalen Blocks und des eigenen wahrnimmt, längst deutlich geworden: die Niederlage im Irak ist nur das deutlichste Beispiel. Auch im Inneren der Staaten erweisen sich Verstärkung von Sicherheitsdispositiven, Verpolizeilichung und *prisonfare* (Wacquant) als unzureichend, um gesellschaftliche Ordnung zu gewährleisten, geschweige denn Zustimmung der Subalternen zu organisie-

ren. Ökonomisch für den Block an der Macht am problematischsten ist vielleicht, die Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter ist seit einigen Jahren nicht mehr gewährleistet: Eine Studie der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zeigt, dass das Wachstum nach jeder Krise niedriger ausfiel als nach der letzten Krise. Beispielsweise wurde in den USA erst 2006 wieder die ökonomische Wirtschaftskraft erreicht, die vor der Krise der New Economy 2001 erzielt wurde. Die BIZ spricht vom „Mythos ökonomischer Erholung“: „Wenn die Wirtschaftsleistung sinkt, tendiert sie dazu, nach der Erholung weit unter ihrem vorherigen Niveau zu bleiben“ (Cerra/Saxena 2007, 16). Insbesondere in Ländern mit starker Liberalisierung von Kapitalverkehr und Finanzmärkten vollzog sich die wirtschaftliche Erholung langsamer. Nach jeder Finanzkrise müsse mit langen Erholungsphasen gerechnet werden, oft zu lang, um zum alten Niveau zurück zu kehren, bevor die nächste Krise hereinbricht. Dieser Mythos bringt es mit sich, dass steigende Renditen nur noch durch fortwährende Umverteilung des Mehrwerts zu Lasten der Lohnabhängigen, des Staates und der national oder regional beschränkten Kapitale realisierbar sind, und immer größere Bereiche der gesellschaftlich notwendiger Arbeit, der öffentlichen Infrastrukturen, der sozialen Dienste austrocknen. Während die Überakkumulation nicht nachhaltig abgebaut werden kann, sich nicht ausreichend neue Investitionsfelder eröffnen, spitzt sich eine Reproduktionskrise des Gesellschaftlichen zu, die auch die Grundlagen kapitalistischer Akkumulation selbst gefährdet (mangelnde Infrastrukturen, mangelnde Qualifikationen, mangelnder Zusammenhalt, mangelnde Profitaussichten etc.).

Angesichts dieser Verschränkung tiefgreifender Krisen ist von einer strukturellen bzw. organischen Krise auszugehen. Die Reserven des nach wie vor dominierenden Neoliberalismus als organisierende Ideologie im Übergang zur informationstechnologischen transnationalen Produktionsweise sind erschöpft – weder ein neuer Akkumulationsschub, noch ein neuer gesellschaftlicher Konsens sind von ihm zu erwarten. Seine Institutionen werden noch lange fort wirken (ähnlich wie nach dem

Ende des Fordismus), ihre Position ist nur noch eine „herrschende“, keine „führende“ (Gramsci, *Gef.* 2, 354). Ähnlich wie in der Krise des Fordismus ab 1968 verdichten sich unterschiedliche Krisenmomente, denen mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen begegnet wird, während bereits Neues am Entstehen ist: Der Keynesianismus kam erst im Moment der Krise zu seiner vollen Entfaltung, während von neoliberaler Seite bereits das Ende des „embedded liberalism“ und seiner Institutionen (Regime der festen Wechselkurse, Kapitalverkehrskontrollen etc.) vorbereitet und der alte Klassenkompromiss aufgekündigt wurde. In ähnlicher Weise werden nun die Folgen von über 30 Jahren Liberalisierung und Umverteilung von ›unten‹ nach ›oben‹ mit einer Intensivierung dieser Umverteilung durch die Rettung der Banken und die Sozialisierung von Schulden und Risiken bekämpft. Zugleich zeichnet sich noch im Krisenmanagement ein neuer Staatsinterventionismus ab, der bereits das Konfliktfeld um ›post-neoliberale‹ Regulationsformen eröffnet, denn das Krisenmanagement innerhalb des Neoliberalismus kommt an seine Grenzen. Auch wenn der Block an der Macht Regierungspositionen hält, die kulturelle Hegemonie jenseits eines passiven Konsenses und Konsumismus droht er zu verlieren. Darüber Vertiefen sich Widersprüche innerhalb des Machtblocks, die eine Neukonfiguration erwarten lassen und Anknüpfungs- und Interventionsmöglichkeiten für linke Positionen eröffnen können. Denn die Ablösung des Neoliberalismus wird global durch heftigste gesellschaftliche Kämpfe geprägt sein. Doch es wäre vermessen auf den Sturz des Neoliberalismus zu vertrauen und zu denken, die Krise würde der Linken in die Hände spielen. Von unterschiedlichster Seite wird an Projekten, Tendenzen, Szenarien zu Wiederherstellung und/oder Entwicklung bürgerlich kapitalistischer Herrschaft gearbeitet. Folgende Tendenzen innerhalb des Neoliberalismus, die zugleich über ihn hinaus weisen entwickeln sich zurzeit parallel:

### **Neuer Staatsinterventionismus**

Die Finanzkrise brachte das Ende von Deregulierung und Liberalisierung und gibt der Staatsintervention eine andere Rich-

tung und Bedeutung. Angesichts der drohenden ›Kernschmelze‹ des Finanzsystems werden neoliberale Glaubenssätze reihenweise über Bord geworfen: Aufblähung der Geldmenge, Verstaatlichung von Banken, Staats- und Zentralbankkredite ohne Sicherheiten, antizyklische Konjunkturprogramme, Aufhebung aller staatlichen Verschuldungsgrenzen einschließlich des ehemals sakrosankten Stabilitätspaktes und der Maastricht-Kriterien, schärfere Kontrollen, Begrenzung von Managergehältern und Eingriff in die Bonussysteme, v.a. aber in Investitions- und Kreditpolitik, evtl. Teilverstaatlichung von Industrieunternehmen etc. Für harte Neoliberale ist dies gleichbedeutend mit Sozialismus. Tatsächlich handelt es sich eher um den Versuch des ›ideellen Gesamtkapitalisten‹ für den Kapitalismus einzuspringen. In den Worten der FAZ: „Der Staat rettet den Kapitalismus“ (5.10.2008, 38f) – nicht ganz freiwillig, eher gezwungenermaßen durch den Druck von Märkten, Kapital und die Angst vor Legitimationsverlusten. Dieser Staatsinterventionismus funktioniert zwar nicht mehr im Sinne neoliberaler Dynamisierung der Märkte, aber doch in guter alter Manier eines flexiblen liberalen Keynesianismus, der Marktversagen kompensiert und die Umverteilung und Aneignung von Mehrwert für die Vermögenden (über die Sozialisierung von Schulden und Risiken) zunächst weiter befördert, zugleich aber in die Investitions- und Akkumulationsstrategien des Kapitals direkt eingreift, insbesondere über die Kapitalbeteiligungen. Der Kampf um die Rolle der Staatsintervention ist voll entbrannt: die Regierenden – besonders in Deutschland – sind unentschieden, ob die aktivere Rolle des Staates nur vorübergehend einzusetzen sei oder dauerhaft; die beteiligten Kräfte drängen in unterschiedliche Richtungen. Zweifelhaft ist, ob etwa die weitgehenden Verstaatlichungen im Banken- und Versicherungssektor der USA überhaupt mittelfristig rückgängig zu machen wären, langfristige Konzepte für staatliche geführte Finanzinstitute existieren dort aber noch nicht.

### **Relegitimierung des Neoliberalismus oder ein Bretton Woods II**

Besonders deutlich zeigen sich Kämpfe um die Zukunft in der Suche um Formen

der Reregulierung des globalen Finanzsystems: Hier greifen restaurative Kräfte, die den Staat zur Wiederherstellung der alten Ordnung nutzen, seine Finanzen ausplündern wollen, ineinander mit reformerischen Initiativen, die deutlich über den status quo ante hinaus gehen. Darin manifestiert sich zugleich der Versuch der Relegitimierung neoliberaler Weltfinanzmärkte wie ihrer regulativen Einhegung. Als Hauptverursacher der Krise haben die USA, aber auch die G7/G8, ihre Legitimation bei der Schaffung einer neuen globalen Finanzarchitektur eingebüßt. Daher musste der Kreis der Beteiligten erweitert werden: die G20. Auch wenn es diesen nach wie vor an einer demokratischen Legitimation (etwa durch die UNO) fehlt, ist dies gegenüber der kleinen Gruppe der G7/G8 doch ein erheblicher Fortschritt: immerhin stellen die G20 nicht nur fast 90 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung, sondern vor allem 63 Prozent der Weltbevölkerung und ca. 50 Prozent der Armen dieser Welt. Klar scheint, dass die USA nach diesem Debakel nicht mehr länger allein die Regeln des Spiels dominieren können. Ökonomisch wird sich das Modell hoher Konsumraten, auf Pump finanziert durch massive Kapitalimporte aus aller Welt, nicht restaurieren lassen (ebenso wenig wie das deutsche oder chinesische Modell, die einseitig auf Exportwachstum setzten und die Binnennachfrage vernachlässigten). Der Washington Consensus für freien Kapitalverkehr nach US-Vorbild ist diskreditiert. Die Europäer wiederum sind sich uneinig: Vor allem die Deutschen bleiben immer noch weitgehend den neoliberalen Vorstellungen verhaftet, während die Franzosen für autoritäre Staatseingriffe plädieren. Darüber hinaus werden nun die neuen kapitalistischen Zentren China, Indien, Brasilien und die arabischen Ölstaaten ein Wort mitreden – sie alle plädieren auf unterschiedliche Art für offene, aber kontrollierte Finanzmärkte. Mit ihrer offiziellen Einbeziehung erkennt der Westen endlich die veränderten ökonomischen und politischen Machtverhältnisse in der Welt an. Der IWF hat es in diesem Prozess nicht geschafft sich zu relegitimieren und die zentrale Rolle bei der Neuordnung der Finanzmärkte zu übernehmen – die BRIC-Staaten verweigern, gestützt von den kleineren Ländern des Südens die

Gefolgschaft. Auch wenn die Beschlüsse der G20 bislang bescheiden ausfallen, noch unklar ist, wie weit tatsächlich ein Bruch mit dem Neoliberalismus vollzogen wird, die umfassendsten Reregulierungen seit 30 Jahren stehen an. Die Unwägbarkeiten der Weltwirtschaftskrise lassen erwarten, dass der Druck die bisher nur leichten Verschiebungen hin zur Reregulierung weiter vorantreiben wird, ebenso wie die Widersprüche zwischen den beteiligten Staaten und Kapitalgruppen. Obama hat sich vorgenommen dabei treibende Kraft zu werden – das Ergebnis ist offen. Die transnationalen Kapitalfraktionen fühlen sich herausgefordert und gründen die B20, als Versuch, eine Führungsrolle bei der Lösung der Krise und der Gestaltung der Nachkrisenordnung zu reklamieren. Vergleichbare Kämpfe um die Restauration des Neoliberalismus mit nur kleinen Zugeständnissen und minimalen politischen Veränderungen (dominant etwa in Deutschland) versus weitergehender Reregulierungsversuche lassen sich auch auf nationaler Ebene beobachten. Gelingt es, den Neoliberalismus mit nur leichten Anpassungen und Regulierungen (auch nur vorübergehend) zu relegitimieren und zu restaurieren, eine weitergehende Neukonstruktion der Weltwirtschafts- und -finanzverhältnisse, der Produktion und Konsumtion zu blockieren, wird sich die Krise weiter verschärfen.

### **New Public Deal**

Über den Finanzsektor hinaus greift das Projekt eines New Public Deal unterschiedliche Krisenprozesse auf: Mit der Erneuerung und dem Ausbau des Öffentlichen vor allem durch die neuen Investitionsprogramme in öffentliche Infrastrukturen, Bildungs- und Gesundheitssysteme und die Schaffung neuer Jobs in den betreffenden Branchen, versuchen bestimmte Gruppen um Präsident Obama den Absturz der US-Ökonomie aufzufangen und zugleich die (in den USA besonders tiefe) Reproduktions- und Jobkrise anzugehen, als auch neue Konsensangebote an die Subalternen zu unterbreiten. Die Stärkung des Staates, Steuerreformen und leichte Umverteilung nach unten sollen Unmut, gar Revolten im Zaum halten, Die Hoffnung auf Wandel befördern und Zustimmung sichern. Darüber hinaus die-

nen die Maßnahmen der Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen durch Infrastrukturen und Requalifizierung sowie der Profitmöglichkeiten durch Privat-Öffentliche-Partnerschaften (sog. PPPs bei denen der Staat als Finanzier und Eigentümer fungiert, private Investoren den Bau und Betrieb übernehmen, während der Staat ihre Rendite garantiert). Unklar erscheint, wer die Träger eines solchen Projektes sein mögen? Geht es nur um eine neue Konjunktur des Neoliberalismus mit nur leichten Veränderungen und Zugeständnissen oder um ein Element ›post-neoliberaler‹ Projekte (was mit dem Begriff New Deal ja nahe gelegt wird)? Werden die Investitionen angesichts eines fehlenden gesellschaftlichen Drucks von links ausreichen, auch um die Überakkumulation ausreichend zu absorbieren?

### **Green New Deal**

Die allgemeine Umorientierung von Investitionen in Richtung Energieeffizienz und Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen wäre die notwendige technologische und Akkumulationsbasis zur Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen und für einen neuen gesellschaftlichen Konsens, ein bereits lautstark geforderter ›grüner New Deal‹ als Antwort auf Finanz- und Wirtschaftskrise, Reproduktions-, Job- und ökologische Krise – und zur Relegitimierung der Marktwirtschaft (ausführlich Candeias/Kuhn 2008). Dieses Projekt wurde u.a. von der Green New Deal Group, einem Zusammenschluss von Publizisten, Partei- und NGO-Funktionären als Lösung einer „dreifachen Krise“ vorgeschlagen, einer „Kombination aus kreditgetriebener Finanzkrise, dem beschleunigten Klimawandel und steigenden Energiepreisen vor dem Hintergrund von peak-oil“.<sup>29</sup> Befördert wurden

---

<sup>29</sup>Das Schlagwort des grünen New Deal bezeichnete in der BRD allerdings schon vor mehr als 15 Jahren den Versuch, „zu einer ›nachhaltigen‹ ökonomischen Expansion zu kommen, ohne die kapitalistische Akkumulation [...] als solche aufzuheben“ (Brüggen in HKWM 5, 1063). Anfang der 1990er Jahre hofften sowohl die Grünen als auch der sozial-ökologische Flügel der SPD mit dem grünen New Deal eine reformpolitische Lösungsstrategie für die auch damals manifeste ökologische Krise zu entwickeln, die außerdem die

diese Vorstellungen nicht zuletzt durch den Stern-Report zum Klimawandel 2006, die Analysen des IPCC und transnationaler Forschungsgruppen sowie die populären Aktivitäten des Nobelpreisträgers Al Gore. Verfechter sind neben den europäischen Grünen Parteien – die deutschen Grünen fassten im November einen Parteitagbeschluss, der einen grünen New Deal zur Überwindung der Finanzkrise forderte (zur Kritik des Konzept vgl. Candeias 2007) –, große NGOs wie der WWF oder Friends of the Earth, transnationale Netze von Umweltwissenschaftlern und die UN – und Obama, der die drei Posten des Energieministers, der Umweltministerin und der Vorsitzenden des Umweltrates im Weißen Haus mit ausgewiesenen Bekennern einer ökologischen Wende besetzte. Dahinter stehen auch Kapitalgruppen wie Internet- und IT-Unternehmen (Google, MySpace oder Microsoft, die zu den wesentlichen Beratern des neuen Präsidenten in diesen Fragen zählen), Pharma-, Bio- und Gentech-Unternehmen, die Branche der regenerativen Energien (einschließlich der ›grünen‹ Ableger der großen Energieversorger und des Maschinenbaus), die großen Versicherungskonzerne, Automobilkonzerne wie Toyota oder Renault, Nanotech- und Chemieunternehmen wie BASF (die neue, leichte und energieeffiziente Werkstoffe entwickeln), selbst Ölkonzerne wie BP (die sich in 'Beyond Petrol' umbenannt haben) sowie Venture-Capital Fonds oder die kleine, aber wachsende Branche der ethischen

---

Grundlage für ein „neues Bündnis zwischen verteilungspolitisch orientierter Arbeiterbewegung und eher lebensweltlichen Interessen von Mittelschichten“ schaffen sollte (ebd., 1064). Zentral für damalige Entwürfe eines grünen New Deal waren neben ökologischen Investitionsprogrammen und Effizienzsteigerungen wachstumskritisch motivierte Vorschläge einer radikalen Arbeitsverkürzung. Heutige Entwürfe verzichten weitgehend auf solche Ansätze und konzentrieren sich auf Strategien der Kapitalisierung ökologischer Ressourcen zur Erschließung neuer Akkumulationsfelder und auf eine Steigerung der Ressourceneffizienz in der Produktion zur Verringerung der Umweltzerstörung.

Investoren (einschließlich großer Pensionsfonds und anderer Fondsgruppen).<sup>30</sup>

Ein grüner New Deal könnte mehr sein als ein ökologisch konnotiertes, kurzfristiges Programm zur Einhegung der Krise. Er beinhaltet vielmehr einen staatlich initiierten und massiv subventionierten Übergang (Transformation) zu einer ›ökologischen‹ Produktionsweise, die neue Akkumulationsfelder für das nach Investitionsmöglichkeiten suchende Kapital erschließt: das weitere Zur-Ware-Machen von natürlichen Ressourcen im Bereich von Biodiversität oder Gentechnologie; Technologien zur ökologischen Effizienzsteigerung in Produktion und Energieversorgung; die neuer Investitions- und Absatzmärkte im Zertifikats- bzw. Emissionshandel und im ökologischen Konsum (Bio-Lebensmittel, ökologischer Hausbau, umweltfreundlichere Autos usw.). Der Markt für Investitionen in emissionsarme Energien und grüne Technologien verspricht auf etliche Billionen Dollar anzuwachsen. Natur und Umweltschutz werden zur Ware, was die Möglichkeiten zur Lösung der ökologischen Krise beschränkt.<sup>31</sup> Der grüne Kapitalismus ist also nicht die Lösung der ökologischen Krise, als vielmehr ihre Bearbeitung im Sinne der Wiederherstellung von erweiterter kapitalistischer Akkumulation und Hegemonie unter Einbeziehung progressiver oppositioneller Gruppen und Interessen der Subalternen. Eine Umwälzung der ge-

samten Produktionsstruktur, der Praxis und Kultur des Konsumismus, der Ökonomie der Autogesellschaft, der Struktur unserer Städte, unser gesellschaftliches Verhältnis zur Natur, ohne die kapitalistische Produktionsweise als solche anzutasten, reproduziert deren Widersprüche (z. B. die Gefahren einer ›grünen‹ Finanzblase, so Susan George; Janszen 2008).

Probleme: Angesichts der zu bewältigenden Aufgaben, der schnellen Überwindung einer Weltwirtschaftskrise und der noch gewaltigeren Aufgabe für Industriestaaten, bis 2050 die Treibhausemission um 80 Prozent zu reduzieren, also die gesamte Wirtschaft binnen drei Jahrzehnten vom über 150 Jahre alten fossilistischen Zeitalter in eine solare Zukunft zu katapultieren, wird dies außerdem nicht ohne Brüche und Krisen möglich sein. Dieser Zeitfaktor produziert z. B. Entscheidungsprobleme zwischen einer konsequenten Umstellung bei Vernichtung alter Branchen/Kapitale, der Gefahr ökonomischer Krisen oder einer zu langsamen Umstellung bei Verschärfung von Umwelt- und sozio-ökonomischen Folgekrisen. Darüber hinaus führt die Einschließung der Ökologisierung in die Wertform zur Begrenzung der Lösungsmöglichkeiten der Krise durch Konzentration auf weitere Verwertung, weiteres Wachstum, weiteren Ressourcenverbrauch und zugleich Vernachlässigung der nicht-profitablen Bereiche.

## **Varieties und Konkurrenz der Postneoliberalismen**

Der Washington-Konsensus war schon vor der Krise delegitimiert, nach der Krise wird er verschwunden sein. Weder können die USA oder Europa weiter allein die Spielregeln bestimmen, noch ist ein transnationaler Konsens erkennbar. Zu deutlich haben sich sowohl südamerikanische Länder wie die BRIC-Staaten (jeder für sich) schon länger auf die Suche nach ›postneoliberalen‹ Formen der Integration in den Weltmarkt und der ökonomisch und sozialen Politik in den betreffenden Ländern gemacht. In Südamerika haben starke soziale Bewegungen Regierungen gestürzt, Mitte-Links-Regierungen an die Macht gebracht, Ansätze partizipativer Politiken und solidarischer Ökonomien etabliert, indigene Bewegungen einen anderen Umgang

---

<sup>30</sup> Die Finanz- und Wirtschaftskrise senkt zwar vorübergehend die Emissionen und den Rohstoff- und Ölverbrauch, blockiert jedoch zugleich die ökologische Modernisierung durch fehlende Kredite, stornierte Börsengänge, Rücknahme von Investitionen gerade in den Bereichen von Umwelttechnologien, so sagte z.B. Toyota ausgerechnet den Bau einer Fabrik für Hybrid-Fahrzeuge in den USA ab und die Aktienkurse im Bereich der Öko-Energien fielen schneller als der Aktienmarkt insgesamt - vor allem aber durch Verzicht der Regierungen auf verschärfte Umweltgesetze und Rückfall in klassische Industrie- und Wachstumspolitik.

<sup>31</sup> Die ›Lösung‹ ist auch gar nicht beabsichtigt: das allgemeine Ziel der G8, den Anstieg der globalen Temperatur auf ein akzeptables Maß von 2 Grad zu beschränken, bedeutet laut Stern-Report allein in Afrika 40 bis 60 Millionen Opfer in Kauf zu nehmen – „Opfer mit minderm ökonomischen Wert“ (Kaufmann 2008, 2)



mit Repräsentation, Öffentlichkeit und Eigentum erzwungen. Initiativen, die auf unterschiedliche und widersprüchliche Weise von betreffenden Regierungen aufgenommen wurden: von Venezuelas Öl-Sozialismus des 21. Jh., über die stark von Indigenen getragenen linken Staatsprojekte in Bolivien und Ecuador, die links-sozialdemokratischen Projekte von Lula und Kirchner, etc. Auf sehr verschiedene Weise setzen sie alle – trotz zum Teil verschärfter Exportorientierung – im Inneren auf Verschiebung der Kräfteverhältnisse, mehr Partizipation, progressive Reformen und stärkere Politiken des sozialen Ausgleichs, die die Handlungsfähigkeit subalternen Gruppen partiell erweitern – auch wenn die Probleme von Ungleichheit, Armut und beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen fortbestehen. Auch in Indien haben sich starke Bewegungen formiert, der Bauern, der Landlosen, der Dalits, globalisierungskritische Netzwerke. Sie sind jedoch, abgesehen von sehr widersprüchlichen Erfahrungen in den maoistisch kontrollierten Gebieten oder in kommunistischen regierten Bundesstaaten wie Kerala, nicht in Verbindung zu einem linken Staatsprojekt. Dennoch nimmt der Staat in Indiens Hightech-Mixed-Economy eine andere Rolle ein, als in den Neoliberalismen der USA oder Europas. Noch deutlicher versuchen Chinas Staatskapitalismus oder die staatliche Investitionspolitik der Golfstaaten – sozusagen von oben – kapitalistische Dynamik und staatlich kontrollierte Entwicklung mit selektiver Öffnung in ein anderes Verhältnis zu bringen und damit eigenständig(er) über die Zukunft des Landes zu bestimmen. Auch in Skandinavien haben sich trotz neoliberaler Hegemonie unterschiedliche Ansätze eines anderen Typus von Kapitalismus entwickelt. Dieser hat sich dem Trend zur Liberalisierung nicht verschlossen, ist vielmehr außergewöhnlich erfolgreich auf dem Weltmarkt und hat zugleich zumindest höhere Arbeits- und Sozialstandards erhalten. Er legt einen stärkeren Fokus auf öffentliche und soziale Infrastrukturen, Bildung und staatliche Intervention als andernorts und garantiert so für breite Teile der Bevölkerung einen höheren Lebensstandard. Die skandinavischen Erfahrungen sind mit Blick auf verallgemeinerbare ›postneoliberale‹ Refor-

men in den Industriestaaten – auch kritisch – aufzunehmen.

International formierte sich schon vor Jahren innerhalb der WTO eine andere G20+, als lockerer Verbund von Ländern des ›globalen Südens‹, um der Verhandlungsmacht Europas, der USA und Japans etwas entgegenzusetzen, durch Stärkung der Position des 'globalen Südens' zu befördern. Nach dem Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancun/Mexiko 2003 setzten Brasilien, China oder Südafrika verstärkt auf sogenannte Süd-Süd-Kooperationen. Sie wollen sich nicht abkoppeln, sondern eigenständig über die Bedingungen und Formen der weiteren Integration ihrer Ökonomien in den Weltmarkt mitbestimmen und zugleich die Abhängigkeit von den alten kapitalistischen Zentren reduzieren. Durch Diversifizierung des Außenhandels konnte etwa Brasilien den Anteil des Exports in die USA, die EU und nach Japan in nur fünf Jahren um 12 Prozent verringern, obwohl der Export auch in diese Länder deutlich zunahm. Dieses Vorgehen strahlt aus auf die kleineren, zum Beispiel afrikanischen Länder, die sich durch Kooperationen mit China oder Brasilien von einseitiger Abhängigkeit gegenüber der EU, den USA oder dem IWF befreien wollen. Als Gegengewicht zu den transnationalen Institutionen wie IWF, Weltbank oder WTO werden darüber hinaus regionale Integrationsprojekte wie der Mercosur oder die ALBA in Lateinamerika vorangetrieben, Kooperationen zwischen China, Japan und Südkorea oder den Asean-Staaten schrittweise vertieft, regionale Entwicklungsbanken wie die Banco del Sur gegründet. Nicht in jedem Fall funktionieren die transregionalen Institutionen bereits, vor allem in Afrika stehen Integrationsprojekte vor schier unüberwindbaren Hürden. Gelingende Projekte werden jedoch andere nach sich ziehen.

Die Krise der Weltwirtschaft und des Neoliberalismus befördern die Abwendung von blinder Liberalisierung, Privatisierung und extremer Exportorientierung sowie die Suche nach alternativen Entwicklungsweisen. Wie allen stark exportorientierten Ökonomien setzt die Krise auch den genannten Ländern massiv zu: Rückgang der globalen Nachfrage, Verfall von Rohstoff- und Ölpreisen, Abzug von Kapital aus

den alten kapitalistischen Zentren etc. Umso mehr wird entscheidend sein, ob es ihnen gelingt den sozialen Ausgleich mit einer Reorientierung auf die Binnenwirtschaft voranzutreiben, deren produktiven Potenziale zu entfalten, sie zu einem selbsttragenden ökonomischen Faktor zu entwickeln und dafür – sofern vorhanden – ihren Ressourcen- und Ölexport für den nutzen. Dafür bedarf es – insbesondere in China und Venezuela (oder den Golfstaaten) – auch einer Stärkung der Elemente der Selbstorganisation, der Zivilgesellschaft und Demokratie. Die BRIC-Staaten und die Länder der Peripherien müssen dies mit Politiken der Gewährleistung von Ernährungssicherheit, konsequenten Landreformen und ökologischer Umorientierung verbinden. Andernfalls drohen ohnehin scharfe gesellschaftliche Spannungen, ob in China, Indien, Südafrika oder Bolivien zu eskalieren. Zugleich soll die Neuorientierung aus Sicht der Regierenden erfolgen, ohne die weltmarktorientierten Kapitalgruppen und Investoren vor den Kopf zu stoßen – angesichts der Wachstumsaussichten der BRIC-Staaten stehen die Chancen dafür gar nicht schlecht.

### **Autoritarismus**

Die letzte Konjunktur wurde in diesem Buch bereits als autoritärer Neoliberalismus bezeichnet: Seit Jahren lässt sich die Hinwendung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen nach rechts beobachten (Evangelikale in den USA oder Rechtsextreme in Europa). Mit der Prekarisierung von Arbeits- und Lebensweisen und der Ausdünnung der sogenannten Mittelklassen ist die Rückkehr von harten Abgrenzungs- und Respektabilitätsgrenzen, autoritärer Erziehungs- und Leistungsvorstellungen, der Verschärfung von Migrationspolitik und Ausgrenzung verbunden. Mit der Regierungsübernahme durch rechtsextreme Regierungen (Österreich, Frankreich, Italien, USA unter Bush) wird über nationalistische Anrufungen versucht einen gesellschaftlichen Konsens zwischen oben und unten zu schmieden, der auf Abgrenzung von anderen setzt und zulasten von Minderheiten aller Art geht. Nach außen werden imperiale Politiken, der Kampf gegen den Terror als Kampf der Kulturen betont und mit der Verschärfung von Sicherheits- und Kontrollpolitiken verbunden. Repres-

siver Maßnahmen werden gegen Oppositionelle (Gewalt und strafrechtliche Verfolgung) wie in der Sozialpolitik („Fordern statt Fördern“) verstärkt eingesetzt: Verpolizeilichung und „Bestrafung der Armen“ (Wacquant) sollen ihre Anpassung gewährleisten und Unruhen unterbinden. Bei Krisen und wachsenden sozialen Spannungen wächst die Neigung, sie durch autoritäre Maßnahmen und einen nationalchauvinistischen Konsens einzudämmen bzw. international militärisch einzuhegen.

Angesichts der Schwierigkeiten einer Restauration des Neoliberalismus, aber auch von New Public Deal und Green New Deal, vor allem mit Blick auf globale Konkurrenzen und ungeahnte Folgen der Krise, ist nicht auszuschließen, dass autoritäre Tendenzen an Bedeutung gewinnen werden – bei gleichzeitiger Rücknahme der imperialen, kulturkämpferischen oder antiterroristischen Rhetorik. Allerdings wird schon die imperiale Absicherung der ungehinderten Aneignung von Öl und Ressourcen sicher wesentliches Ziel der alten und neuen kapitalistischen Kernländer bleiben. Die ungleiche Verteilung der unvermeidlichen Folgen von Weltwirtschaftskrise wie Klimakrise auf die gesellschaftlichen Klassen und Gruppen sprechen für eine Betonung von Sicherheitspolitiken von Seiten der ›Herrschenden‹: „Niemand hat eine Ahnung“, so Mike Davis (2008), wie „ein Planet voller Slums<sup>32</sup> mit wachsenden Ernährungs- und Energiekrisen [...] sein reines Überleben sichern kann“, noch wie die Menschen in den Slums reagieren werden. Er geht eher von einer „selektiven Anpassung“ aus, die „den Erdenbewohnern der ersten Klasse auch weiterhin einen komfortablen Lebensstil ermöglicht“, in „grünen, streng eingezäunten Oasen des permanenten Überflusses auf einem ansonsten öden und unwirtlichen Planeten“.

Für ein eigenes hegemoniales Projekt ist der Autoritarismus sicher nicht ausreichend, da Attraktivität und ökonomisches Potenzial begrenzt bleiben. Schon jetzt belasten die enormen Kosten der Sicher-

---

<sup>32</sup> In den nächsten 40 Jahren wird laut Prognosen die Hälfte der Weltbevölkerung in Slums leben, heute sind es bereits über eine Mrd. Menschen.

heitsapparate, die imperiale Überdehnung, die voraussichtlichen Kosten von Naturkatastrophen die Haushalte mindestens so stark, wie die globale Finanzkrise. Insofern sind die Möglichkeiten eines neuen Militärkeynesianismus für die Entfaltung einer neuen Dynamik begrenzt. Ebenso wie öko-diktatorische Maßnahmen nur als Tendenz innerhalb anderer hegemonialer Projekte oder für begrenzte und umgrenzte Räume vorstellbar sind, können Militärkeynesianismus oder generell Autoritarismen aber komplementär zu anderen Projekten Wirkung entfalten, diese stützen. Keine wünschenswerte Entwicklungstendenz, aber rechnen muss die Linke mit ihr, um sich frühzeitig dagegen zu positionieren und emanzipative Antworten zu finden.

### **Sozialistische Transformation und revolutionäre Realpolitik**

Angesichts der Blockierung innerhalb und der Ausfransung an den (globalen) Rändern der Machtblocks wird sich aus den unterschiedlichen, sich parallel entwickelnden Tendenzen und Projekten voraussichtlich eine Konstellation des Übergangs ergeben, in der sich die Krise über längere Zeit, vielleicht ein Jahrzehnt hinziehen kann, bis sich aus der Konkurrenz der Bearbeitungs- und Lösungsversuche eine hegemoniale Richtung herauskristallisiert, die eine gewisse Bandbreite von unterschiedlichen Wegen einschließt, jedoch Terrain und Entwicklungsrichtung der Varieties weitgehend bestimmt. »Postneoliberalismus« (vgl. Brand u.a. 2009) bezeichnet also keine neue Periode kapitalistischer Entwicklung als vielmehr eine Übergangsperiode, in der vielfältige Suchprozesse stattfinden und um die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft gestritten wird. Sobald sich eine hegemoniale Richtung andeutet, muss auch ein neuer Begriff gefunden werden. Meiner Ansicht nach scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur ein Projekt hegemoniefähig, das die dafür nötigen Ressourcen, Akkumulationsdynamiken und Konsenspotenziale hervorbringen könnte: ein Green New Deal, eine Periode eines grünen Kapitalismus. An seiner Kritik gilt es bereits jetzt zu arbeiten, von links Positionen zu entwickeln, die interventionsfähig sind und zugleich eine radikale Realpolitik in Richtung auf sozialistische Transformation zu entwickeln. Denn

noch sind wir in einer relativ offenen geschichtlichen Situation in der noch keine hegemoniale Richtung eingeschlagen wurde.

Gegenüber verkürzten Vorstellungen von Reform auf Ebene der Zirkulation des Geldes warnt Marx, es sei „unmöglich“, die „Verwicklungen und Widersprüche, die aus der Existenz des Geldes“ hervorgehen, aufzuheben, „solange der Tauschwert die gesellschaftliche Form der Produkte bleibt. Es ist nötig, dies klar einzusehen, um sich keine unmöglichen Aufgaben zu stellen und die Grenzen zu kennen, innerhalb deren Geldreformen und Zirkulationsumwandlungen die Produktionsverhältnisse und die auf ihnen ruhenden gesellschaftlichen Verhältnisse neu gestalten zu können“ (MEW 42, 80). Es genügt also nicht länger nur eine wichtige und unverzichtbare Reregulierung der Finanzmärkte zu fordern.<sup>33</sup> Auch die Ausweitung der Akkumulation in neue Räume, neue Branchen etc. hat in den vergangenen 30 Jahren nicht gereicht um die Überakkumulation nachhaltig abzubauen. Ein marktförmiger und finanzgetriebener grüner Kapitalismus wird mit neuen Spekulationswellen einhergehen, vermutet Susan George. Auch das deutsche Wachstumsmodell immer weiter steigender Exporte bei dahin siechender Binnennachfrage wird sich ebenso wie das chinesische oder US-amerikanische nicht einfach restaurieren lassen. Hier bedarf es also deutlich weitergehender Projekte, mit hin Schritte einer sozialistischen Transformation (Beispiele in Candeias 2008b), um dem Prob-

---

<sup>33</sup> Bei Fragen der Reregulierung ist die globalisierungskritische Linke inhaltlich am weitesten (vgl. Wahl 2008): von der Beendigung weiterer Liberalisierungsvorhaben etwa im EU-Rahmen, der Verschärfung und Deprivatisierung von Banken- und Finanzkontrollen, der Schließung von Steuerparadiesen und offshore-Zentren oder der Einführung von Börsenumsatzsteuern und Kapitalverkehrskontrollen bis zu der Etablierung einer Internationalen Clearing Union, Konzepten für zukunftsorientierten Konjunktur- und Investitionsprogramme oder einem neuen UN-basierten Bretton-Woods-Abkommen, das Kapital- und Technologietransfers, einen Ausgleich der Leistungsbilanzen, nachhaltige Entwicklung, soziale und politische Mindeststandards global gewährleistet.

lem von Überakkumulation und zahlreicher gesellschaftlicher Krisen zu begegnen.

Das Vertrauen der Bevölkerung in Märkte und Regierungen ist deutlich angekratzt, der Neoliberalismus diskreditiert, seine Dogmen zerbröckeln. Dies eröffnet diskursiven Raum für linke Alternativen im Sinne radikaler Realpolitik, die bisher aber kaum genutzt werden konnten. Die Linke hat in den letzten Jahren von der sozialen Krise profitiert, von der Finanzkrise nicht. Die globalisierungskritische Bewegung der Bewegungen, die zu Beginn der 1990er Jahre einen neuen Zyklus transnationaler Kämpfe und eine Suche nach Wegen einer anderen Globalisierung anstieß, scheint ihren Zenit überschritten zu haben bzw. befindet sich im Moment der Krise neoliberaler Herrschaft selbst in einer Krise (beispielhaft etwa die Stagnation bzw. Erosion von Aktiven bei Attac). Auch konnten zumindest in Europa bislang in zahlreichen Ländern die alten links-sozialistischen oder kommunistischen Parteien nicht wesentlich von den Schwierigkeiten der Parteien des neoliberalen Blocks an der Macht profitieren: in Frankreich, Italien oder Spanien werden sie mit der Sozialdemokratie in den Abgrund gerissen oder an den Rand gedrängt und zermürbt. Eine Ausnahme bilden vielleicht einige kleinere Länder wie die Niederlande oder Norwegen – und die Bundesrepublik: Auf die Erfolge der Partei Die Linke beziehen sich zahlreiche Hoffnungen der Linken in Europa (sowohl der Parteilinken wie der Bewegungslinken). Insofern steht das Verständnis eines produktiven Verhältnisses von Partei und Bewegung, von Selbstorganisation, Partizipation und Repräsentation, bzw. Zivilgesellschaft und Staat vor ungeklärten und neuen Fragen.

Doch ein weiter so mit den alten Forderungen kann es angesichts der Verwobenheit von Krisenprozessen, der drohenden Verschlimmerung der Krise, aber auch der vielfältigen Initiativen zur Bearbeitung der Krise von herrschender Seite, nicht geben.<sup>34</sup> Die Forderung nach mehr

Geld oder simpler Verstaatlichung trägt nicht, wenn sie nicht stärker inhaltlich gefüllt werden: z.B. mit einer Forderung nach Bindung der Rettungs- und Konjunkturpakete an ökologische Konversion, Ausweitung der Partizipation, Ausbau des Öffentlichen, Verbot von Entlassungen etc. Sie muss den Zusammenhang zwischen den multiplen Krisen deutlich machen, zwischen Finanz- und sozialer Krise, zwischen ökonomischer und ökologischer Krise, zwischen all diesen Krisen und der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Ein Zusammenhang, der vom herrschenden Block an der Macht immer wieder parzelliert wird, um gesellschaftliche Probleme und Veränderungen zu entnennen, die Probleme und sozialen Gruppen zu vereinzeln. Darüber hinaus muss die Linke sich strategisch neu ausrichten auf die veränderte Situation, die weitergehende Entwürfe und Fantasie verlangt und zugleich – aus einer Minderheitenposition heraus – realisierbare Einstiegsprojekte benennt. Andernfalls, wie bereits geschehen, werden die Forderungen der Linken von den Regierenden überholt. Vor allem muss jenseits der Größenordnungen über inhaltliche Vorstellungen und Perspektiven in die öffentliche Debatte interveniert werden.

*Sozialisierung der Investitionsfunktion:* Wer entscheidet eigentlich über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft und welche Arbeiten gesellschaftlich not-

---

beralen, die heute keine mehr sein wollen, vorbei geprescht, haben quasi links überholt. Rhetorisch wie praktisch kann die Linke gar nicht so schnell etwas entgegensetzen, wie von den Regierenden alles über den Haufen geworfen wird: restriktive Geld- und Hochzinspolitik – passé, Stabilitätspakt und Maastrichtkriterien – nicht so wichtig, Verstaatlichung von Risiken und Banken – warum nicht?, Bürgschaften höher als die Staatshaushalte – machen wir, Konjunkturprogramme – wie viel darf's sein?, ein neues Bretton-Woods – mindestens, europäische Wirtschaftsregierung – wird Zeit, Verstaatlichung von Schlüsselindustrien – war das nicht irgendwie sozialistisch? Die Herrschenden präsentieren sich als Kapitalismuskritiker und beherzte Retter, Scharen die von Job- und Vermögensverlust verängstigte Bevölkerung um sich und predigen eine globale soziale Marktwirtschaft oder eben den grünen New Deal.

---

34 Noch vor kurzem diskutierte die Partei Die Linke heftig, ob ein 20 Mrd. Investitionsprogramm sinnvoll ist oder doch die Haushaltsdisziplin wichtiger und Attac stritt sich über Reregulierungskonzepte. Nun sind die Neoli-

wendig sind? Der Markt als effizientester Allokationsmechanismus für Investitionen hat sich blamiert. Das neoliberale Kredit- und Finanzsystem sammelt zwar noch die vereinzelt (latent produktiven Geld-)Kapitale ein, es gelingt jedoch nicht mehr, sie in ausreichend produktive Investitionen zu lenken. Stattdessen produziert die Überakkumulation von Kapital Wellen spekulativer Blasen gefolgt von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung, während immer größere Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion (z.B. Erziehung und Ausbildung, Umwelt, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen) liegen bleiben bzw. kaputt gespart werden. Dann muss auch die Investitionsfunktion stärker zur öffentlichen Aufgabe werden.

*Um- und Ausbau des Öffentlichen:* Privatisierung als effiziente Form der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen hat sich als untauglich erwiesen. Sie bewirkte die Ausdünnung öffentlicher Beschäftigung, Umwandlung von regulären in prekäre Arbeitsverhältnisse, Verteuerung notwendiger ehemals erschwinglicher öffentlicher Dienstleistungen, Einschränkung sozialer Rechte und demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten (vgl. Candeias/Rilling/Weise 2009). Um der Reproduktionskrise zu begegnen bedarf es daher des Ausbaus physischer und sozialer Infrastrukturen. Um einen Beitrag der Entprekariisierung von Beschäftigten und Arbeitslosen zu leisten bedarf es der Ausdehnung öffentlicher Beschäftigung.

*Radikale Ökologisierung:* Bei ökologischen Umbau der Produktion und Beschäftigungssicherung hat die private Wirtschaft versagt, insbesondere im Verkehrs- und Energiesektor. Daher bedarf es einer radikalen Ökologisierung der Produktions- und Lebensweise nicht durch Inwertsetzung und damit Privatisierung von natürlichen Ressourcen, sondern durch Erhalt des allgemeinen und öffentlichen Charakters der natürlichen Commons und anderer grundlegender Reproduktionsbedingungen (public goods) und den Ausbau kollektiver kostenloser/kostengünstiger öffentlicher Leistungen (z.B. Ausbau eines kostenloser ÖPV statt einfacher Stützung der Auto-konzerne).

*Solidarische Care-Economy:* Bildungsmisere und mangelnde Kindergartenplätze, wachsende Armut und ökologische Degradierung wurden weithin beklagt, aber über Jahrzehnte verschlimmert. Die bereits angedeutete Reorientierung auf Ausbau des Öffentlichen mit Blick auf Gesundheit, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Pflege, Naturschutz etc. ist zugleich ein Beitrag zur Ökologisierung unserer Produktionsweise (da diese Arbeit mit Menschen und am Erhalt der Natur selbst wenig Umweltzerstörung mit sich bringt), wie zur Bearbeitung der Krisen von Arbeit und Reproduktion, ihrer Dekommodifizierung und zur Zurückdrängung des Marktes, als auch zur emanzipativen Gestaltung von Geschlechterverhältnissen durch den zentralen Blick auf reproduktive Funktionen. Mit der damit verbundenen Binnenorientierung, der partiellen Tendenz zu Deglobalisierung und Regionalisierung der Wirtschaft wird auch zum Abbau der Exportfixierung sowie von Leistungsbilanzungleichgewichten beigetragen.

*Solidarische Sozialversicherung und Globale Soziale Rechte:* Die staatliche Rente im Umlagesystem ist ineffizient und teuer, daher muss auf Kapitaldeckung umgestellt und privat vorgesorgt werden (Riester-Rente), predigten die Neoliberalen – die Verluste der Pensionsfonds in den USA sind allerdings noch höher als zu Zeiten von Enron-Skandal und des New-Economy-Crash. In Deutschland hat ohnehin nur eine Minderheit privat vorgesorgt und die Euphorie über ›Volksaktien‹ wie Telekom oder Deutsche Bahn längst verflogen. Benötigt wird ein Rettungspaket für eine erneuerte solidarische Sozialversicherung für alle statt privater Eigenvorsorge, und zwar im Sinne einer umfassenden Idee eines sozialen Europa und transnationaler sozialer Rechte, nicht nur im nationalen Rahmen.

*Demokratisierung des Staates:* Der Ausbau des Öffentlich muss zugleich eine partizipative Veränderung des Staates sein. Weder der wohlmeinende paternalistische und patriarchale fordistische Wohlfahrtsstaats noch der autoritäre Staatssozialismus, schon gar nicht ein neoliberaler Umbau von öffentlichen Diensten auf Wettbewerb und reine betriebswirtschaftliche

Effizienz waren besonders emanzipativ. Ein linkes Staatsprojekt muss also die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten und Transparenz realisieren (hin zur Absorption des Staates in die Zivilgesellschaft, wie es bei Gramsci heißt). Die Entscheidungen über Haushalte und Finanzen müssen stärker demokratisiert werden, partizipative Haushalte sind ein möglicher Ansatz. Die Repräsentations- und Legitimationskrise des politischen Systems hat viel damit zu tun, das wesentliche Bedürfnisse der Bevölkerung nicht berücksichtigt, die Menschen selbst nicht mitwirken können. Daher geht es um die Neudefinition und Neuverteilung dessen, was wir als gesellschaftlich notwendige Arbeit verstehen – nicht durch immer weitere Ausdehnung warenförmiger Lohnarbeit, sondern durch Ausdehnung kollektiver, öffentlich finanzierter Arbeit, orientiert an der Effizienz zum Beitrag menschlicher Entwicklung, dem Reichtum allseitiger Beziehungen, nicht an der Produktion von Mehrwert. Wofür wollen wir unsere gesellschaftlichen Ressourcen einsetzen, was halten wir für eine unverzichtbare Grundlage, die jeder und jedem kostenlos oder preisgünstig zur Verfügung gestellt werden sollte, gemeinschaftlich genutzt werden müsste etc. – darüber sollte möglichst alltagsnah gemeinsam debattiert und entschieden werden.

*Demokratisierung der Wirtschaft:* Die Politik sollte sich aus der Wirtschaft weitgehend heraus halten, hieß es Jahre lang. Doch die ›Leistungen‹ von Management und shareholder-value-Konzepten in der Unternehmensführung sind angesichts von Kurzfristdenken, Skandalen um Managergehälter, Steuerhinterziehung, Pleiten und Massenentlassungen in Zweifel geraten. Auch die klassische Mitbestimmung konnte dem Druck transnationaler Konkurrenz, finanzdominierter Kontrolle nicht ausreichend begegnen, geriet manchmal selbst in Verwicklungen von Kollaboration und Korruption. Die Umverteilung von Reichtum durch stagnierende Reallöhne und soziale Leistungen in Richtung Unternehmen und Vermögende hat erst die enorme Überakkumulation befördert, die zur Finanzkrise führte. Es ist also Zeit für eine über die klassische Mitbestimmung hinaus gehende Demokratisie-

rung Wirtschaft, für eine echte Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Bevölkerung/Konsumenten und anderen Stakeholdern an Entscheidungen in Betrieben (und zwar entlang der gesamten, transnationalen Produktionskette). Denn Unsicherheit und Kurzfristigkeit, mangelnde Mitsprache blockieren Produktivität, Kreativität und Entwicklung der Einzelnen und damit der Gesellschaft.

Die tiefe der Krise und der Kampf um die Form ihrer Bewältigung wird für die nächsten Jahre bestimmend sein. Mithin markiert sie erneut einen historischen Bruch in der kapitalistischen Entwicklung. Daher geht es im Sinne radikaler Realpolitik um das Ganze, um die Frage der gemeinsamen Verfügung über die unmittelbaren Lebensbedingungen. Diese Ausrichtung aufs Ganze ist dabei mehr als ein hübsches Fernziel, vielmehr ein notwendiges Element um die Verengung oder den Rückfall auf korporativistische, also enge Gruppeninteressen, oder auf Einzelreformen, zu vermeiden, was regelmäßig zur Verschärfung der Subalternität führt, die immer dann droht, wenn Kämpfe nicht als Hegemonialkonflikte um die gesellschaftliche Anordnung selbst begriffen werden. Dann passiert wie so oft, eben die partikuläre kompromissförmige Integration in den herrschenden Block. Das lässt sich auch schwer vermeiden. Bedingungen für zumindest partielle Schritte nach links sind jedoch günstig in Momenten wie diesen, in denen der aktive Konsens erodiert ist und Brüche zwischen den Gruppen im herrschenden Machtblock seine Handlungsfähigkeit blockieren oder reduzieren und die Suche nach neuen gesellschaftlichen Koalitionen begonnen hat. Eine Chance und zugleich besonders schwieriger und gefährlicher Moment für linke Kräfte.

## Literatur

Brand, Uli, u.a., Postneoliberalism – A beginning debate, in: *development dialogue*, 51. Jg, 2009, H.1, 1-212

Candeias, Mario, Die Natur beißt zurück. Kapitalismus, ökologische Marktwirtschaft und Krise, in: Rosa Luxemburg Stiftung, *Geschäftsbericht*, Berlin 2007, 38-45; *Aranca* 38/sulserio 14, 2008, 7-10

Ders., Prekarisierung als Kampf um soziale Rechte und Perspektiven feministisch-sozialistischer Transformation, in: R.Klautke u. B. Öhrlein (Hg.), *Globale Soziale Rechte*, VSA, Hamburg 2008a, 175-205

Ders., „This party is so over...“ Krise, neuer Staatsinterventionismus und grüner New Deal, in: ders. u. R.Rilling (Hg.), *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Reihe: Texte der RLS 55, Berlin 2009, 10-37

ders., u. Armin Kuhn, Grüner New Deal. Ein kapitalistischer Weg aus der Krise?, in: *Das Argument* 279, 50.Jg., 2008

Ders., Rainer Rilling u. Katharina Weise (Hg.), *Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen*, Reihe: Texte der RLS, Berlin 2009

Cerra, Valerie, u. Sweta Charman Saxena, *Growth dynamics: the myth of economic*

*recovery*, BIZ Working Papers Nr. 226, Basel 2007

Davis, Mike, Wer wird die Arche bauen? Das Gebot zur Utopie im Zeitalter der Katastrophen, in: *Telepolis*, 11.12.2008, [www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29329/1.html](http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29329/1.html)

Janszen, Eric, Die Bubble-Ökonomie, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 53. Jg., 2008, H. 5, 49-62

Wahl, Peter, Radikaler Realismus. Positionierung emanzipatorischer Politik in der kommenden Reformperiode, in: M.Candeias u. R.Rilling (Hg.), *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin 2009, 130-42

Frieder Otto Wolf

## Re-thinking radical politics: Crises, agencies, crisis and revolutionary practice

Theses on the way in a process of collective reflection

We, human beings, have good reasons now for being afraid. Since the end of the last boom and the bursting of the last bubble in 2007 the economic world constellation which is the result of our post-cold-war history our economies seem to be heading towards a great depression, comparable to the ones of the 1850s, 1870s and 1930s. The crisis of really existing 'financial capitalism' is certainly no more limited to the financial system where nation states are stepping in to save defaulting banks; it has begun to deepen the general economic recession which was already under way. Public attendance and government action tend to concentrate on this economic crisis which is articulating accumulated problems – bubble economies, overcapacities, underconsumption, surfeit of capital, impending scarcity of materials and energy sources – in the economic field into one larger crisis, looking for a comprehensive solution in a re-articulation of economic processes on a global scale. Such a historical search process – the successful completion of which cannot be taken to be guaranteed in advance – can be expected, judging by historical precedent, to go on for decades.

What really should make us afraid, however, is the fact that there are other crises in the political ecology of our species which define an urgency which does not leave us the time for such a long-winded searching process: Humankind has become a 'geological factor', i.e. combined human action in times of peace is now beginning to threaten the very biospheric basis of life, as it exists, and especially the conditions of existence of human political ecologies as such. Also in this respect, a number of specific crises – in the fields of biodiversity, climate, agriculture and fishing – seem to be in the process of merging into one major ecological crisis – with an

urgency which requires effective action within the next years in order to avoid major ecological catastrophes. And there is a third element within the present situation of humanity which really should shock us wide awake: There is not yet any kind of human agency, visible or to be anticipated, which would seem capable of coping with the challenges posed by these combined crises. The dream of the 19<sup>th</sup> century that there would be 'the international' which would successfully fight for effectively human solutions has turned into the nightmares of the night of the 20<sup>th</sup> century and then effectively dissolved. The new beginnings of the world-wide 1960s rebellion which went well beyond the idea of proletarian revolution to bring to life international feminist, anti-colonial and ecological movements has not been capable of overcoming the triple 'establishment' it has been revolting against – 'fordism', 'state socialism', and 'neo-colonialism' – and been absorbed by national 'political cultures'. A 'crisis of agency' is clearly visible, globally, in its cultural, social and political dimensions, leaving a dangerous void which is partly being filled by racist, chauvinist, and fundamentalist ideologies. The global 'initiatives from below' of the late 1990s now seem to have reached (or even overstepped) a culminating point at which it clearly becomes visible that they will not be capable of developing into the kind of global common and co-ordinated political agency that seems to be required to find workable and acceptable solutions to the aggregated major crises and to avoid their merging into one big crisis of humanity.

It is, fortunately, not just a postulate of dialectics that the same points which make us afraid for good reasons, also can be referred to give us hope. To cut it as short as possibly feasible: The crisis of 'financial capitalism' has broken the spell of the neo-



liberal ecology over the 'metropolitan' socio-historical formations and, especially, over the socio-historical sciences.

The emerging comprehensive ecological crisis is, in fact, beginning to push away the dominance of piece-meal engineering and reliance upon the so-called 'economic instruments' of market radicalism, and ever more clearly articulating the need for integrative, systemic, and 'dialectical' approaches to human responses within ecological crisis processes. And the 'crisis of agency' has begun to dump old and false evidences about 'the democratic state', 'the party', or, more recently, 'civil society', and clear our horizon of vision to really emerging bearers of agency, their actual and potential combinations, and the dynamic of finding a new way of concretizing effective and adequate 'agency from below'. And all three dimensions of crises together may make us capable of anticipating a realistic and radical transformation of the underlying structural constellation of our present global history

In order to overcome our fears and anxiety, there seems to be no other way than to build and expand our reasons for hope. In this respect, I shall concentrate here upon this 'crisis of agency'.

*First*, there are a number of legends around which are hampering our capability of understanding what the present situation is, and what we are doing (and what we are capable of doing) ourselves – and thereby constitute a major blockade to our capability to act as human beings on the levels required by the constellation of crises. Taking stock of these and resuming the critical ways of de-constructing them which have already been found is an urgent task today.

*Second*, there are a number of new initiatives and emerging practices to be found now, which could serve as stepping stones in building an alternative political strategy which would be capable of overcoming the domination of our socio-historical formations by the capitalist mode of production, while at the same time significantly addressing and overcoming the destructive processes directed at our 'internal' and 'external' nature, and constructively rear-

ticulating our interests and identities, so as to create new figures of cultural, social, and political agency effectively capable of coping with the emerging 'big crisis' at hand. Taking stock of these and understanding their potential for producing effective political subjects is another urgent task today.

*Third*, we can begin to look back critically, and constructively, upon a number of initiatives for the reconstruction of an integrative theoretical project capable of providing a reliable common framework for the debates required for the construction of the kind of 'grand global alliance' required for overcoming the emerging big crisis in a non-catastrophic way. Distinguishing what is an element of a possible solution from what is still part of the problem within (or even reinforcing it) such theoretico-political initiatives will be very difficult – but without such critical distinctions there will be no advance towards overcoming the crisis in a reasonably acceptable way.

### **Overcoming some legends**

It is possible, I think, to group the major legends which are blocking our sight on the actual reality and the real potential of the present situation into three major groups. These are

- the liberal legend, which postulates the actual liberty of each and every individual to choose otherwise as a sufficient basis for the capacity to act, irrespective of concrete situations, constellation and circumstances;
- the legend of 'objective interests', based upon postulating a structural definition of given interests, defined by 'societal positions', as a as a sufficient basis for common political action, again without referring to concrete situations, constellation and circumstances;
- the identitarian legend, hinging upon postulating some (pre-given, as in essentialist variants, or invented, as in constructivist variants) collective identity, assumed or ascribed, as the key determinant of agency, in its consequent forms pointing to some ultimate

identity – class, nation, race or gender – as ‘the subject of history’ or as, at least ‘the subject of liberation’;

- the multitudinarian legend, based upon avoiding the totalising closure inherent in the identitarian and ‘objective interest’ identity legends by reverting to the liberal principle of the actual liberty of each and every individual to choose otherwise.

Instead of remaining captive to those legends obstructing the development of critical initiatives and common and co-ordinated collective action as well as of forms of radical organising capable of ‘learning from experience’ and of ‘adapting to new challenges’ we should open our eyes to the effective facts of the situation – i.e. of understanding the complex ways in which effective individual liberty, the construction of collective identities and real interests and the constitutive powers of the multitude are mutually dependent upon each other – and in no way require the kind of pre-existing ‘essentialist’ subjectivities, while they are quite capable to constitute effective organisational and institutional structures establishing a capacity to act capable of enduring beyond the fleeting moment of a multitudinarian ‘uprising’.

### **Elements for an alternative political strategy**

There are a number of elements for an alternative political strategy which have emerged in the last 30 years. The underlying deep change can be seen by looking at the attempts at proposing a workable slogan to be opposed to the ‘TINA’-principle (‘There is no alternative!’) of the neo-liberals: While in the 1980s the British left has still attempted to oppose the slogan BEHOGA (‘Behold our grand alternative!’) to the TINA-Principle, it seems to be common today to point to the principle of TAMARA (‘There are many and real alternatives!’) in order to oppose the adherents of TINA. According to the degree, however, in which the multiplicity of concurring crisis processes which will make it impossible ‘always simply to continue’ – which ‘is the catastrophe’, according to Walter Benja-

min’s insight – in the most variegated fields of historical reality will tend to merge into the unity of a comprehensive ‘big crisis’ a new unity of the real alternatives will be called for – to be expressed in a new principle which could be called, somewhat less contemplative and less totalising than BEHOGA ‘Join our struggles for our common alternative’, i.e. JOSFOCA.

Such struggles for a common alternative are not necessarily just one, it is largely sufficient that they should be compatible and convergent. This internal pluralism allows for recognising substantial and strategic differences between practices and for conceiving of their co-ordination without asking for their abolition as different practices. Without any reductionism, two aspects can be found and distinguished in all critical practices within society, i.e. within all practices of social subjects not just busy in and committed to the reproduction of the status quo as it is, or in an enlarged and increased form: they are all referring to some specific dimension of societal reality, and they are all asking for a certain degree of change. In modern societies, as they are dominated by the capitalist mode of production are therefore ‘dynamized’ by the unending (although certainly neither stable nor continuous) process of capital accumulation, change is an important moment of the reproduction of the socio-historical formations concerned. This complicates the issues of politics as a merely conservative stance becomes unrealistic with the advance of the domination of modern bourgeois societies by the capitalist mode of production – there cannot be any ‘party of the existing order’ any more, only ‘parties of movement’<sup>35</sup> can give a realistic response to the

---

<sup>35</sup> This classical distinction refers back to the *parti de l’ordre* and the *parti du mouvement* of post-revolutionary French politics, which have historically established the divide between a right wing politics affirmative of human domination over other human beings and a left wing politics critical of such a domination. With the successful establishment of modern ‘bourgeois societies’ this divide has undergone a deep change: After the practical elimination of the nostalgic defenders of the *Ancien Régime* the right wing position has been taken over by the

challenges of the 'revolutionary changes' inherent in the very process of reproduction of the capitalist mode of production and its domination within these socio-historical formations.<sup>36</sup> This generalised requirement of defending and promoting change does not only exclude truly conservative parties from the realm of realistic politics, it also creates the possibility of true centre parties which are much more than the classical 'swamp' (*marais*) of classical French politics incoherently swaying between defending change and defending conservation: Between the parties defending the kinds of change conducive to (or compatible with) the reproduction of existing structures of domination and the parties striving for changes leading to processes of overcoming them (to some degree), a real political space can be opened for modulating the changes driven by capitalist accumulation in a way that is compatible with maintaining the balances of power underlying the uneven reproduction of the existing structures of domination as well as the existing countervailing powers which have acquired some degree of reality within these societies.

This political space of the centre – in contradistinction to the old 'swamp' – is not 'naturally' dissolving into the two extremes. Quite to the contrary, this new centre becomes capable of exercising a considerable force of attraction on the moderate elements of the left as well as on those of the right wing. This deep change of the

---

defenders of the established *structures* of domination, irrespective of the existing *status quo*. In many societies this has process of replacement of the right wing by a right wing 'party of change' has been going on well into the 20<sup>th</sup> century and in some cases into the very present.

<sup>36</sup> On the side of 'right wing' politics such parties of movement tend to differentiate themselves into moderates and extremes, postulating a politics of controlling change or a politics of 'passive revolution', respectively, by which they aim to reproduce the established structures of domination, and not any more to conserve the existing *status quo* of these societies which is due to change anyway.

very nature of the political spectrum into a spectrum of 'parties of change' only, with real space opening for the existence and actions of relatively coherent centre parties has often been overlooked. Any attempt at analysing the left wing will have to take this into account: In really modern political systems there is neither a general spontaneous tendency towards the decomposition of the centre, nor towards a political polarization privileging the extremes.

This has to be kept in mind, when using the three dimensions of classification which I am proposing here, beyond the left wing – right wing divide duly reinterpreted in terms of affirming viz. criticizing domination. On the one hand, the specific structures of domination which are being criticized and opposed allow for a classification of political practices and organizations in terms of their specific material content, as anti-capitalist, feminist, ecological or anti-colonial organisations.<sup>37</sup> On the other hand, there are different forms of organization and institutionalization taken up by or imposed upon such practices and movements, such as initiatives and networks, social movements, civil society organizations and trade unions, political organisations and political parties, as well as established institutions and state apparatuses. And, thirdly, such movements should be distinguished according to the scope and depth of the change they are reclaiming – most conveniently between mere 'meliorists', claiming for some real improvements enlarging the capacity to act of categories of individuals or social groups, 'reformists' demanding structural reforms dismantling important fetters to enhancing individual and collective capacities to act, and 'revolutionaries' struggling for structural transformations which will bring about the dismantling and overcoming of existing structures of domination.

---

<sup>37</sup> This is not a complete list of the structures of domination as they exist within modern bourgeois societies. The list is continuously enlarged with the further development of complexity, and new struggles of liberation emerging, like the queer movement against heterosexual normativity most recently.

In our present reality historical developments are still present in important ways: This is true for what could be called the 'spectres' of the French revolutionary period (1789 to 1848), as well as for those of the revolutions ushered in by the Bolshevik revolution of 1917 which seems to have come to an end in the 1960s, after the Cuban revolution. It is also palpable in the still living echoes of the globally emerging 'new social movements' of the 1960s and 1970s which seem to have been ended by the successes of the neo-liberal counter-revolution in the 1980s.<sup>38</sup> The new beginnings of the 1990s – from the Zapatistas via the global emergence of Social Forum initiatives and networks to the most diverse new beginnings of left wing party politics since then – have, in fact, anticipated the present emergence of crisis processes. This should, however, not be confused with good conditions for their coping with the emerging 'big crisis'.

Such a 'big crisis' – in which capitalist crisis, ecological crisis and crisis of political legitimacy interact, creating new risks of violence within and between societies and states – tends to forcefully bring about important changes in the established structures and organisations. Likewise, it will tend to provoke major political obsolescence and renewals on the part of political forces, including those of the left wing. This is no guarantee for anybody – all the forces which continuously fail to find the right kind of tune for their specific audience risk to lose their former importance, while those which succeed in producing the kind of tune significant for a relevant audience will be capable of growing more important. The idea that such a process of redimensioning the political weight of various political forces will ever lead to the complete substitution of one force by a different one is, however, extremely illusory: Due to different historical references,

---

<sup>38</sup> The successful emergence of green parliamentary parties in the 1980s can be understood as a long-term political effect of the new dynamic of the 1960s and 1970s – as their absorption into the political systems in place is part of the rise of the neo-liberal project to its historical hegemony.

different ambitions and different aspects addressed or privileged for change by these political forces, these will always tend to be relatively stable 'on a second' level, although continuously changing their relative weight as well as their substantial content<sup>39</sup>.

### **The 'mismatch' between crises and agencies**

Overcoming world-wide 'capitalism' seems to require a world-revolution. Likewise the present ecological crisis seems to require a global transformation. Overcoming war as an instrument of political power does not seem feasible either without a world-wide perspective of enduring peace. It is less evident that the crises of gender and generation relations do require world-wide change. Likewise, anti-racist and anti-colonial or queer struggles seem to be effectively possible without a clearly developed global or international dimension of struggle. At the same time, movements and organizations tend to address specific areas of societal reality, whereas the accelerating processes of crisis tend to interact and – to some degree at least – to merge into one comprehensive constellation of crises.

The really existing as well as the newly emerging forms of 'agency from below' seem systematically to lag behind such developments of crises – they tend to be invested and, as it were, captured by national forms of politics, regional or local constellations of problems and capabilities to act, and they tend to be bound by patterns of perception and action which limit its capacity for addressing comprehensive crisis processes.

This kind of mismatch seems to be unavoidable. However, thinking that this would destroy all possibility and hope for effectively coping with such situations of crisis is unjustified: Strategic action need not be symmetrical to the problem dimensions to be addressed nor to the capacity

---

<sup>39</sup> The illusion of 'replacing' the 'traitors to the common cause' by its 'true defenders' seems to be a staple of left wing politics – which does not make it any more realistic.

to act of the opposite side. It would be perfectly sufficient to be capable of striking effectively at a sufficient number of vital elements of the established structures of domination in order to prevail in a confrontation of forces.

For example, it is not required for effective trans-national trade-union action within a trans-national corporation to build a trade-union (or shop-steward) organisation mirroring the organisation of the corporation itself; it is amply sufficient to build a readiness for solidarity among the workers of different locations and departments – and to establish a minimal network of communication sufficient for activating this solidarity in the case of some labour conflict. Likewise, it is not required for effectively regulating trans-national capital flows to establish an international regulating institution; it is quite sufficient to re-establish national capital controls, as they have existed until the 1980s – without thereby relapsing into trade protectionism, as some neo-liberal defenders of de-regulation like to argue. This does not eliminate the challenges of common and co-ordinated action to cope with the trans-national dimensions of crisis processes.

Likewise, the scope of trade union action seems to be limited by its constitutive focus on wage labour. This need not be a total impediment to addressing other issues: e.g. the history of anti-apartheid struggle shows some memorable actions by harbour workers and their trade unions contributing to the implementation of the boycott of apartheid South Africa. Or, in the recent history of peace movements some relevant contribution of trade unions can be found – even including some ambitious plans for the conversion of the arms industry to socially useful production.

In the light of such experiences, it seems to be possible to overcome the present mismatch between the social and political forces which are still locally based and sectorally focussed while nationally organised – in the face of trans-national, increasingly global processes of crisis.

### **Perspectives for a ‘grand alliance’**

There are three types of reasons for rejecting the idea of constituting just one ‘grand subject’ of ecological, feminist and anti-colonial human liberation:

- this idea has been shown to be unrealistic – it simply cannot be done, in the face of the variety and asynchronicity of the concrete processes and struggles taking place even in the face of all the simplifications and unifications brought about by concurring crisis processes;
- there has been a strong tendency in the past towards trying to overcome the difficulties of constituting such a ‘grand subject’ by having recourse to more or less violent forms of repression – thereby compromising the aims of liberation politics no less than the actual trajectories of liberation;
- the recourse to repressive violence has, in fact, often been justified by the singling out of one type of political subjectivity as the ‘true subject of liberation’ and by endowing it with an ideology assumed to be the final word in the history of ideology, so that the required alliances are conceived and implemented as relations of hierarchical subordination.

The post-modern moment in recent history has therefore been rejecting any kind of alliance-building based upon identifying a common cause - inspired by these figures of historical experience. In a perspective of transformation it will be difficult to keep up such a rejection: without common causes there will only be tactical alliances of an *ad hoc* character. Strategic alliances over a period of protracted struggles will not be possible without finding solid common ground. It may be argued that the distinction to be observed here does not run between objectively existing common causes on the one and the merely subjective everyone’s own causes on the other, but between an essentialist and substitutionalist understanding of such common causes - to be pursued in an ‘objectively valid’ manner by the ‘true subject’ which is not bound to hear or heed any first person voices – and a realist perspective which sees common causes as a real construc-

tion in the articulation of our practices which is indissolubly subjective and objective at once.

### **First ideas for a conclusion**

In the face of the 'simplification' and 'unification' of problems produced as an unavoidable result of the convergence of different processes of crisis there is a mounting need for a corresponding 'simplification' and 'unification' of the alternative responses advocated by the forces which are critical of the established status quo. This need will still be reinforced by the strategic dilemma resulting from the circumstance that without such a convergence of transformation perspectives any deep structural transformation will be almost impossible, so that a refusal of any such strategic alliance-building is tantamount to renouncing all deep structural transformation. In the face of this dilemma the post-modern attitude of 'deconstructing' the domination of the capitalist mode of production into just one other variant of ideological submission (or its neglect of the kind of political domination inherent in the very structure of the modern sovereign state) assumes a very specific significance – that of preferring some limited and selective improvements on one's own field of struggle which can be had without deeper structural transformations to the travails of an alliance building which does not neglect the very structures of capitalist domination in the field of economic reproduction. Accepting the need to conceive of the structural character of the domination exercised by the capitalist mode of production as a required item to be addressed by any strategy of deep transformation will, therefore, be an unavoidable step in overcoming the strategic dilemma of post-modernism, i.e. of a pluralism combined with strategic opportunism.

This step has never really been possible on the basis of an essentialist and substitutionalist politics of class and political party.

Traditionally, it has been thought unavoidable to introduce the *problematique* of a

revolutionary transformation by trying to substitute the figure of a 'revolutionary political organisation', i.e. in traditional terms a revolutionary political party, for the actually existing political subjects – or, for those not to prepared to pay such a high price, to exclude the very figure of the revolutionary organisation from the area of legitimate politics. Instead we should think of the revolutionary initiative of individuals and the political practice of groups, which is producing and reproducing a distinct organisation for the sake of this practice, in terms of an additional element. I.e. instead of thinking in terms of the substitutionalist 'either-or', we should think in terms of an inclusive 'and/or' which would be based on the co-existence and potential combination of different kinds of practice.

The problem to be solved is to find and to build forms of political organization capable of coping with electoral challenges within institutionalised politics, while at the same time providing openings for and answering to initiatives 'from below'. Very probably this challenge cannot be met by one organization or one kind of organization alone.

Peter Wahl

## Politische Stabilität trotz Krise

Es gibt gegenwärtig<sup>40</sup> eine bemerkenswerte Asymmetrie in der Wahrnehmung der Finanz- und Wirtschaftskrise: in der politischen Klasse, in den Medien und in politisierten Sektoren gibt es ein ausgeprägtes Krisenbewusstsein, das ein Gespür für den historischen Ausnahmecharakter der Situation hat. Demgegenüber wird im Alltagsbewusstsein breiterer Bevölkerungsschichten die Krise als abstrakt und fern der eigenen Lebenswelt wahrgenommen. So wird im *ZDF Politbarometer* vom Mai 2009 die allgemeine Wirtschaftslage zwar von 40 Prozent als schlecht eingestuft, die persönliche Lage wurde aber nur von 13 Prozent als schlecht bezeichnet. Diese 13 Prozent entsprechen jenem Anteil, der durch Hartz IV, Prekarisierung und Armutsentwicklung schon seit 2004, also lange vor der Krise, zu den Verlierern der Schröderschen Reformen gehörten. Wir haben wir es also bisher noch mit einer sozialpolitisch stabilen Lage zu tun.

Bestätigt wird dies durch die Demonstrationen aus Anlass des G20 Gipfel Ende März, sowie die Demonstration des DGB am 16. Mai 2009. 50.000 Demonstranten im März und 100.000 im Mai sind keine Qualität, die über das hinausginge, was man vor der Krise auch hätte erreichen können. Im Gegenteil, zum Höhepunkt der Hartz IV Debatte gingen am 3. November 2003 100.000 Menschen auf die Straße und auf Aufruf des DGB ein halbes Jahr später 400.000. Es zeigt sich, dass es keinen Automatismus zwischen Krise und Zunahme außerparlamentarischer Mobilisierung gibt. Der Druck der Straße, die Veränderung von unten werden zwar im-

---

<sup>40</sup> Die weitere Krisendynamik und ihre politischen Auswirkungen sind schwer vorherzusagen. Die Krise ist auch eine Krise der professionellen Prognostiker. Von IFW bis zu den „*Fünf Weisen*“ mussten die Vorhersagen immer wieder korrigiert werden – nach unten. Insofern steht auch die Aussagen dieses Textes unter dem Generalvorbehalt, dass es nicht noch dramatische Wendungen gibt.

mer wieder beschworen, doch vorerst reicht es eben nur zu dieser Beschwörung. Für mehr ist die Zeit nicht reif.

Auch bei den Umfragewerten der Parteien gibt es nur marginale Verschiebungen, wie sie auch in „normalen“ Zeiten vorkommen. Selbst dass die FDP kurzfristig ein Hoch hatte, liegt nicht am Wiedererstarken des Neoliberalismus'. Vielmehr hat die Auseinandersetzung in der Union um das Entsignungsgesetz für die *Hypo Real Estate* dazu geführt, dass das neoliberal orientierte Potential des bürgerlichen Lagers sich nun stärker auf die FDP orientiert.

### Die Geschichte wiederholt sich nicht

Auch wenn es ökonomisch Parallelen zwischen der aktuellen Krise und der Weltwirtschaftskrise gibt, politisch ist die Lage heute, anders als 1929, sehr stabil. Das gilt auch international. Selbst in den wenigen Fällen, wo Regierungen stürzten, wie in Island und Lettland,<sup>41</sup> wurde ein Wechsel in geregelten parlamentarischen Bahnen vollzogen. Die neuen Regierungen rekrutieren sich aus dem etablierten Parteienspektrum. In den USA, wo durch die Subprime Krise ein weitaus breiteres Krisenbewusstsein besteht, trafen Krise und Wahlkampf zufallsbedingt zusammen. War im Juli 2008 der republikanische Präsidentschaftskandidat noch leicht in Führung gegangen, so wendete sich mit der Verschärfung der Krise das Blatt zugunsten Obamas. Dass ihm mehr Kompetenz zur Krisenbewältigung zugeschrieben wurde war ein entscheidendes Moment für seinen Wahlsieg. In der Zitadelle des Finanzkapitalismus konvergierte so der allgemeine Wind des Wandels mit der Massenempörung über die Wall Street und wehte Obama in Weiße Haus.

---

<sup>41</sup> Der Sturz der tschechischen Regierung im April 2009 hatte mit der Krise nichts zu tun.

Offenbar ist das System der repräsentativen Demokratie heute weitgehend zu dem institutionellen Rahmen schlechthin geworden, innerhalb dessen auch historische Ausnahmekrisen, wie die gegenwärtige bearbeitet werden und gesellschaftlicher Wandel vonstatten geht. Vermutlich hat auch hier die Globalisierung dazu beigetragen, diesen institutionellen Rahmen zu stärken.

Die politische Stabilität betrifft auch die Gefahr von Rechts. Gegenwärtig gibt es – anders als 1929 – keinen Zuwachs für den organisierten Rechtsradikalismus. Einer der Gründe dafür liegt sicher darin, dass in Deutschland das Protestpotential der prekären Schichten derzeit eher auf die Linkspartei orientiert ist. Ein Faktum von historischer Bedeutung und ein Verdienst dieser Partei, für das die anderen parteipolitischen Lager ihr dankbar sein können.

Außerdem scheinen der Korruptionsskandal um die Kasse der NPD, der Prozess um betrügerische Wahlkampfkostenerstattungen und die Verbotsdebatte nicht ohne Effekt geblieben zu sein. Weder haben die NPD oder vergleichbare Formationen bisher nennenswert Zulauf, noch ist eine außerparlamentarische Mobilisierungsfähigkeit zu erkennen, die auch nur im Entferntesten an die Weimarer Zeit erinnert. Dies alles ist keine Garantie dafür, dass sie nicht doch noch zu einer Stärkung der Rechten führt, aber andererseits sollte man auch bei diesen Themen nicht auf eine realistische Einschätzung der Kräfteverhältnisse verzichten.

Fragt man nach Gründen der politischen Stabilität in Zeiten der Krise, so gibt es sicher ein ganzes Bündel davon. Einige werden in den folgenden drei Abschnitten skizziert.

### **Lektion von 1929 gelernt**

Die Finanzkrise hat die meisten Menschen in Westeuropa nicht direkt erreicht. Wer nicht selbst Aktionär ist oder an Finanz- und Kreditgeschäften beteiligt, hat bisher keine unmittelbaren Folgen zu tragen. Denn anders als 1929 ist es den Regierungen gelungen, durch die Rettungspakete den völligen Kollaps des Bankensektors zu verhindern. Damit wurde der durchschnittliche Inhaber eines Girokontos nicht

direkt von der Finanzkrise getroffen. Diese Lektion aus 1929 haben die Regierungen gelernt und dieses Mal eine expansive und antizyklische Geld- und Fiskalpolitik betrieben. Gewiss, bei der Ausgestaltung der Programme gab es im Einzelnen skandalöse Auswüchse – etwa wenn Dividenden und Boni mit Steuergeldern finanziert wurden – im Kern aber waren die Maßnahmen richtig und einigermaßen wirksam. Die Schlangen tausender Menschen vor den Banken, die am Schwarzen Freitag 1929 versuchten, ihre Ersparnisse abzuheben, Bilder, die sich in das kollektive Gedächtnis eingebrannt haben, gab es dieses Mal nicht.<sup>42</sup> Und die theoretische Kritik des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes des Kapitalismus dürfte zwar gut und wahr sein, aber dafür, dass diese Wahrheit die Massen ergreift, gibt es derzeit keinen Hinweis.

Auch das Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft wird durch wirtschafts- und sozialpolitische Instrumente abgefedert. Dazu gehört z.B. die Kurzarbeit, die mit staatlicher Hilfe Massenarbeitslosigkeit vorerst verhindert. Auch dieses Instrumentarium stand 1929 nicht zur Verfügung. Auch die in ihren Größenordnungen beispiellosen Konjunkturprogramme der Industrieländer und Chinas – sonst werden nur in Kriegen solche Ressourcen mobilisiert – puffern die Einbrüche der Realwirtschaft spürbar ab. Auch die spektakulären Rettungsaktionen von *Opel* und von *General Motors* tragen dazu bei, die Krisenfolgen zu dämpfen. Sie haben nicht nur einen ökonomischen Effekt, sondern auch einen politisch-psychologischen. Sie erzeugen den Eindruck von Handlungsfähigkeit der Regierungen, dass sie die Krise im Griff hätten und das Schlimmste zu verhindern in der Lage seien. Das schafft, bzw. bewahrt Vertrauen und gibt Hoffnung. Wut und Empörung werden auf die wirtschaftlichen Funktionsebenen abgeleitet. Politisch werden die Kernbelegschaften befriedet. Denn wenn in diesem Milieu soziale Unruhe ausbräche, wäre dies, an-

---

<sup>42</sup> Eine kleine Ausnahme war zunächst die Insolvenz der Royal Bank of Scotland, die dann aber prompt von der britischen Regierung gerettet wurde.



ders als beim Prekariat, eine ernstzunehmende Bedrohung politische Stabilität.

Zwar ist auch bei der Ausgestaltung des Krisenmanagements Kritik berechtigt – undemokratische Intransparenz, ökologische Blindheit, protektionistische und entwicklungspolitisch problematische Nebenwirkungen – aber im Prinzip kann von der Linken auch gegen diese Aktionen kein Einwand erhoben werden. Man kann zu recht sagen: das reicht nicht, das löst die grundsätzlichen Probleme des Kapitalismus nicht. Alles richtig, aber diese Maßnahmen grundsätzlich abzulehnen, ist nur möglich um den Preis der politischen Selbstisolierung. Denn trotz der Mängel des Krisenmanagements, wir müssen die Möglichkeit ins Auge fassen, dass damit immerhin das Abgleiten in eine Depression verhindert wurde. Aber selbst wenn es doch noch zu einer Depression kommen sollte, waren nicht die Konjunkturpakete an sich falsch, sondern zu klein dimensioniert.

### **Diskurswechsel der Eliten und die Dialektik des Erfolgs für die Linke**

Die politischen Funktionseliten haben einen deutlichen Diskurswechsel vollzogen. Die Finanzmarktakteure werden z.T. heftig kritisiert. Nicolas Sarkozy will einen „*Kapitalismus der Unternehmer, nicht der Spekulanten*.“<sup>43</sup> Und wenn es in einem Papier, des der SPD Kanzlerkandidaten und des Finanzministers im März 2009 heißt, „*Wir wollen Finanzmärkte, die ihre dienende Funktion wahrnehmen*.“<sup>44</sup> dann könnte das wörtlich von Attac stammen. Auch die Abschlusserklärung des G20 in London setzt sich sowohl von dem Washingtoner Gipfel ab, der im November 2008 noch unter der Ägide Bushs stattfand, als auch von der Rhetorik der G8 in den zwanzig Jahren davor. Gewiss, das sind zunächst nur Worte. Und zudem ist Wahlkampf. Aber wenn es richtig ist, dass im Diskurs, also in der Art und Weise wie über Wirklichkeit gesprochen – oder geschwiegen – wird Herrschaftsverhältnisse sedimentiert sind,

<sup>43</sup> AFP 21.2. 2009

<sup>44</sup> Frank-Walter Steinmeier Peer Steinbrück. Die Finanzmärkte grundlegend neu ordnen – Unsere Finanzmarktgrundsätze. Berlin Februar 2009

dann sind diese Veränderungen im Diskurs zwar nicht alles, aber eben auch nicht belanglos. Sie signalisieren eine Verschiebung der diskursiven Kräfteverhältnisse und damit einen Erfolg der Linken.

Natürlich geht es in diesem Kontext nicht darum, wie glaubwürdig dies alles ist, sondern darum, dass es seinen Zweck erreicht, nämlich die Kontinuität der Hegemonie der neoliberalen Funktionseliten zu gewährleisten und die Spielräume der Linken eng zu halten.

Denn die Dialektik des Erfolgs führt die Linke zunächst in eine Dilemma: ihre tendenziell hegemonialen Positionen werden von denen der Funktionseliten zunehmend ununterscheidbar. Manche Linke ziehen daraus den kurzen Schluss, ihren Diskurs einfach weiter nach links zu verschieben, um ihn wieder unterscheidbar zu machen. Es findet eine Radikalisierung mit antikapitalistischer Rhetorik statt. Allerdings, im Lichte der oben dargestellten Stabilität, dürfte diese Strategie nicht aus dem Dilemma herausführen.

### **Entkopplung von diskursiver Hegemonie und politischer Führung**

Politische Führung, Hegemonie, beruht nicht nur, ja vermutlich nicht einmal primär, auf einer plausiblen Analyse und überzeugenden Alternativvorschlägen. Es ist ja nicht so, dass die Linke keine Vorschläge hätte. Die Programme liegen vor, zum Teil ebenso klug wie umfassend. Aber sie entfalten keine politische Kraft. Offenbar ist es eine rationalistische Illusion, zu glauben, politische Führung entstünde allein über die kognitive Ebene, durch rationale Entscheidungen. So sind für das politische Verhalten auch emotionale und teilweise irrationale Momente von Bedeutung. Zumindest ebenso wichtig wie Analyse und Programm sind die Ausstrahlungsfähigkeit und das Potential an Vertrauen, das Personen und Organisationen in der Bevölkerung besitzen – oder eben nicht.

Teil der emotionalen Ebenen sind u.a. Abstiegängste – und bekanntlich wirkt Angst lähmend – Furcht vor Experimenten in unsicheren Zeiten, kulturelle Prägungen durch dreißig Jahre Neoliberalismus, wie Entsolidarisierung, Konkurrenzdenken, individuelle Problemlösungsstrategien etc.

Die Linke tut sich allerdings immer noch schwer, einen angemessenen Umgang mit diesen Dimensionen von Politik zu entwickeln.

Aus all diesen Gründen führt die Krise, auch wenn sie die Bestätigung kritischer Gesellschaftsanalyse ist, nicht dazu, dass deren Protagonisten allein schon deshalb auch maßgeblich an politischer Gestaltung beteiligt wären. Insofern erweitert die Krise keineswegs automatisch die Spielräume der Linken, sosehr man das bedauern mag.

Statt des großen Wurfs ist daher vorerst die ernüchternde Fortsetzung beharrlicher Kleinarbeit gefragt, freilich jenseits der eingefahrenen Routinen und Ressorts und zugeschnitten auf die Krisensituation. Aktionismus, das Jagen von einer Demo zur nächsten, ist Kraftvergeudung. Stattdessen sind:

- kompetente und schnelle Aufklärung und Information über die Krise und ihre jeweils aktuelle Manifestationen,
- die Schaffung von Allianzen in die Mitte der Gesellschaft hinein,
- die Unterstützung spontan entstehender betrieblicher und sozialer Proteste,
- Netzwerkbildung europäisch und transatlantisch

unter den gegebenen Bedingungen Eckpunkte einer Strategie, die die schmalen Spielräume auszuschöpfen in der Lage sein könnte. Das erscheint bescheiden, die Schaffung der dafür geeigneten Strukturen und die Umsetzung in praktisches Handeln wäre sehr viel. Ansonsten ist operieren auf Sichtweise nötig. Die Entwicklung kann jeden Moment abrupte Wendungen nehmen. Und dafür gilt die Parole von Prinz Hamlet: „Bereit sein ist alles.“

## Strategisches Szenario, gewonnen im Rückblick auf italienische Ereignisse

Strategische Reflexionen auf die Krise leiten zum gegebenen Zeitpunkt daran, dass sich dazu bis jetzt noch keine unstrittigen Evidenzen abzeichnen, es also bis auf weiteres bei spekulativen Unterstellungen bleibt:

- a.) Der Krise scheint eine Tiefe zuzukommen, derzufolge sich auf Seiten der herrschenden Eliten die Notwendigkeit einer Erfindung abzeichnet, die in ihrem Maß der des Fordismus entsprechen muss, wenn nicht...
- b.) Dass die Dinge so liegen, ist bis jetzt allerdings noch nicht wirklich angekommen, Indiz dafür ist die Stabilität der gegebenen politischen Konstellation und darin der Umstand, dass es weder zu einer Verschiebung der parteipolitischen Dispositionen nach links noch zu nennenswerten außerparlamentarischen Protesten gekommen ist (vgl. die Demonstrationen vom 28.03. und die Lage in bankrotten oder vom Bankrott bedrohten Betrieben).

Spekuliert man trotzdem – und warum auch nicht? – auf die unter (a) genannte Option, zeichnet sich auf Seiten der herrschenden Eliten vage eine Möglichkeit ab: das Versprechen, dass seit der Wahl Obamas im Raum steht. Diesem Versprechen korrespondiert eine Verschiebung, deren Anerkennung auch vor dem Manifestwerden der Krise schon im Raum stand: die Verschiebung von der Formation des G8-Blocks zu einer solchen des G20-Blocks, konkret der Anerkennung der Position der BRIC-Staaten und der Rolle der arabischen Ölmächte. Spekulativ-dicht gefasst:

- a.) Obama scheint die Globalität kapitalistischer Herrschaft wieder in Kategorien des Empire zu denken und

damit Negris allseits verlachte Annahme zu bestätigen, nach der die Politik der Bush-Administration nicht mehr als ein vorübergehender „imperialist backlash“ war, der die Tendenz zur Herausbildung des Empire nur aufschieben, doch nicht beseitigen konnte.

- b.) Einer Anerkennung der Verschiebung vom G8- zum G20-Block kommt das entgegen.
- c.) Der Notwendigkeit einer in ihrem Maß der Erfindung des Fordismus entsprechenden Erfindung einer neuen Kapitalismusformation öffnet Obama die Perspektive eines „New Green Deal“ – bis jetzt nicht mehr als eine leere Anrufung, doch immerhin die richtige Anrufung zur richtigen Zeit.
- d.) Einer Anerkennung der Verschiebung vom G8- zum G20-Block kommt auch dies entgegen.

So dramatisch die Krise zu werden verspricht: hinsichtlich des Handlungsraums und der -optionen von links her, den Modi ihrer Reflexion, den national wie international auszuspielenden Strategien, den strategischen Bündnissen, politischen Konzepten und möglichen alternativen Projekten läuft dies darauf hinaus, im Ansatz an dem festzuhalten, was seit Seattle und Genua zur strategischen Option einer Linken des 21. Jahrhunderts wurde, unter stärkerer Berücksichtigung gegebenenfalls

- a.) der Verschiebung vom G8- zum G20-Block,
- b.) des Umstands, dass der Eigenname Obama für die Eröffnung einer ereignishaften Situation steht, d.h. für den Eintritt eines Neuen, dessen „politi-

sche Benennung noch nicht abgeschlossen ist.“ (Badiou)

zugleich der „Bewegung der Bewegungen“ verbunden.

Worin bestand bzw. besteht diese strategische Option einer Linken des 21. Jahrhunderts?

- a.) Generell gesprochen zunächst darin, allen Adjektiven zur Benennung unterschiedlicher linker Strömungen das Präfix „post“ vorschalten zu müssen: post-sozialdemokratisch, post-leninistisch, post-autonom etc. pp., darin eingewickelt natürlich, was mit diesem Präfix je verbunden ist, materiell und ideell.
- b.) Einer mit diesem Transit verbundenen, lange nicht mehr (noch nie?) gekannten Bereitschaft zur Kooperation und Kommunikation nicht nur zwischen diesen Strömungen, sondern zwischen allem, worin sie sich ausdifferenzieren: Handlungsräumen und -optionen, Modi ihrer Reflexion, national wie international auszuspielenden Strategien, strategischen Bündnissen, politischen Konzepten und möglichen alternativen Projekten.
- c.) Der damit verbundenen Notwendigkeit der Erfindung von organisierten Formen der derart in ihrer Unumgänglichkeit anerkannten Kooperation und Kommunikation - um die ersten Ansätze zu nennen: z.T. global koordinierte, ggf. selbst transnationale Demonstrationen und Großzusammenkünfte der „Bewegung der Bewegungen“, die Instituierung von Sozialforen auf allen Ebenen des politischen Handelns, Herausbildung von Organisationen neuen Typs, die sich direkt um Kooperation und Kommunikation bemühen bzw. darin sogar ihren Existenzgrund haben.
- d.) Die Herausbildung erster Formationen dieser Linken des 21. Jahrhunderts auf der Ebene des Staatshandelns, der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Außerhalb Lateinamerikas heißt das: die Herausbildung von zugleich postsozialdemokratisch-postleninistischen Parteien, auf Staatshandeln sich ausrichtend und

*Anmerkung. Diese strategische Option, in sich selbstverständlich landestypisch enorm ausdifferenziert, befand sich vor der Manifestation der Krise selbst schon in ihrer eigenen Krise, so sehr, dass vielerorts sogar ein Ende ihres „Zyklus“ für wahrscheinlich gehalten wurde, bei aller Relativierung des Konzepts des Zyklus selbst. Hinzu tritt, dass sie selbst während ihrer Höhepunkte – „Genua“ – an dem Manko litt, dem eigenen Anspruch einer „Bewegung der Bewegungen“ nicht wirklich zu entsprechen, v.a. was die gesellschaftliche Verankerung der Option außerhalb der sowieso schon aktivistischen Milieus anging.*

Mein Vorschlag ist trotzdem, an dieser strategischen Option festzuhalten, ich sehe keine andere. Das bedeutet zunächst, sich noch einmal zu vergegenwärtigen, worum's überhaupt geht. Dies will ich im Folgenden knapp halten: die Generalisierung der Phantasie der Leser/innen überlassen. Was heißt „knapp“?

- a.) Ich beschränke mich auf das Beispiel Italien.
- b.) Ich lasse der Generalisierungsmöglichkeit wegen das unvergleichliche Spezifikum der italienischen Situation unberührt - das knapp, doch wiederholt und insofern stabil nach rechts entschiedene Patt zwischen einer breiten Linken und einer breiten Rechten, das sich genau besehen so nirgendwo anders findet. Mich interessiert also wirklich nur das spekulativ Übertragbare.

*Unumgänglicher Rückblick, wiederum stark verdichtet:* das Ereignis des Mai 1968 war nirgendwo mächtiger als in Italien, und es schuf eine unvergleichlich starke, damals schon postleninistische Parteilinke (PCI), und eine ebenfalls unvergleichlich starke Bewegungslinke (*Autonomia*), beide solide gesellschaftlich angekernt. 1977 gab es, unter dem Schatten des Beispiels Chile, zwei Optionen: den „Historischen Kompromiss“, die Anerkennung und Aufnahme der PCI durch den bzw. in den herrschenden Block um den

Preis der Zerschlagung der *Autonomia* gerade mittels der PCI, einerseits, und ein Bündnis von PCI und *Autonomia* andererseits, angelegt in einer schnell um sich greifenden Kommunikation ihrer aktivistischen Basen. Die PCI entschied sich für die erste Option, die *Autonomia* ratifizierte das durch eine selbstmörderische Militarisierung, Sieger war der Staat, der die PCI trotzdem zu distanzieren vermochte und die *Autonomia* gnadenlos zerschlug (abgesegnet durch PCI-Richter).

*Die Situation, großer Sprung nach vorn, um Genua herum:* Neuformierung einer postleninistischen Parteilinken in der *Partito Rifondazione Comunista* (PRC), Neuformierung einer *Autonomia*, beide eingebettet in die im internationalen Vergleich in die stärkste und schönste „Bewegung der Bewegungen“. *Forcierte Ausbildung eines beide verbindenden Kaders*, seitens der PRC neben Einzelpersonen aus der Führungsebene vor allem in der Jugendorganisation, seitens der *Autonomia* um die Redaktion der Zeitschrift *DeriveApprodi*, mit stabilen Kontakten auch in andere Segmente (COBAS, die post-trotzkistischen Flügel der PRC).

*Schließlich ein Entweder-Oder:* Gesteigertes Interesse an Regierungsbeteiligung der PRC unter der Bedingung eines allein so möglichen Sturzes/einer nur so möglichen Verhinderung Berlusconis, angesichts obendrein einer Situation, dass ein über lange Zeit auf hohem Niveau anhaltender, langsam ermüdender Straßenaktivismus keine messbaren Resultate erbracht hatte; Vorbereitung einer landesweiten, den postfordistischen (Re-)Produktionsbedingungen angepassten Kampagne „militanter Untersuchung“ mit dem Ziel einer effektiv *gemeinsamen* Organisation der *Autonomia* und der PRC-Jugend, d.h. einer Konsolidierung und endgültigen Durchsetzung der bereits erreichten Durchmischung. Der Rest ist bekannt: Bertinotti setzt, auch unter dem Druck von Erpressungsmanövern von rechts, die erste Option durch – um den Preis der gezielten Zerschlagung der zweiten Option, inkl. formeller Parteiausschlüsse. Die so erkaufte Regierungsbeteiligung wird zum Desaster, dass dann auch in der Abkehr des eigenen Milieus von der Partei

ratifiziert wird. In der *Autonomia* verliert die *DeriveApprodi*-Strömung massiv an Einfluss, es folgt eine ultralinke Verhärtung.

Jetzt: Erstmals in ihrer Geschichte ist die radikale Parteilinke nicht mehr im Parlament vertreten. Die PRC ist in fünf (!) Nachfolgeorganisationen zerfallen, von denen keine das Format und, wichtiger und dem voraus, die subjektiven Kapazitäten der alten PRC hat. Die *Autonomia* ist auf den Status einer in sich verschlossenen ultralinken Szene zurückgefallen, der *DeriveApprodi*-Kreis nur noch ein Intellektuellenzirkel. Aber: die „Bewegung der Bewegungen“ ist nach wie vor zu Demonstrationen in der Lage, deren Umfang und Intensität unvergleichlich sind. Berlusconi und die Rechte regieren trotzdem unangefochten.

*Zentral: Keine linke Formation kann bis jetzt in irgendeiner Weise von der Krise profitieren, trotz wiederholter Fähigkeit, wie eben schon gesagt, zur Massenmobilisierung.*

*Was lernt wir daraus?* Verzichten wir auf müßige Verrats-Nostalgien, zeigt sich, dass der zentrale Punkt der Linken des 21. Jahrhunderts im europäischen Raum, die produktive Kooperation und Kommunikation einer parlamentarischen Staats- und Parteilinken mit einer staatsfernen oder gegenstaatlichen außerparlamentarischen Linken, *dann*, wenn's wirklich ernst wird, so prekär und nahezu unmöglich scheint wie eh und je. Das ist relevant auch und gerade für andere Konstellationen, von der NPA in Frankreich bis zur Partei DIE LINKE in Deutschland.

Hält man dieses Fiasko unter den gegebenen, strukturell vergleichbaren Verhältnissen für generalisierbar und unvermeidlich, *und hält man gleichwohl* an der Option selbst fest – was heißt das dann?

Wie gestaltet sich die Notwendigkeit der strategischen Herausbildung eines gemeinsamen, die Kooperation und Kommunikation organisierenden Kaders?

Muss man nicht jetzt schon eine „Phase 2“ denken, d.h. jetzt schon denken, was zu tun bleibt, wenn die LINKE in einer rot-rot-

grünen Koalition (sollte es je zu der kommen) ebenfalls alles versiebt?

Und das besonders unter Krisenbedingungen?

Wie bereitet man jetzt schon eine Nachfolgekonstellation vor?

ODER: Ist das Fiasko vermeidbar und wenn ja, wie?

Wie kann man eine Partei denken und verankern, die im Staat kaum anders handelt als die PRC unter Prodi, und die trotzdem...ja, was und wie?

*Ehrlich gesagt: ich weiß es nicht und glaube trotzdem, dass das möglich sein kann und muss.*

Antworten finden sich vielleicht im Bezug auf die Ereignishaftigkeit der Obama-Perspektive, d.h. die Möglichkeit der Herausbildung einer neuen Kapitalismusformation mit dem Potenzial eines unvorhersehbar Anderem, das damit einhergeht.

Und: Nimmt man zur Kenntnis, dass einerseits die LINKE mit allem, was sie vor-

zubringen hat, bisher keinen Stich zu machen wusste – die Leute selbst scheinen zu wissen, dass es „das“ nicht ist – *und nimmt man zugleich zur Kenntnis, dass sich etwas öffnet*, wenn an ein und dem selben Tag erst im ZDF, dann in der ARD in den Nachrichten zur Hauptsendezeit mit großer Selbstverständlichkeit verkündet wird, *dass* in Thailand eine „soziale Revolution“ (ZDF) bzw. „der Klassenkampf“ (ARD) stattfindet (mit langen Filmsequenzen über die in die Polizeireihen brausenden, unbesetzten, doch auf Konfrontationskurs ausgerichteten Busse), dann ist zu erinnern, dass es *noch was anderes gibt* als Spekulationen auf parlamentarische Repräsentanz und etwaige Regierungsbeteiligungen.

Hier liegt die Verantwortung der radikalen Bewegungslinken – konkret: wenigstens in kommunikationsfähiger Symbolik deutlich zu machen, dass es die Straßen gibt und also „unerhörte Versammlungen auf den öffentlichen Plätzen“ (Breton) geben kann...

Wie gesagt: Spekulationen ohne unstrittige Evidenz. Bisher.

**Walter Baier**

## **Krise ohne Linksentwicklung**

Ich nehme an, dass es der Debatte nicht hilft, wenn ich in meinem Text, das gängige Repertoire linker, marxistischer Interpretationen der Krise und der sich daraus ergebenden, Alternativen wiederhole. Die Frage lautet doch: Wenn die Krise unsere Theorie über den Charakter des Kapitalismus bestätigt und unsere Vorschläge so plausibel sind, dass sie nicht nur uns einleuchten, warum drückt sich das nicht in einer politischen Linksentwicklung in Europa aus? Warum trifft zurzeit eher das Gegenteil zu, oder anders gesagt, warum bildet sich zu einer Zeit einer, wie es heißt, Krise der neoliberalen Hegemonie, keine neue, sozialistische Hegemonie heraus?

Ein Aspekt ist sicher, dass man in Deutschland – ebenso wie in Österreich – zurzeit eine Art Latenzperiode der Krise erlebt. Die Krise ist angekommen, das beweisen die relevanten wirtschaftlichen Kennzahlen. Auch die in Umfragen erhobene öffentliche Meinung hat sich in Richtung Pessimismus gedreht, aber die sozialen Konsequenzen der Weltwirtschaftskrise sind noch nicht in ihrer Breite und Dramatik fühlbar. Herrschende und Beherrschte können sich der Hoffnung hingeben, dass das Unwetter sich verziehen wird, und dass, mit einigen Einschränkungen vielleicht, und nach einiger Zeit, alles wieder seinen gewohnten Gang gehen werde. Im Herbst, wenn es zu den erwarteten Massenkündigungen tatsächlich kommen wird, die auch auf Klein- und Mittelbetriebe und die Kommunen drastische Auswirkungen haben werden, wird alles anders ausschauen.

Der Sprecher der „Österreichischen Armutskonferenz“, Martin Schenk, prognostiziert ein Ansteigen der manifesten Armut um 25 Prozent für Herbst. Im Winter wären dann in Österreich 1 Million Menschen offiziell „arm“, was Delogierung, Strom- und Gasabschaltung, Ausschluss von medialen und kulturellen Angeboten für viele Menschen nach sich ziehen wird. Schon

an dieser Stelle sei vermerkt, dass diese Armut mehrheitlich weiblich ist, und in zunehmendem Maße Kinder betrifft.

Über den Ernst der Lage scheint unter linken ÖkonomInnen, SozialwissenschaftlerInnen und politischen AktivistInnen Übereinstimmung zu bestehen. Doch sind wir uns in ausreichendem Maß über die Auswirkungen in sozialer, politischer und kultureller Hinsicht im Klaren. Ermessen wir bereits, vor welche Aufgaben die Linke gestellt wird?

Wir stehen möglicher Weise vor politischen und lebensgeschichtlichen Einschnitten. Daher schadet es nicht, wenn wir uns eingestehen, dass wir eine Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen nur aus den Geschichtsbüchern kennen.

So geht es aber den meisten Menschen, den Angehörigen der Eliten eingeschlossen. Weder Deutschland noch Österreich sind auf eine Situation der Massenarbeitslosigkeit und des Massenelends sozial und psychologisch vorbereitet. In politischer Hinsicht stellt sich vor allem die Frage, wie der „Mittelstand“, wozu ich die „Arbeiterklasse“, rechne, jedenfalls in der Form, in der sie die (österreichischen?) Gewerkschaften und die politische Linke hauptsächlich adressieren, reagieren wird?

Was ich aus meiner Heimat, Österreich, berichten kann, gibt nicht zu großem Optimismus Anlass. Hier geht die einheimische, männliche Arbeiterklasse nach rechts. Bereits seit den letzten Wahlen bildet der Rechtsextremismus einen Block, der den Konservativen und Sozialdemokraten im Parlament auf Augenhöhe gegenüber steht, und bei Regionalwahlen in Kärnten dieses Jahr, ein paar Wochen nach Jörg Haiders geheimnisumwitterten Unfalltod, wählten 55 Prozent der männlichen Arbeiter unter 25 Jahren eine der beiden rechtsextremen Parteien. Das politische Szenario einer relativen Mehrheit dieser Parteien im österreichischen Par-

lament nimmt somit konkrete Formen an. Doch diese Einschätzung betrifft die Situation, wie sie sich vor der Krise dargestellt hat.

Obwohl leicht fällt, Überschneidungen der FPÖ mit dem organisierten Neonazismus nachzuweisen, weigert man sich aus politischen und historischen Gründen auf dieses Phänomen die Begriffe „Faschismus“ oder „Faschisierung“ anzuwenden. Festzustellen aber, dass heutiger Rechtsextremismus nicht im historischen Kostüm der 20er- und 30er-Jahre daher kommt, ist leider nicht nur wahr sondern auch trivial. Müssen wir uns – in Österreich, versteht sich – nicht vor allem die Frage vorlegen, welche Potentiale in unserer Gesellschaft existieren, die eine Wiederholung der Geschichte ermöglichen – und zwar keineswegs als Farce, sondern durchaus als Tragödie?

Die sadistisch ausländerfeindlichen Kampagnen der österreichischen Rechtsextremisten, und mehr noch ihre wahlpolitische Attraktivität, erhellen, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der das autoritäre Potential neuerlich zu einer kritischen Masse anwachsen kann, in dem es in Aggression gegen ethnische, religiöse, soziale und politische Minderheiten umschlägt. Trifft dieser Befund nur auf Österreich zu?

Man sagt im Allgemeinen, dass der Vormarsch der Rechten das Fehlen einer glaubwürdigen politischen Alternative auf Seiten der Linken reflektiert. Für Frankreich und Italien, wo soziale Bewegungen sich gegen die Krise formieren, aber die politische Linke nach missglückten Regierungsbeteiligungen sich in Auflösung und Fragmentierung befindet, mag das zutreffen.

Doch wie verhält es sich im deutschsprachigen Europa? In Österreich etwa liegt das Problem nicht ausschließlich auf der politischen Ebene. Hier lässt sich umgekehrt behaupten, dass der Versuch, Elemente einer neuen, sozialistischen Hegemonie zu Stande zu bringen, vor allem auch an tief in die Alltagskultur eingedrungenen neoliberalen Wertorientierungen scheitert. Mag also sein, dass der Neoliberalismus sich als Wirtschaftspolitik in der gegenwärtigen Krise der Weltwirtschaft

blamiert; als im Alltag wirksame Weltanschauung ist er weder praktisch noch theoretisch überwunden.

Walter Benjamin charakterisierte die faschistischen Bewegungen der 30er-Jahre als eine Rebellion auf der Basis des Privateigentums. Wir kennen die Resultate. Kann sein, dass der Rechtsextremismus – zumindest unter den jungen, unterprivilegierten Männern – ebenfalls als eine Rebellion zu deuten ist, gegenüber einer prekär und unüberschaubaren Wirklichkeit, jedoch auf der Basis der durch den Neoliberalismus strukturierten Alltagskultur.

Wenn dieser Befund zuträfe, was würde daraus folgen?

Selbstverständlich stimmt, dass auch ohne Wirtschaftskrise, der Rechtsextremismus nicht verschwinden würde, jedoch er wäre ein überschaubares Problem. Stimmt also auch in diesem Fall Bill Clintons Satz, „It's the economy, stupid!“? ATTAC, Rosa-Luxemburg-Stiftung, transform! und viele andere Initiativen haben den Raum für kritische Debatten der wirtschaftlichen Lage weit geöffnet.

Dabei stellt sich heraus, dass mittelfristige Prognosen schwer möglich sind. Dies illustriert aus anderer Perspektive auch der widersprüchliche Befund, den Barry Eichengreen und Kevin H. O'Rourke in ihrem Aufsatz, „A Tale of Two Depressions“ erstellen. Einerseits beweise der Vergleich charakteristischer Indices (Aktienkurse, Industrieproduktion, Welthandel) der letzten Monate mit denen von 1929, dass wir uns auf einem Entwicklungspfad bewegen, der dem der großen Krise Anfang entspricht. Oder schlimmer noch: „The ‚Great Recession‘ label may turn out to be too optimistic.“

Andererseits aber zeigten die Zinspolitiken der Zentralbanken und der Geldmengenerweiterung, dass sich die politischen Reaktionen in den beiden Krisen doch deutlich unterscheiden. Damit ist nicht gesagt, dass die heutigen politischen Antworten ausreichend oder nur adäquat wären. Im Gegenteil. Die von linken Ökonomen aufgezeigten Alternativen – Umkehr des Umverteilungsprozesses der letzten drei Jahrzehnte, Koordinierte europäische



Konjunkturprogramme, Abkoppelung der Pensionsfinanzierung von den Kapitalmärkten, Mindestsätze der Kapital- und Gewinnbesteuerung in Europa, Transaktionssteuern, öffentliche Beschäftigungssektoren usw. – verdeutlichen die Defizite, insbesondere der europäischen Regierungen. Was Eichengreens und P'Rourke's Argument aber auch, und quasi nebenbei zeigt, ist, dass es dafür Potential gäbe, wenn der politische Wille bestünde. Dass also vor allem ein Politikwechsel erforderlich ist.

Doch gibt es auch eine andere Perspektive.

Vor wenigen Tagen waren die österreichischen Medien von nationaler Euphorie geradezu ergriffen, weil das Management eines transnationalen Konzerns 80 Prozent seiner einheimischen Belegschaft von der Notwendigkeit eines freiwilligen Lohnverzicht überzeugen konnte. Im Zeichen der Krise, versteht sich. Realistischer aber als anzunehmen, dass auf diese Weise Arbeitsplätze gesichert würden, ist dass die Kriegskassa des Konzerns für eine angepeilte Übernahmeschlacht um den Opel-Konzern aufgefüllt wird.

Die Episode verdeutlicht, dass die Krise nicht nur ein Feld ist, auf dem ExpertInnen unterschiedliche Interpretationen und wirtschaftspolitische Konzepte streiten, sondern vor allem eine Auseinandersetzung darstellt, die darum geführt wird, wer die Kosten der unaufschiebbar gewordenen Bewältigung struktureller Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft zu tragen hat. Mit einem aus der Mode gekommenen Begriff könnte man sagen, dass die Krise Feld und Form eines Klassenkampfes ist. Das Motto der Demonstrationen, die am 28. März auf Grund eines Aufrufes des Welt Sozialforums stattfanden, „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ verdeutlichte das sehr gut.

„Klassenkampf“ handelt von der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der Lebenschancen und der Macht zwischen großen Gruppen in der Gesellschaft. Darum geht es in der Krise. Die Linke sollte nicht zögern, sich an diejenigen zu wenden, die bedroht sind, ausgeplündert zu werden. Sie sollte sie dabei nicht nur als

Opfer ansprechen, sondern auch als diejenigen, die aufgrund ihrer Zahl und Stellung in der Gesellschaft den Anspruch auf entsprechende Teilhabe am Reichtum und der Gestaltung des gesellschaftlichen Ganzen stellen können. Das verstehe ich darunter, die Frage der Hegemonie zu stellen.

Heißt das nun, dass in der Krise die Stunde der Fundamentalisten schlägt? Muss man akzeptieren, dass die Antwort auf rechte Demagogen und Hetzer in linkem Populismus und Kampfrhetorik bestünde?

Vielleicht hilft bei der Beantwortung der Frage sich daran zu erinnern, dass es der Fundamentalismus war, mit dem die kommunistische Internationale auf die Krise der 20er Jahre reagierte, und sich für ihre eigene Niederlage gegen den Faschismus mitverantwortlich machte. Im hellen Moment des VII. Weltkongresses nahm die Kommunistische Internationale eine Wendung in Richtung Realpolitik und Verteidigung der bedrohten Demokratien vor, die man auch als eine adäquate, für Deutschland allerdings zu späte, Reaktion auf die Krise verstehen kann.

Doch auch der multidimensionale, komplexe Charakter der globalen Krise, an deren Anfang wir stehen, schließt eindimensionale, fundamentalistische Konzepte in einer rational geführten Debatte aus. Diejenigen, die meinen, den archimedische Punkt gefunden zu haben, von dem ausgehend die Krise sich umfassend interpretieren ließe, und sich auch überwunden werden könnte, täuschen sich leider.

Die Einsicht, dass wir es zur Zeit nicht allein mit einer Wirtschafts- und Finanzkrise zu tun haben, sondern gleichzeitig mit Krisen der Ökosphäre, der internationalen Arbeitsteilung, der Ernährung und der internationalen politischen Ordnung, hat sich in der Linken weitgehend durchgesetzt. Doch die verschiedenen Krisen addieren sich nicht einfach, wie es eine vereinfachende Rhetorik nahelegt, sondern bilden einen Knoten, der nicht mit einem einzigen Hieb durchschlagen werden kann.

Politische Auswege zu finden, erfordert deshalb unterschiedliche Erfahrungen einzubeziehen, und auch die sich daraus er-

gebenden Unterschiede in der politischen Orientierungen zu respektieren, zum Beispiel anzuerkennen, dass die Nahrungsmittelkrise in großen Regionen des Südens als eine Krise der patriarchalen sozialen Strukturen erlebt wird. Auch verweist die Anfälligkeit bestimmter Teile der weißen, einheimischen Arbeiterschaften in den entwickelten kapitalistischen Ländern für rechtsextreme Haltungen nicht zuletzt auf die Krise der Geschlechterverhältnisse, innerhalb derer die prekär werdenden Lebensumstände von jungen Männern als scheinbaren nicht anders als in Aggressionen bewältigbar erlebt werden..

Ähnliches ließe sich hinsichtlich Unhaltbarkeit der Arbeits- und Einkommensaufteilung zwischen dem globalen Norden und dem Süden zeigen, die ins Alltagsbewusstsein weniger über die Tätigkeit wohlmeinender NGOs eindringt, als durch die Anwesenheit einer großen Zahl ImmigrantInnen, die mit Recht ihre Ansprüche auf Gleichheit und Menschenrechte anmelden. So betrachtet müsste es also auch heißen: „It’s the culture!“

Die Botschaft der Krise lautet nicht nur, dass die Mehrheiten der Bevölkerungen sich politisch zur Wehr setzen müssen, wenn sie nicht zu ihren Opfern werden wollen, sondern auch, dass sie sich im Gefolge der Krise, so oder so, auf einschneidende Änderungen ihrer Lebensweise einstellen müssen.

Während die extreme Rechte, irrational und konservativ, glauben machen will, die gegenwärtige Produktions- Konsumtions-

und Lebensweisen ließen sich mit Gewalt zulasten von Minderheiten im Inneren und nach außen gegen die Mehrheit der Weltbevölkerung, aufrecht erhalten, muss die Linke die Gegenwehr mit der politischen, kulturellen und psychologischen Vorbereitung jenes Wandels verbinden, der sich aus den Widersprüchen der heutigen Welt, selbst ergibt. Die Fähigkeit darüber, Konsense zu bilden, macht den wesentlichen Inhalt jener neuen Hegemonie aus, die für ein neues politisches Projekt die Voraussetzung bildet.

Dabei sind die Verläufe und Resultate offen zu denken. Sicher ist aber Eines: dass sie sich nur aus einem demokratischen Diskurs sehr unterschiedlicher Ansprüche entwickeln lassen. Diesen zu organisieren, und mit dem Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten nach „unten“ zu verbinden, ist, meines Erachtens die politische Herausforderung, vor der wir stehen. Das Weltsozialforum, das vor wenigen Monaten in Belem stattfand, die von ihm ausgehenden Versuche einer internationalen Vernetzung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, auch auf der europäischen Ebene, stellen Schritte in diese Richtung dar.

Weitere werden folgen. Ob aber unsere Anstrengungen und Fähigkeiten ausreichen?

In jedem Fall hilft Brecht:

„Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein“ (Lob der Dialektik).

Lutz Brangsch

## Die Linken und die Krise im Spiegel der Diskussionen im Netzwerk transform!

### Vorbemerkung

Die durch die HerausgeberInnen aufgeworfene Fragestellung mit Bezug auf eine europäische Linke unterstellt, dass es einen solchen Akteur gäbe. Es ist sicher richtig, dass es eine Europäische Linkspartei gibt und dass viele soziale Bewegungen im Sozialforumsprozess oder NGO's dort und auf anderen Feldern gemeinsam aktiv sind. Eine linke europäische Bewegung ist aber, so denke ich, nicht auszumachen, auch nicht unter den Bedingungen der Krise. Jedenfalls ist sie bisher nicht in Erscheinung getreten. Das ist auch verständlich, wenn man sich vor Augen hält, dass der Ausbruch der Krise die linken Bewegungen in einer Situation traf, in der eine Neuorientierung und Konsolidierung notwendig geworden war. Dies betrifft den Sozialforumsprozess, dies betrifft die Europäische Linkspartei wie auch die linken Bewegungen und Parteien in den einzelnen Ländern.

Dabei sind die linken Bewegungen und Parteien mit einem grundlegenden Problem konfrontiert – es passiert, das, was sie schon immer gesagt haben, und die Vorschläge zur Lösung der Krise können sich dem Wesen der Sache nur in begrenztem Maße von den Forderungen, die sie ansonsten aufstellen, unterscheiden. Es ist richtig, derartige Forderungen zu stellen, weil sie z. T. wenigstens wirklich krisenadäquat sind. Die Aktionen der Oligarchien erscheinen demgegenüber als innovativ und entschlossen: Verstaatlichung ist plötzlich kein Tabu mehr, Konjunkturprogramme sind möglich, das Haushaltsdefizit ist kein Problem, die Investmentbanker, Helden des Neoliberalismus, scheinen bestenfalls noch als Sündenböcke geeignet.

Vor diesem Hintergrund ist die Krise auch eine Krise der Linken. Eine Krise ist nicht in erster Linie Ausdruck von gerade ent-

standenen Widersprüchen im kapitalistischen Reproduktionsprozess, sondern macht ja vor allem über längere Zeit angestaute Widersprüche sichtbar. Sie macht auch die Widersprüche und Probleme innerhalb der linken Bewegungen sichtbar. Dies betrifft Momente, wie etwa die Organisationsfähigkeit, die Sichtbarkeit der Fähigkeit, etwas verändern zu können, Widersprüche in den theoretischen und gesellschaftskonzeptionellen Aussagen. Sie zeugt auch davon, inwieweit Bewegungen in der Lage sind, eine eigene Kultur des Widerstandes zu entwickeln und soziale Lernprozesse zu initiieren. Bisher erwachsen die Veränderungen wenn überhaupt aus Bewegungen an der Basis. Die Proteste in Betrieben in Frankreich sind ein solches Beispiel, das bisher in vielen anderen Ländern keine Entsprechung findet. Der Neoliberalismus hat von Handlungsfähigkeit enteignet - wie also, so die übergreifende Frage in den Diskussionen des transform!-Netzwerks kann man diese Handlungsfähigkeit zurückerlangen?

### Krisendiskussion in transform!

Das Problem besteht nun darin, wie man die richtigen „alten“ Forderungen mit Diskussionen und Projekten verbindet, die als Reaktionen auf eine außerordentliche Situation erkannt werden und tatsächlich an die aktuellen Nöte und Ängste der Menschen ansetzen. Im Netzwerk transform!, in dem sich linke think tanks aus 16 Ländern zusammengeschlossen haben, wird derzeit in diesem Sinne ein intensiver Diskussionsprozess zur Frage von Alternativen zur Krise geführt. Ich möchte daher hier die linken Diskussionen zur Krise an Hand der in transform! geführten Debatten reflektieren. Wichtiger Bezugspunkt ist dabei generell die Frage, wie die linken Bewegungen in Krisendeutung und Krisenbekämpfung die Hegemonie des Neoliberalismus brechen können. Das ist nicht nur

eine Herausforderung bezüglich der Theorie- und Konzeptentwicklung, sondern auch der Umsetzung dieser in Bildungskonzepte und –praxis. In diesen Diskussionen werden einige Schwerpunkte von Alternativen schon sichtbar, es zeigen sich aber mindestens genauso viele offene Fragen.

Zu einem ersten Schwerpunkt. In der Diskussion um die Krise wird oft die Frage gestellt, in welchem Maße die Krise und ihre Tiefe Risiken und Chancen in sich birgt. Auch wenn man erst nach einer Krise weiß, wie tief sie wirklich gewesen ist, lassen sich aus dem Verlauf und dem Handeln der verschiedenen Akteure doch immer Schlussfolgerungen in dieser Hinsicht ableiten. Dies ist auch dringend nötig, da ja das Handeln der Akteure immer wieder die Bedingungen für das eigene Handeln verändern. Derzeit betrifft dies vor allem die Frage nach dem Charakter der Krise und damit eng im Zusammenhang die nach der Intensität der Verflechtungen von Finanz- und Wirtschaftskrise und dieser mit Klima-, Hunger- und anderen Krisenprozessen. Weitgehende Einigkeit besteht darin, dass wir es mit einer Krise zu tun haben, die auf der ökonomischen Ebene die Akkumulationsweise und auf der politischen Ebene die Herrschaftsweise grundlegend verändern wird. Ob sie das Ende des Neoliberalismus oder eine Neukonstituierung, Modifikation neoliberaler Strategien bringen wird ist offen bzw. strittig.

Dies ist trotz der gegebenen Unschärfe keine bloße akademische Diskussion. Hinter den Debatten stehen verschiedene weitergehende Fragen, die z.B. die Bewertung der inneren Potenziale zur Lösung der in der Krise manifesten Widersprüche betreffen. Dahinter steht weiter, wie die Eingriffsmöglichkeiten linker Bewegungen überhaupt eingeschätzt werden können. Die Diskussion nach Tiefe und Wirkungsrichtungen der Krise bedeutet praktisch gleichzeitig eine Analyse und Einschätzung der linken Politik der letzten Jahrzehnte, also der Zeit, in der die Bedingungen für die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise sich entwickelt haben. Wenn die Krise so tief ist, wie vermutet, heißt das aber auch, wie sich die linken Bewegungen

selbst verändern müssen, wenn sie erfolgreich emanzipatorische Ansätze verwirklichen wollen.

Ein zweiter Schwerpunkt stellt darauf ab, dass gerade in Krisenzeiten durch die Verunsicherung viele Menschen Probleme haben, sich in der Gesellschaft zu orientieren, passiver werden und so zu Opfern der Krise werden. Was ist also zu tun, damit Menschen sich eben nicht mit einer Opferrolle zufrieden geben, sondern aktiv in das politische Geschehen trotz der Gefahren der Krise einzugreifen? Die linken Bewegungen sollen sich nicht einfach als Anwalt, als Vertreter der Krisenopfer verstehen. Dies stellt nicht zuletzt auch Anforderungen an die Veränderung der Kultur in den linken Bewegungen. Die Einheit von Wirtschaftlichem, Sozialem und Kulturellem muss nicht nur in den Vorschlägen zur Überwindung der Krise sichtbar sein, sondern auch in der Organisationswirklichkeit der Bewegungen selber. Dies schließt die Frage nach Formen der Solidarität, auch im globalen Rahmen unbedingt mit ein. Unmittelbar naheliegend ist dabei die Frage, wie in den ost- und mitteleuropäischen Beitrittsländern tatsächlich den Konzepten „von oben“ eigene Politikansätze von links entgegengesetzt werden können.

In einem dritten Schwerpunkt will sich das Netzwerk mit der Frage nach der Verteidigung und dem Ausbau der Demokratie als Form der Überwindung der Krise von links und als Schaffung von Bedingungen für einen sozialökologischen Umbau befassen. Egal wie, aber der Staat und die von Staaten geschaffenen internationalen Organisationen werden die entscheidenden Faktoren der Überwindung der Krise sein. Die Aktivitäten der Staaten und der internationalen Organisationen erfordern neue Überlegungen, wie deren Potenziale und auch die von ihnen ausgehenden Probleme zu bewerten sind. Die Rolle dieser Akteure ist widersprüchlich. Im Moment wirken viele staatliche Maßnahmen eher krisenverlängernd. Dies gilt z.B. für das gesamte Feld der Haushaltspolitik. Ein anderes Beispiel ist das Scheitern des Versuches, die Verbriefungsregeln zu verschärfen. Es gilt zu erfassen, was in den Staaten und den Staatsapparaten in den vergangenen Jahren passiert ist und inwie-

weit der Neoliberalismus tatsächlich den Staat verändert hat. Die ohnehin bestehende Tendenz der Unterordnung der Parlamente unter die Exekutive wird so noch verstärkt. Nirgendwo unterliegt die Verwendung der Mittel aus den Konjunkturpaketen einer tatsächlich wirksamen demokratischen Kontrolle – und schon gar nicht auf internationaler Ebene. Spezifik des Handelns ist dabei bisher, dass sehr intensiv versucht wird, soziale Verwerfungen zu vermeiden. Gleichzeitig bleiben in der EU alle Dogmen der Lissabon-Strategie in Kraft, was die Spielräume für eine wirkungsvolle Überwindung der Krise vermindert. Diese Auseinandersetzung mit der Staatsfrage ist auch deshalb wichtig, weil immer wieder die Staatsintervention mit der Betonung eines schnellen Rückzugs des Staates „nach“ der Krise verbunden wird. Verstaatlichung und Deprivatisierung gerinnen so zu einer gigantischen Umverteilung – welche Strategien sind hier nötig? Mit der Verstaatlichung von Banken und vielleicht auch bald weiteren Unternehmen kommt es zudem zu einer intensiveren Verschmelzung von Staat und Unternehmertum. Es wird vermutet, dass sich vor diesem Hintergrund wachsende Repression und das Anheizen der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen als Krisenbewältigungsstrategien Gewicht gewinnen könnten.

Unmittelbar damit verbunden ist ein vierter Schwerpunkt. Die Frage, das und wie in der Krise Beschäftigung gesichert wird, entwickelt sich zu einer zentralen Machtfrage. Bisher ist die Befriedung möglicher Konfliktpotenziale in den einzelnen Ländern wie auch auf der Ebene der EU eine zentrale Angelegenheit. Dies vor allem deshalb, um das Monopol bei der Bestimmung der Krisenlösungsrichtungen behalten zu können. Es soll vor allem gesichert werden, dass bei Abmilderung der Rezes-

sion der schnelle Rückzug des Staates und damit die Privatisierung der in die Stützung von Unternehmen geflossenen Mittel möglichst ohne Widerstand vonstatten gehen können. Die große Herausforderung besteht für die linken Bewegungen darin, dass vor diesem Hintergrund die Sicherung von Arbeitsplätzen mit der Schaffung von Bedingungen für ein Umsteuern des Wirtschaftens auch unter ökosozialen Gesichtspunkten zu schaffen. Mit den Konzepten eines Green New Deal (die bundesdeutschen Grünen bieten mit ihren Vorstellungen nur eine Variante) sind Vorstellungen gesetzt, die in erster Linie auf eine Rekonstruktion kapitalistischer Macht- und Marktverhältnisse orientiert sind. Dem müssen Konzepte entgegengesetzt werden, die die Durchsetzung von Formen solidarischen Wirtschaftens, die gleichzeitig die Sicherung von Beschäftigung, den Umbau der Wirtschaftsstrukturen und den Zugang zu einem ökologischen und sozialen Umbau zum Inhalt haben. Aktuell ist dabei auch zu diskutieren, was ein vergesellschafteter Finanzsektor sein kann. Die damit verbundene Frage der demokratischen Beherrschung von Abbau- und Investitionsprozessen ist angesichts der offensichtlichen Überakkumulation in solchen zentralen Bereichen wie der Autoindustrie, Chemie und offensichtlich auch Stahl keine einfache Frage.

In der hier gebotenen Kürze konnten nicht alle Facetten der Diskussion, wie sie derzeit in den Ländern, in denen transform! präsent ist, eingefangen werden. Einen breiteren Überblick gibt die aktuelle Ausgabe 04/2009 der Zeitschrift „transform! European Journal for Alternative Thinking and Political Dialog“. Die nächste Ausgabe, die im Herbst 2009 erscheinen wird, wird sich mit den sozialen und politischen Konsequenzen der Krise befassen.

**Mona Bricke**

## **Die Linken und die Klimakrise: Eine Frage der Gerechtigkeit**

Der Schlüssel zum Verständnis der Krisen in denen wir uns im Moment befinden und in denen es gilt, für die Linke wieder handlungsfähig zu werden, ist der altbekannte Begriff der Gerechtigkeit. Die Erkenntnis, der wir uns dabei nicht länger verschließen können ist, dass es sinnvolle Antworten auf diese Krisen, wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische, ohne die Forderung nach Klimagerechtigkeit, und das heißt auch: ohne eine Abkehr vom Wachstumsfetisch der Moderne in den Industrie- und Schwellenländern nicht geben kann.

Klimagerechtigkeit ist ein im deutschsprachigen Raum bisher nur von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen benutzter Begriff, der aus Nordamerika übernommen wurde, wo der Ruf nach „climate justice“ schon seit einigen Jahren Bestandteil von Kämpfen vor allem der Schwarzen- und Latinobewegungen ist. Klimagerechtigkeit wird aber auch gefordert von sozialen Bewegungen im globalen Süden, vor allem in Ländern, wo jetzt schon die katastrophalen Folgen des Klimawandels spürbar werden, hauptsächlich für die Armen, und dort wiederum vor allem für Frauen und Kinder, die am härtesten von Überschwemmungen, Dürren und durch den Boom der so genannten „biofuels“, nachwachsender Rohstoffe, die zur Treibstoffproduktion dienen, und der daraus resultierenden Landvertreibungen, leiden.

Ein Herzstück der Diskurse um Gerechtigkeit ist die bereits von der Frauenbewegung stark gemachte Überlegung, dass Gerechtigkeit sowohl Umverteilung als auch Anerkennung von anderen Arten zu denken, zu wirtschaften und zu handeln einfordert, Anerkennung von Formen von Arbeit jenseits der Lohnarbeit und der Sorge um sich und um die Welt und die Menschen um uns herum („caring“). An dieser Überlegung orientieren sich im Kampf um Klimagerechtigkeit besonders

die Indigenenbewegungen mit ihren Forderungen nach sorgsamem Umgang mit dem Ökosystem und den zur Verfügung stehenden endlichen Ressourcen. Beim diesjährigen Weltsozialforum in der Amazonasstadt Belém, bezeichnete die Weltversammlung der Indigenen die momentanen Krisen als Folge einer seit 500 Jahren andauernde Zivilisationskrise. Sie stellen also die Systemfrage auf eine ganz eigene Weise: Um Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit zu erlangen, so ihre Argumentation, müsse die tödliche Logik der kapitalistischen Moderne überwunden werden, in der es seit 500 Jahren um Ausbeutung durch Eroberung immer neuer Räume geht: Ausbeutung von Ressourcen, von Menschen und von Naturräumen. Im Moment sehen sie mit der Agrarindustrie, die sich gerade auf die Erschließung neuer Flächen für nachwachsende Rohstoffe konzentriert, eine weitere Welle neoliberaler Kolonialisierung auf sich zurollen. Nicht von ungefähr, denn die gesteigerte Nachfrage nach „biofuels“, oder akkurater Agrotreibstoffen, ist zu 70 Prozent für den Anstieg der Lebensmittelpreise in den letzten Jahren zuständig, und damit auch Hauptauslöser für die infolge dessen ausbrechenden Hungerkrisen.

Anerkennende, transformative Gerechtigkeit erfordert die Anerkennung des/der „anderen“, auch dies eine Überlegung, die auf feministischem Boden gewachsen ist. Im Rahmen des Klimaregimes, das durch die UN-Klimaverhandlungen vorangetrieben wird, ist diese Form von Gerechtigkeit aber nicht zu erreichen. Denn beim im Dezember anstehenden Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls wird hauptsächlich auf „marktbasierte“ Lösungsansätze gesetzt, weil nur sie dem „common sense“ der nach wie vor neoliberal geprägten Marktlogik folgen. Das Primat der Ökonomie steht, trotz aller anders lautenden

Beteuerungen, jederzeit über der Dringlichkeit der ökologischen Krise. Mit dem so genannten Clean Development Mechanism, durch den Industriestaaten sich durch die Unterstützung von CO<sub>2</sub>-reduzierenden Projekten im globalen Süden von ihren eigenen unter dem Kiotoprotokoll vorgeschriebenen (und sowieso lächerlich zu kurz greifenden) Reduktionszielen freikaufen können, werden Lebensräume von Menschen und deren Lebensgrundlagen neoliberal kolonisiert. Produktives Vermögen und Ressourcen der anderen werden kostenlos oder kostengünstig angeeignet und ihre Fähigkeiten entwertet. Anerkennung des anderen ist in diesem Kontext nicht möglich. Transformative Gerechtigkeit sähe anders aus: sie müsste zum Beispiel beinhalten, dass diejenigen über Land und Wald verfügen können, die ihn als Lebensgrundlage und für ihren Lebensunterhalt brauchen und nachhaltig nutzen.

Wie stehen aber nun die Krisen mit der Forderung nach Klimagerechtigkeit in Verbindung? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir einen Blick zurück auf den Aufstieg der euro-atlantischen Industriekultur werfen. Denn dieser verdankt sich weitgehend dem Zugriff auf fossile und biotische Rohstoffe aus den (Ex-)kolonien. Dies gilt auch im 20./21. Jahrhundert noch: Europa nutzte 2002 Land in Größe eines Fünftels seiner Binnenagrarfläche außerhalb seiner Grenzen, vor allem in Südländern und diese Tendenz nimmt zu. Der Weg der ständigen Kolonisierung von Land, von Ressourcen und auch von Körpern ist aber ein nicht wiederholbarer Sonderweg, wie sich z. B. in Indien und Brasilien zeigt, wo Teile des eigenen Landes die Funktion von Kolonien übernehmen. Die Imagination aufsteigender Nationen ist vom euro-atlantischen Zivilisationsbild geprägt, aber die Mittel zur Realisierung des Aufstiegs stehen nicht mehr zur Verfügung. Vor allem sind diese Mittel aber außerordentlich ungerecht verteilt. Das lässt sich daran anschaulich machen, dass der „ökologischen Fußabdruck“, berechnet in globalen Hektar pro Person, zwischen 1975 und 2003 in den Industrieländern um 23,4 Prozent zunahm, in den Schwellenländern, die gerade in dieser

Zeit rasant „nachholende Entwicklung“ betrieben, um 39,6 Prozent zulegen, in den armen Ländern aber um 0,75 Prozent abnahm. Die Faktoren, die dabei besonders zur Vergrößerung des ökologischen Fußabdrucks beigetragen haben, waren das Anwachsen des Fleischverbrauchs, der Besitz von Elektrogeräten und die Zahl der Autos.

Wir stehen weltweit vor einem massiven Dilemma: Der erfolgreiche Ausstieg aus Unterentwicklung und Unterordnung führt beim herrschenden Entwicklungsmodell zur ökologischen Raubökonomie. Die Nutzung von Wald und Wasser, Acker- und Weideland ist aber unverzichtbare Grundlage menschlicher Existenz, ebenso wie eine gewisse Nutzung von Kohle, Öl und Gas zur Grundausstattung jeder Volkswirtschaft gehört. Sonst sind weder Transport noch Maschinen, Bewässerungssysteme oder Umwandlungstechnologien für erneuerbare Energieträger zu haben. Weil Land und Energie unerlässlich zur Ernährung und Güterherstellung sind, läuft bei einem begrenzten Umweltraum die ungleiche Aneignung der Naturressourcen auf einen Entzug von Überlebensmitteln für arme Länder hinaus. Ressourcenübernutzung der einen vertieft die Unterentwicklung der anderen. Die Armen werden ihrer Ressourcen beraubt, damit die Reichen über ihre Verhältnisse leben können.

Ohne einen Rückbau der Ressourcenansprüche bei den Reichen kann es niemals ein ausgeglichenes globales Zusammenleben geben. Für globale Gerechtigkeit eintreten heißt demnach, das Wohlstandsmodell der Moderne abzuschaffen und durch ein neues zu ersetzen, denn ökologisch-soziale Gerechtigkeit bzw. Klimagerechtigkeit sind auf dem Verbrauchsniveau der Industrieländer nicht zu erreichen. Nur wenige sind bisher bereit, sich den Konsequenzen, die sich daraus auch für die Linke und ihre Vorstellungen von Auswegen aus der Krise ergeben, zu stellen.

Ein Hauptgrund, warum die Linke in Deutschland nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm ohne wirkliche Antworten dastanden, war, dass sie die Klima- und Bio-krise in ihrer Brisanz und Zentralität schlicht verschlafen hatten: Die Bundesre-

gierung konnte sich über das Klimathema auf dem Gipfel Legitimität verschaffen, und nur die Umweltorganisationen hatten dazu etwas zu sagen, zu größeren Teilen handelte es sich dabei aber eben nicht um grundlegend linke Kritik an einer Klimapolitik die sich wenig später als reine PR-Masche herausstellen sollte. Es ging dabei um Appelle und Verbesserungsvorschläge in der irrigen Hoffnung, Deutschland werde die klimapolitische Vorreiterrolle innerhalb der EU einnehmen, und die EU wiederum bei den UN-Klimaverhandlungen. Inzwischen haben auch viele NGOs eingesehen, dass dies ein Trugschluss war. Die Linke jedoch hat bisher nur sehr vereinzelt Stellung bezogen.

Immerhin, langsam macht sich auch in der Linken die Vorstellung breit, dass die Krisen, bei aller berechtigten Angst, die sich breit macht, auch eine Chance bieten: die Chance, einen ökologisch- sozialen Umbau hin zu einer solidarischen Welt anzustoßen. Die große Herausforderung besteht nun darin, das heiße Eisen anzufassen, an das sich die Regierung wohlweislich nicht herantraut: Wie soll uns, gerade in diesem Land, das wohl wie kein anderes am Tropf der Autoindustrie und des Warenexportes hängt, ein sozial-ökologischer Umbau gelingen, der den Rückbau der Industrieproduktion und eine Umkehr des ökonomischen Wachstums, eine Schrumpfungsökonomie also, voraussetzt? Wie soll die Linke dies den Beschäftigten von Opel und anderen Autoherstellern nahe bringen, wie mit den Gewerkschaften verhandeln, deren Interessen sich am Erhalt von Arbeitsplätzen orientieren? Was Not täte, wäre z. B. eine sozial-ökologische Konversion der Autoproduktion, also der Bau von Fahrzeugen für den öffentlichen Verkehr, statt für den Privatverkehr. Gleichzeitig ginge aber an radikaler Arbeitszeitverkürzung kein Weg vorbei und die ist wiederum nicht machbar ohne bedingungsloses Grundeinkommen. Wir bräuchten neue Konzepte von Mobilität, die allen gleichermaßen zur Verfügung stehen müsste, undenkbar ohne kostenlosen öffentlichen Nahverkehr. Dieses eine Beispiel zeigt schon, dass der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft nur gelingen kann, wenn tatsächlich das

gesamte kapitalistische System in Frage gestellt wird.

Es gibt, vor allem in Großbritannien, bereits Bemühungen von Gewerkschafts- und KlimaaktivistInnenseite mit Ansätzen wie „Green Unionism“ und dem Ruf nach „Just Transition“ (für die beteiligten Lohnarbeiterinnen gerechter Konversion von z. B. Autoproduktion zu umweltfreundlicher Produktion) der Schwere des Klima- und Umweltproblems gerecht zu werden. Eine Verbindung zwischen diesen Polen ist in Deutschland jedoch bisher noch Zukunftsmusik.

Wir müssen als Linke aber auch den angeblichen Verheißungen des „Green New Deal“ die Stirn bieten, der im Moment zwar in Deutschland fast nur von den Grünen propagiert wird, aber in den vor allem in den USA unter Obama und in Großbritannien große Hoffnungen zur Rettung des Kapitalismus vor sich selbst und seinen Folgen gesetzt werden. Der Grüne Kapitalismus greift mitnichten die Macht derjenigen an, die den größten Teil der Treibhausgase produzieren: die großen Energie- und Autokonzerne, die Fluglinien und die industrielle Landwirtschaft, sondern läutet eine neue, wohlmöglich deutlich autoritärere und „staatskapitalistischere“ Phase des Kapitalismus ein, in der mithilfe z. B. des Handels mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten ein Goldregen sondergleichen über die Energiekonzerne niedergeht, während gleichzeitig der Raubbau an der Natur und die Ausbeutung der Armen weltweit fortgesetzt wird.

Wenn dort die Auswege aus der Krise also nicht zu finden sind, wo werden sie dann herkommen? Es gibt sowohl im globalen Norden, als auch im Süden Bewegungen, die sich „Décroissance“ (Schrumpfungsökonomie), Ernährungssouveränität, Zerschlagung der großen Energiekonzerne und die Verhinderung der „false solutions“, die im UN-Klimaprozess propagiert werden, auf die Fahnen geschrieben haben.

Im globalen Süden sind da vor allem die weltweite Kleinbauernbewegung „La Via Campesina“ mit ihrer Forderung nach Ernährungssouveränität zu nennen, und die Indigenenbewegungen, die sich ihre Art zu wirtschaften, zu arbeiten und zu leben



nicht nehmen lassen wollen. Ausgehend von den Klimacamps in Großbritannien, formiert sich in Europa, Australien, Neuseeland und Nordamerika eine neue Klimabewegung, die gleichzeitig gegen die Hauptverursacher des Klimawandels aktiv wird, indem sie z. B. Kohlekraftwerke oder Flughäfen blockiert, und in den Klimacamps an Utopien und alternativen diskutiert und experimentiert. Eine wirkliche Kraft, um neue Diskussions- und Kampfräume für klimagerechte Visionen und Utopien zu entwickeln, wird diese Bewegung aber nur entfalten, wenn die Elemente im globalen Norden und Süden zu einer gemeinsamen Stimme finden, wie es nach Seattle die Antiglobalisierungsbewegung tat.

Die Chance hierfür liegt in Kopenhagen, wo seit September letzten Jahres ein internationales Protestbündnis über Aktionen, Alternativkongresse und radikale Proteste zur 15. UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 streitet, bastelt und diskutiert. Offene Fragen, über die auch erbittert ge-

stritten wird, gibt es viele: Soll die Klimakonferenz delegitimiert werden oder müssen wir den NGOs und Regierungsdelegationen, die das Richtige fordern, den Rücken stärken? Sollen die Aktionen eher die Zäune um das Konferenzzentrum niederreißen oder zeigen, dass wirkliche Lösungen anderswo zu finden sind als bei der UN? Werden genug Leute kommen, um wirklich etwas zu bewirken? Wird der Protest so massiv sein, dass ihn sich die GegnerInnen eines Klimaabkommens zunutze machen, um weiter ihren neoliberalen Kurs fahren zu können? Das eigentlich Wichtige sind nicht die Antworten auf diese Fragen, über die noch lange gestritten werden kann und wird. Das Wichtigste ist, dass ein Prozess in Gang kommt, der diese und andere Fragen zu zentralen Auseinandersetzungsfeldern für neue soziale Bewegungen macht. Denn nur aus diesen heraus werden die Kräfte entstehen, die den Umbau zu einer ökologisch- sozialen Welt möglich machen können.

**Holger Politt**

## **Die Krise aus polnischer Sicht**

„Noch wachsen wir“, titelte kürzlich die Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ und bezog sich damit auf die Zahlen für das erste Quartal 2009. Das Bruttoinlandprodukt des Landes nahm im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,8 Prozent zu. Verglichen mit den Zahlen für 2008, als zum selben Zeitpunkt eine Zunahme von 6,1 Prozent verzeichnet wurde, ist das wenig, doch im Vergleich aller EU-Mitglieder schneidet Polen mit dieser Zahl durchaus noch gut ab. Während ringsum teils deutliche bis dramatische Einbußen zu verzeichnen sind, ragt das Land weit und breit als einsame Insel im Meer der Minuszahlen heraus. Erst Zypern, Malta und Griechenland können wieder auf so etwas wie Wachstum verweisen. Wie lange das im Falle Polen so bleiben wird, steht einstweilen auf einem anderen Blatt, denn die Wirtschaft ist im großen Maße abhängig von den Märkten der EU-Nachbarn. Glaubt man den aktuellen Umfragen, dann sieht eine deutliche Mehrheit der Menschen im Lande die Wirtschaft des Landes betreffend eher sorgenvoll in die Zukunft. Und dennoch haben derzeit im Meinungsbild diejenigen die Oberhand, die von vornherein behaupteten, Polen käme mit einem blauen Auge davon.

Just zu diesem Zeitpunkt entließen die in Auflösung sich befindlichen großen Werften in Szczecin und Gdynia mehrere tausend Werftarbeiter, doch geht der plötzliche Produktionsstopp in diesem Falle auf die kalte bürokratische Entscheidung der Europäischen Kommission zurück, die Beihilfen des Staates als schwere unzulässige Wettbewerbsverzerrung auszuweisen. Ob an diesen Standorten jemals wieder Schiffe gebaut werden, steht in Frage. Da auch die einstige Leninwerft in Gdańsk aus gleichem Grunde vom Aus bedroht ist, erhitzte sich das politische Klima im Lande kurzzeitig an der Frage, ob damit das Erbe der ersten „Solidarność“ verraten werde. Doch zurück zur Krise, von der Polens Werftindustrie also nur am Rande betroffen ist, auch wenn sie die erste Branche

ist, der in diesen Zeiten das Licht auszugehen droht.

Anders als anderswo wird in den Medien nach wie vor gerne das Bild einer ausschließlichen Finanzkrise gemalt, durch die allerdings die gesamte Weltwirtschaft in starke Mitleidenschaft geraten sei. Insofern richtet sich die Sorge der Regierung auf die Aufrechterhaltung nötiger Geldströme und sah sich bisher nicht veranlasst, Konjunkturprogramme aufzulegen. Erst Anfang Juni wurde nach langen Verhandlungen in der sogenannten Dreierkommission, in der sich Regierung, Wirtschaftsvertreter und die drei wichtigsten Gewerkschaftsstrukturen gegenüberstehen, regierungsseitig ein Antikrisenpaket verabschiedet, in dem immerhin die Sorge um den Erhalt der Arbeitsplätze einen ausgewiesenen Platz bekam.

Unternehmen, deren Umsatzzahlen innerhalb eines Quartals um 30 Prozent zurückgegangen seien, können unter bestimmten Bedingungen staatliche Hilfe beantragen, um die Beschäftigung über einen gewissen Zeitraum abzusichern. Eine etwas abgewandte Kurzarbeiterregel, in der aber zugleich orientiert werden soll auf den Erwerb neuer Qualifizierungen, um als ein nach Beschäftigung ausschauender Mensch möglichst flexibel auf die Möglichkeiten des Arbeitsmarktes reagieren zu können.

Verhindert werden soll ein Abrutschen der seit einigen Jahren stabil im einstelligen Bereich liegenden Arbeitslosenzahlen auf das negative Rekordniveau der Jahre vor dem EU-Beitritt, als regelmäßig knapp 20 Prozent vermeldet wurden. Damals zeigte die schnelle Öffnung der bis dahin verschlossenen Arbeitsmärkte in Großbritannien oder Irland enorme Wirkung, die später durch einen stetigen Wirtschaftsanstieg im Lande selbst verfestigt wurde, der vor allem in wichtigen Großstädten zu spüren war. Polens großes arbeitsmarktpolitisches Strukturproblem aus der Zeit vor

dem EU-Beitritt, die enorm hohe Jugend- arbeitslosigkeit mit Werten bis zur 40 Prozent-Marke, verlor in den zurückliegenden fünf Jahren fast ganz an Bedeutung. Es gab in einigen Großstädten bereits Zeiten, in denen Unternehmer klagten, sie fänden nicht mehr genügend gut ausgebildete junge Beschäftigte.

Da die Krisenauswirkungen in jenen Ländern, in denen junge Menschen aus Polen in den zurückliegenden Jahren bevorzugt Arbeit und Auskommen fanden, nicht zu übersehen sind, war eine der ersten Befürchtungen, dem Land stehe nunmehr eine große Rückkehrerwelle bevor. Gekoppelt mit zurückgehenden Aufträgen der einheimischen Wirtschaft wurde auch deshalb ein schnelles und dramatisches Krisenszenario an die Wand gemalt. Ein halbes Jahr später nun wird bereits erste Entwarnung gegeben, die sich durch die eingangs genannte jüngste Quartalszahl bestätigt sieht.

Im politischen Raum hat einstweilen nur die nationalkonservative PiS (Recht und Gerechtigkeit) um Jarosław Kaczyński das Krisenthema für sich als Möglichkeit entdeckt, um verlorenen Boden auf die immer mehr in die Mitte drängende konservativ-liberale Konkurrenz der PO („Bürgerplattform“) um Ministerpräsident Donald Tusk wegzumachen. Da wird behauptet, die derzeitige Regierung sei eine Mannschaft für schönes Wetter und werde mit den anstehenden Problemen nicht zu Rande kommen. Flankenschutz bekommen die Kaczyński-Brüder übrigens durch den sich radikal und nach außen sehr antikapitalistisch gebenden Chef der kleinen Gewerkschaft „Sierpień ’80“ (August 80), der seine Leute losschickte, um in verschiedenen Landesteilen Abgeordnetenbüros der Regierungspartei PO zu besetzen. Wenn Bogusław Ziątek in diesen Tagen auftritt, dann verkündet er an erster Stelle, dass „wir nicht für eure Krise zahlen“ werden. Was anderswo Ausdruck eines breiten Bündnisses gegen den im Zusammenhang mit der Krise zu befürchtenden Sozialabbau ist, wird in Polen beinahe karikativ durch eine am Rande sich befindende Struktur aufgegriffen, die unter dieser Lo-

sung öffentlich dazu aufruft, Menschen zu entführen, die schlimme Kapitalisten oder schlimme Politiker seien.

Die drei großen, landesweit operierenden Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftszentralen – „Solidarność“, OPZZ und Forum – rechnen damit, dass die sozialen Auswirkungen der Krise ab Herbst 2009 auch in Polen stärker zu spüren sein werden. Auch deshalb orientierten sie in den Verhandlungen mit Regierung und Wirtschaftsvertretern entschieden auf Programme, um möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten und in die Programme auch den Klein- und Mittelstand einzubeziehen, da diese Betriebe einen Großteil der Beschäftigten erfassen.

Erste Alarmzeichen sind, wie anderswo auch, im Bankensektor zu sehen. Dort stehen bereits jetzt massenhafte Entlassungen bevor. Einen spürbaren Auftragsrückstand vermeldet auch die Stahl- und Hüttenindustrie. Der Steinkohlebergbau steht nach einigen Jahren der finanziellen Entspannung vor einem schwierigen Jahr, da einerseits die Nachfrage nach Koks drastisch gesunken ist, andererseits für die Stromerzeuger Importkohle aus Übersee und den östlichen Nachbarstaaten Russland und Ukraine billiger als die einheimische Kohle geworden ist. Da alleine an der Steinkohle unmittelbar und mittelbar etwa eine halbe Million Arbeitsplätze hängen, kann gut ermessen werden, welche soziale Bedeutung diese Branche für das Land, insbesondere aber für die Industrieregion um Katowice besitzt. Der erforderliche Strukturwandel in der Region steht, vergleicht man es etwa mit dem Ruhrgebiet, noch ganz am Anfang.

Wenn im Zusammenhang mit der Krise der Erhalt der Arbeitsplätze an vorderster Stelle der Agenda steht, rücken andere Blickwinkel relativ in den Hintergrund. Insofern werden es ökologische und auf alternative Wirtschaftsformen abzielende Orientierungen in den kommenden Monaten schwerer haben, gehört zu werden. Krisenbewältigung mit sozialem Anspruch ist in Polen in der gegenwärtigen Phase zu einem Gutteil auf Erhalt, auf Bewahrung

ausgerichtet, hat also durchaus konservative Komponenten.

Dennoch ist die Öffnung zweier bisher schier uneinnehmbar scheinender Festungen der öffentlichen Meinung nicht zu übersehen. In der Steuerdiskussion, in der selbst sozialdemokratische Funktionsträger einen einheitlichen und möglichst niedrigen Satz forderten, wird das Pferd erstmals andersherum aufgezäumt. Denn wenn der Staat im Notfall helfend eingreifen soll, benötigt er ja Steuermittel. Und in der Frage, ob stärker auf die private oder die öffentliche Hand zu setzen sei, werden Akzente erstmals seit zwei Jahrzehnten wieder stärker in Richtung öffentlicher oder staatlicher Eigentumsformen verschoben. Mögen es auch ganz zaghafte Anfänge sein, allein die Richtungsänderung darf nach den vielen Jahren der Offensive von Privatisierung um jeden Preis optimistisch stimmen.

#### Publikationen:

- Grzegorz W. Kołodko, *Wądrujący świat* [Wandernde Welt]. 440 Seiten. Warschau 2008
- Kołodko war in zwei sozialdemokratisch geführten Regierungen Polens Finanzminister und gilt als einer der besten Kenner der globalisierten Welt in Polen. Das Buch versteht sich als Warnung vor den Konsequenzen ungehemmter Globalisierung mit neoliberalen Vorzeichen).
- *Neoliberalizm a kryzys finansów w świecie i w Polsce* [Neoliberalismus und die Finanzkrise in der Welt und in Polen]. 111 Seiten. Warschau 2008. Der Sammelband vereint Meinungen aus Wissenschaft, Politik und von Gewerkschaftern. Die Drucklegung wurde durch die RLS gefördert.

Michael Brie

## Die Krise als Chance

*"Du wirst niemals wollen, dass eine ernsthafte Krise sinnlos vergeudet wird... Sie ist eine Chance, Dinge zu tun, von denen Du glaubst, Du hättest sie ohne diese Krise nicht tun können."*  
Rahm Emanuel, Stabschef im Weißen Haus unter Präsident Barack Obama

### Szenarien möglicher Entwicklung

**These 1: Die Analyse der gegenwärtigen Krise kann vor allem mit den Instrumenten „neogramscianischen“ Hegemonietheorie auf der Grundlage einer marxistischen Untersuchung von Formationen im Kapitalismus erfolgen.**

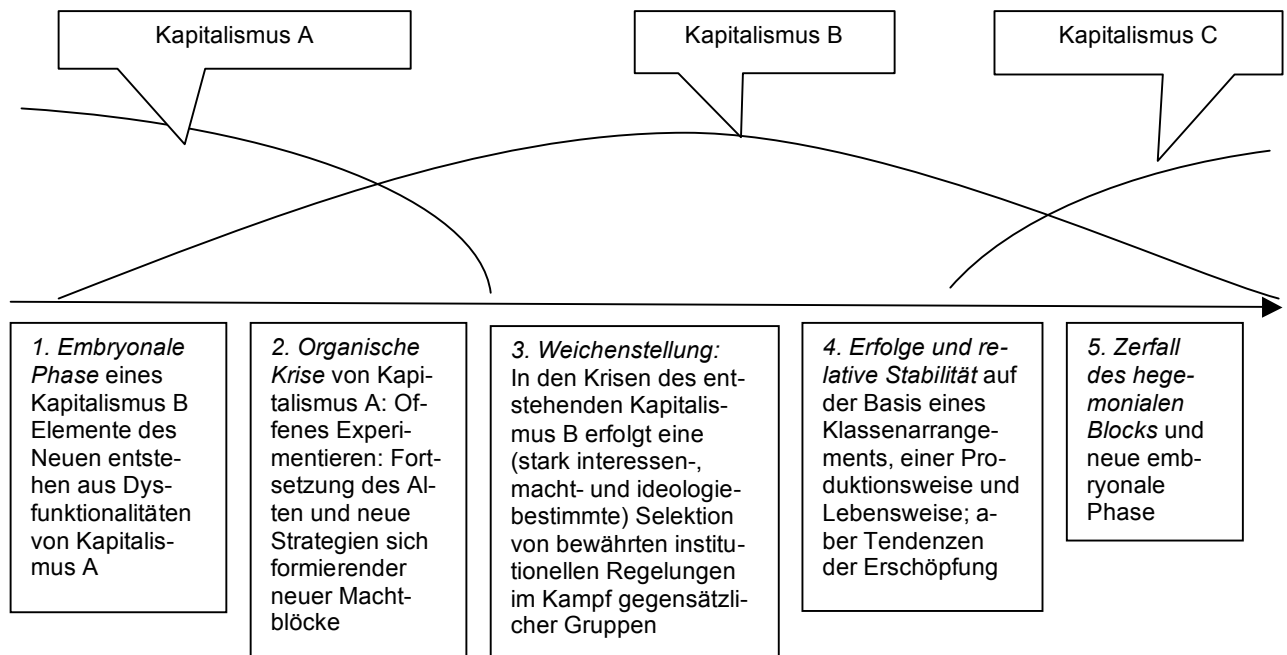
Dieses Paradigma geht von einer Abfolge von „Formationen“ oder „Produktionsweisen“ im Kapitalismus aus, die durch ein bestimmtes *Akkumulationsregime* (Verhältnis der Reproduktion von Kapital und Arbeit mit Bezug auf Produktion und Kon-

sumtion, von Mehrwertproduktion und -realisierung), eine entsprechende *Regulationsweise*, die das Akkumulationsregime absichert (institutionelle Regelung der Verhältnisse der wichtigsten Akteure wie das Lohnverhältnis, das Verhältnis von Finanzkapital und Unternehmen, Staat und Wirtschaft...), eine adäquate *Klassen- und Bedürfnisstruktur sowie Konsumtionsweise* geprägt ist. In Wellen lösen sich in einer längeren Periode der Instabilität der Grundlagen der Gesellschaft solche Formationen bzw. Produktionsweisen ab.

**Tabelle 1: Historische Abfolge aus regulationstheoretischer Perspektive** (nach dem Entwurf: H. H. BLOTEVOGEL 1998) (<http://de.wikipedia.org/wiki/Regulationstheorie>)

Zeit	Logik	Akkumulationsregime	Regulationsmodus	Ära	Leittechnologie
~1850		Handwerkliche Einzelfertigung	Nachtwächterstaat; ständische Gesellschaft	früher Kapitalismus	Maschinisierung (Fabrik mit zentraler Antriebsmaschine)
~1923	Extensivierung	Kleinindustrielle Serienfertigung	Liberalismus; Klassengesellschaft	Manchester-Kapitalismus	Elektrifizierung; Chemie
~1975	Intensivierung	Großindustrielle Massenfertigung	Wohlfahrtsstaat; Korporatismus	Fordismus	Massenproduktion komplexer Güter (Auto...)
1975~	Flexibilisierung	Netzwerkunternehmen; Outsourcing	Individualisierung; Neoliberalismus; Lebensstil	Postfordismus	Mikroelektronik; Informationstechnik

**Grafik 1: Man kann auf dieser Grundlage folgende Phasen einer solchen Abfolge unterscheiden:**



**These 2: Die jetzige Situation ist durch eine Schwächung der neoliberalen Hegemonie geprägt. Akkumulationsregime und Regulationsweise des Finanzmarkt-Kapitalismus geraten in wachsende dysfunktionale Widersprüche und der historische Block des Neoliberalismus zerfällt. Ob dies noch eine partikulare Krise ist oder eine umfassende organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus, ist noch nicht klar. Am wahrscheinlichsten ist die Verbindung von institutioneller Stabilität des Finanzmarkt-Kapitalismus und andauernder Krise, in der im Zusammenhang mit partikularen Neuansätzen entscheidende Kämpfe ausgefochten werden.**

In der jetzigen Krise überschneiden sich eine Finanzkrise, eine Konjunkturkrise und eine tiefgreifende Strukturkrise. Es gibt sehr starke Divergenzen in der Bewertung dieser Krise auch unter linken Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (siehe dazu die Beiträge von Jörg Huffschmid und Michael Krätke [?] im Reader). Einigkeit kann vor allem in folgenden Punkten festgehalten werden:

In der Krise des wohlfahrtsstaatlichen Fordismus und korporatistischen Manager-Kapitalismus konnten sich die Kräfte einer sozialen, demokratischen und ökologischen Transformation nicht durchsetzen (beginnend mit dem Putsch gegen Allende 1973) und Kräfte des Finanzmarkt-Kapitalismus setzten sich im Gefolge der neoliberalen Gegenreform durch. Hauptzüge waren eine radikal zugunsten des Kapitals (insbesondere des Finanzmarktes) verändertes Kräfteverhältnis, eine massive Umverteilung von Arbeit hin zu Vermögen und von öffentlich zu privat (gerade auch der Sicherungssysteme), eine Internationalisierung auch der betrieblichen Arbeitsteilung und der wichtigsten Märkte mit der Folge massiver Standortkonkurrenz, die schnelle Ausweitung der ressourcenverbrauchenden Produktions- und Lebensweise.

Die wichtigsten Folgen sind (1) eine massive strukturelle Überakkumulation von Finanzkapital (es wuchs zwischen 1980 bis 2007 von 12 auf 196 Billionen Dollar, während das Weltsozialprodukt nur von 10 auf 55 Billionen Dollar stieg), die nicht realisierbare Ansprüche auf Verwertung darstellen und Umverteilung nach oben, Aus-

zehrung produktiven Kapitals sowie Enteignung des Öffentlichen erzwingen; (2) eine Verschärfung der Ungleichheit zwischen ökologischer Zerstörung und der Reproduktionskapazität des Ökosystems der Erde; (3) die Verschärfung struktureller Unterentwicklung jener Regionen, die im Standortwettbewerb nicht mithalten können.

Die bisherigen Antworten auf die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus durch die herrschenden Eliten zeugen von deren enormen Handlungsfähigkeit (schnelle Mobilisierung staatlicher Ressourcen, Absprachen zur Überwindung der extremsten Auswüchse der Finanzspekulation, partielle Konjunkturprogramme – teilweise auch im Rahmen eines Green New Deal oder Public New Deal vor allem in den USA und China). Wichtige Strategien des Neoliberalismus wie Umverteilung, Privatisierung, Primat der Finanzmärkte (wenn auch in regulierter Form) werden fortgesetzt und es gibt keine politische Krise. Weder Gewerkschaften, soziale Bewegungen noch linke politische Parteien sind in der Lage, einen Richtungswechsel zu erkämpfen. Ihre Fähigkeit ist Mobilisierung für eine alternative Politik ist nicht zuletzt aufgrund der relativen Stabilität des hegemonialen Blocks und ihrer eigenen Verfasstheit sehr begrenzt. Wie Jörg Huffschmid feststellt, sind die „realen Machtstrukturen des Finanzmarkt-Kapitalismus... nicht wesentlich geschwächt“. Die tiefe Krise werde im Rahmen relativ stabiler Grundstrukturen bearbeitet. Deshalb käme es weder zu einer sehr schnellen Erholung, wie sie nach der Asienkrise und der New Economy Krise ab 2004 zu beobachten war, noch wäre ein globaler Absturz in einer nachhaltigen Depression mit einem Zusammenbruch der wichtigsten Institutionen zu erwarten.

Wenn diese Einschätzung stimmt, dann haben wir es bestenfalls mit einer wachsenden Instabilität des Finanzmarkt-Kapitalismus, zunehmenden Dysfunktionalitäten und einem embryonalen Experimentieren mit alternativen Ansätzen *im Rahmen* des Finanzmarkt-Kapitalismus zu tun. Dies würde bedeuten, dass die jetzige Situation durch den Widerspruch zwischen einem geschwächten Finanzmarkt-Kapitalismus und seinem neoliberalen

Block einerseits und untergeordneten Elementen neuer Tendenzen zu tun. Wie im Kontrovers-Material des Instituts für Gesellschaftsanalyse betont wird: „Folgende Tendenzen innerhalb des Neoliberalismus, die zugleich über ihn hinausweisen, entwickeln sich zur Zeit parallel: (a) der Übergang vom (auch staatlich betriebenen) Marktradikalismus zum neuen Staatsinterventionismus; (b) der Kampf um die Regulierung der internationalen Finanzmärkte; (c) die Auseinandersetzung um einen New Public Deal; (d) die Strategien eines Green New Deal sowie (e) der Kampf um eine gerechtere Weltordnung im Rahmen der Millenniumsziele. Charakteristisch sind (f) die Entstehung einer ganzen Variationsbreite und die Konkurrenz von ‚postneoliberalen‘ Entwicklungspfaden. Angesichts der unleugbaren Widersprüche und Konflikte, auf die alle diese Projekte stoßen und vor dem Hintergrund des Interesses der herrschenden Eliten, ihre Vormacht um fast jeden Preis zu verteidigen, wird (g) mit starken autoritären Tendenzen zu rechnen sein. Auch zeichnen sich mit Blick auf den ‚globalen Süden‘ parallel Tendenzen autonomerer Entwicklungsmodelle und internationaler Kooperation einerseits und vertiefte Formen neokolonialer Ausbeutung bei verschärfter globaler Konkurrenz andererseits ab.“

**These 3: Die Besonderheit der Situation der Bundesrepublik ist geprägt zum einen durch eine sehr begrenzte aktive Steuerungsaktivität der Europäischen Union über Maßnahmen zur konzertierten Stabilisierung hinaus, der besonderen Anfälligkeit für neoliberale Politik durch die vorangetriebene negative Marktintegration bei schwacher positiver sozialer und politischer Integration sowie zum anderen durch die extreme Unterordnung der Bundesrepublik unter ein exportgetriebenes Wachstumsmodell, das die Gesellschaft spaltet. Die besonderen Merkmale der Europäischen Union und des Modells Deutschland in Zeiten des Neoliberalismus bedingen sich wechselseitig und verschlechtern die Bedingungen solidarischer Politik.**

Die EU hat sich zwar der Verbindung von hoher Wettbewerbsfähigkeit mit dem So-

zialstaat verpflichtet, gleichzeitig aber ihre Mitglieder einem Standortwettbewerb ausgesetzt, der die Bedingungen für eine aktive integrative solidarische Sozialpolitik erschwert hat. Die neoliberale Wirtschaftspolitik hat die Voraussetzungen für einen starken Sozialstaat auf der Basis einer hohen Umverteilungsquote und einem starken qualifizierten öffentlichen Sektor (skandinavisches Modell) verschlechtert. Der Flexibilisierung und Marktaktivierung der Arbeitskraft wird gegenüber langfristiger Integration und Höherentwicklung Priorität gegeben. Die langfristige Orientierung auf Sozialpolitik als Faktor für sozialen Zusammenhalt und Inklusion sowie eine „Wissensgesellschaft“ ist kurzfristigen Zielen unmittelbarer Kostensenkung und schnellem Abbau der Arbeitslosigkeit (auch durch die massive Ausweitung eines deregulierten Niedriglohnsektors) gewichen. Leitbild wurde der Einzelne als „Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“. Kollektives „Sozialkapital“ wird weitgehend ignoriert. Privatisierung, ein scharfer Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und der Niedriglohnsektor, der kaum oder keine Beiträge zum Sozialstaat leistet, haben die Fundamente des Sozialstaats in einer Reihe von Ländern, vor allem auch Deutschland, unterminiert und eine Dynamik zur Senkung der sozialen Standards erzeugt. Die gegenwärtige Europäische Union erweist sich so nicht als Bedingung der Verteidigung des Sozialstaat und seiner Modernisierung und seines Ausbaus unter den Bedingungen der Globalisierung, sondern als Vehikel seines Abbaus. Dies kann der Union die notwendige soziale und politische Unterstützung bei großen Teilen der mittleren und unteren Gruppen entziehen und einem nationalistischen Rechtspopulismus massiv Vorschub leisten.

Das Versagen der Europäischen Union auf dem Gebiet einer solidarischen Sozialpolitik geht einher mit ihrer generellen Schwäche, gerade in Zeiten der Krise Projekte positiver Integration auf jenen Gebieten voranzutreiben, die sozial und ökologisch besonders entscheidend sind. Sie wirkt als Promoter von Wettbewerb, einer restriktiven Finanz- und Steuerpolitik sowie militärischer Integration, als Verteidi-

ger vieler Lobbyinteressen der Stärksten in den europäischen Gesellschaften, kaum jedoch oder nicht als offensiver Gestalter eines Modells gemeinsamer solidarischer Entwicklung.

Das deutsche Wirtschaftsmodell hat sich beginnend im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelt mit einer primären Orientierung auf eine „diversifizierte Qualitätsproduktion“ (Streeck) insbesondere im Maschinenbau, der Elektrotechnik und Chemieindustrie mit starker Exportorientierung. Grundlage dafür waren eine hohe Qualifikation der Arbeiter und Ingenieure, die enge Verflechtung von Bank- und Industriekapital mit einer Präferenz für langfristige Interessen und günstige Kredite auch für den Mittelstand, das System der dualen Berufsausbildung und der Fachhochschulen und langfristigen Qualifikation der Arbeitskräfte in den Betrieben, ein stabiles kooperatives Tarifsysteem, das zur Konzentration auf hochwertige Güter beitrug, die Löhne im privaten und Dienstleistungssektor an die der hochproduktiven Produktionssektoren koppelte, Formen der Mitbestimmung, die zur konsensualen Gestaltung der Arbeitsprozesse beitrug sowie ein Sozialstaat, der auf den „männlichen Normalarbeiter“ orientierte und diesen gegen wesentliche Risiken absicherte.

In den letzten dreißig Jahren ist dieses komplexe System immer weiter untergraben worden. Der Herausforderung der Globalisierung wurde durch eine fragmentierte Politik begegnet, die den stärksten Interessengruppen auf Kosten der Gesamtgesellschaft und vor allem der schwächeren sozialen Gruppen entgegenkam. In den exportorientierten Zweigen wurde versucht, durch Outsourcing und „Lohnzurückhaltung“ massiv die Kosten zu senken, wodurch besonders die mittelständische Industrie unter Druck geriet. Die langfristige Kooperation mit Banken und die Dominanz des konzerneigenen Managements wichen zunehmend der Shareholder-Orientierung. Es kam zu einer wachsenden Spaltung in einer hochregulierten Kernbereich insbesondere im Exportsektor und den oberen Gruppen des öffentlichen Sektors einerseits und der Ausdehnung von fragmentierten, deregulierten, durch Niedriglöhne geprägten Sek-



toren der Leih- und Zeitarbeit sowie der Zwangsarbeit im Ein-Euro-Bereich. Immer mehr Frauen streben eine gleichwertige Teilnahme am beruflichen Leben an, ohne dass dafür die notwendigen Bedingungen bereitgestellt werden. Abbau im öffentlichen Sektor, Privatisierung von staatlichen Dienstleistungen und Verbetrieblichung der Tarifvereinbarungen haben diese Tendenzen vorangetrieben. Es ist zu einem „Modernisierungsrückstand“ gekommen, da Deutschland beim Ausbau hochqualifizierter Dienstleistungen (besonders im öffentlichen Bereich) und bei der Entwicklung sowie Nutzung eines Arbeitskräftepotentials, das der Konzentration auf eine diversifizierte Produktion hochqualitativer Güter entsprechen würde, zunehmend zurückbleibt (Bosch u. a. im Rahmen des sog. DYNAMO-Projekts 2005).

Die gegenwärtige Krise kann dazu führen, dass sich genau diese negativen Tendenzen der ökonomischen und sozialen Spaltung der Gesellschaft, des weiteren Abbaus öffentlicher Dienstleistungen fortsetzen. Es besteht die Gefahr, dass die gesellschaftliche Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften

weiter geschwächt wird, die unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft gegeneinander getrieben werden und solidarische Politik fast unmöglich wird, die Gestaltungsmacht öffentlicher Körperschaften noch stärker reduziert wird infolge weiterer „Sparzwänge“ als Resultat der neuen Verschuldungswelle zur Bezahlung der Kosten der Finanzspekulationen an genau jene, die vorher Gewinner dieser Spekulationen waren.

Die Schwäche der Europäischen Union und des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells verstärken sich wechselseitig. Das Primat negativer Integration auf der EU-Ebene fördert eine kurzfristige Wettbewerbsorientierung und partikuläre soziale Lösungen auf Nationalstaatsebene, die aber nicht mit einer offensiven Strukturpolitik und der solidarischen Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme vereinbar sind. Die wirtschaftlichen und politischen Hauptakteure des deutschen Modells sind aufgrund seiner Exportvormacht an einer solchen negativen Integration interessiert und treiben die Spaltung der Gesellschaft der Bundesrepublik weiter voran.

## **Herausforderungen für eine radikale Realpolitik der linken Kräfte**

**These 4: Die Linke in Deutschland ist gegenwärtig kein hegemoniefähiger Akteur. Die Ursachen dafür liegen vor allem in der Verschlechterung der Bedingungen solidarischer Politik einerseits und dem Fehlen eines gemeinsamen zugleich transformatorischen und realpolitischen Projekts.**

Linke Politik sieht sich vor einen Widerspruch gestellt: Zum einen werden die negativen Folgen des Finanzmarkt-Kapitalismus immer deutlicher, werden immer mehr Menschen von Abstieg bedroht oder ausgegliedert. Zum anderen aber verschlechtern sich bestimmte Bedingungen solidarischen Handelns aufgrund der oben genannten Tendenzen. Die soziale und kulturelle Spaltung wurde vorangetrieben. Damit wird die Verteidigung von Interessen *innerhalb* der gegenwärtigen Situation schnell strukturkonservierend und entsolidarisierend. Sie erscheint als Lobbyismus auf Kosten der

Allgemeinheit und bringt gerade die unteren und mittleren Gruppen (mit höherem Mobilisierungspotential und größeren Handlungsmöglichkeiten) in Gegensatz zueinander.

Die gewerkschaftliche, gesellschaftliche und politische Linke muss zusammen Wege finden, diesen Widerspruch solidarisch zu vermitteln, durch konkrete Projekte Beispiele schaffen, wie Veränderung möglich wird, dass Erfolge erreicht werden können, wenn sozial und politisch integrierend agiert wird. Dem steht eine Reihe von Faktoren entgegen.

Erstens ist die Vertretung konkreter Interessen wie die von Beschäftigungssicherung dann zwangsläufig partikular, strukturkonservativ und erscheint auf Kosten der Allgemeinheit, wenn es keine Chancen gibt, sie in allgemeinere und solidarische Strukturveränderungen einzubinden, mit denen große Teile der Bevölkerung positive Erwartungen verbinden können. Dies

spaltet zwischen den verschiedenen Gewerkschaften, zwischen den Belegschaften von „Schlüsselbetrieben“ und den Belegschaften anderer Betriebe, zwischen Kernbelegschaften und ZeitarbeiterInnen, zwischen den Beschäftigten in den exportorientierten Sektoren und denen in anderen Sektoren, zwischen den Beschäftigten allgemein und den Arbeitslosen und Unterbeschäftigten. Die unter diesen Bedingungen unvermeidliche starke Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte auf Verteidigung und Bestandssicherung, ohne die sie ihre eigene Kernmitgliedschaft nicht mobilisieren könnte, gerät in Widerspruch zu den sozialen Bewegungen, die insbesondere von den der kulturellen und sozialen Mittelschichten getragen werden und auf eine Stärkung des Öffentlichen, der öffentlichen Sektoren und einer allgemeineren Politik des gesellschaftlichen ökologischen und sozialen Umbaus bestehen.

Die sozialen Bewegungen sind zudem durch den Widerspruch zwischen sehr konkreten Forderungen und Zielen und einer relevanten antikapitalistischen Orientierung geprägt. Wenn diese Widerspruch nicht produktiv ausgetragen wird, kommt es zur Erschöpfung dieser Bewegungen, ihrer völligen Fragmentierung als single-issue Initiativen einerseits und einer sich sektiererisch verhärtenden Strömung. Ohne Vermittlung von Reformzielen und grundsätzlichem Wandel in einer Transformationsstrategie wird ein kleinerer Teil sozialer Bewegungen wieder in dem Höchstmaß an Konfrontation und schließlich auch eskalierender Gewalt die einzig mögliche Form sehen, für eine prinzipielle Veränderung zu streiten. Die symbolische Inszenierung eines latenten oder offenen Bürgerkriegs wird dann schnell dazu führen, die Gesamtheit linker Politik zu delegitimieren.

Zweitens wird diese Fragmentierung von gewerkschaftlichen und sozialen Kräften gegenwärtig durch eine Fragmentierung der politischen Linken verdoppelt. Es gibt keine stabilen Bündnisstrukturen zwischen der gewerkschaftlichen und sozialen Linken mit linken Parteien noch zwischen diesen, was sich wechselseitig verstärkt. Die einzelnen linken Forderungen und

Projekte, so berechtigt sie im Einzelnen sein mögen und oft auch Positionen darstellen, die in der Bevölkerung mehrheitsfähig sind, bleiben deshalb ohne machtpolitische Bedeutung. Sie werden als Ablehnung der gegenwärtigen Politik gesehen und in dieser Hinsicht oft geteilt, aber nicht als Chance eines wirklichen Wandels begriffen, da hinter ihnen keine veränderungsfähige politische Macht steht. Die beste Idee bleibt ohne Folgen, wenn sie keine Kraft darstellt, realpolitisch transformierend einzugreifen. Es wächst damit die Gefahr einer Gettoisierung der verschiedenen linken Kräfte. Die notwendigen Spannungslinien werden damit zu Bruchlinien nicht nur zwischen den einzelnen Segmenten der Linken, sondern auch in ihnen selbst. Wo gemeinsame Projekte fehlen, wächst die Gefahr von Selbstzerfleischung und Zerfall.

Auch heute noch, trotz der Partei Die Grünen und der Partei DIE LINKE, trotz einer Gewerkschaft, die mehr Unabhängigkeit anstrebt, trotz sozialer Bewegungen, die auf eigene Stärke bauen, spielt die SPD eine Schlüsselrolle für die Zukunft der Linken. Solange die Gewerkschaften nicht erkennen können, dass sie im parlamentarisch-politischen Raum eine verlässliche Kraft haben, die ihre Ziele dort zur Geltung bringt, solange soziale Bewegungen nicht wirklich hoffen können, dass sich ihre Forderungen *auch* in gesetzgeberischer Tätigkeit und Regierungshandeln niederschlagen und dadurch fundamental verstärkt werden, wird die Fragmentierung und Paralisierung der Linken insgesamt nicht aufzubrechen sein. Und ohne SPD wird es im parlamentarisch-staatlichen Raum auf absehbare Zeit keine solche Kraft geben. Zugleich gilt aber heute auch: Dies gilt gleichfalls für die Grünen und die Partei DIE LINKE. Für die Grünen steht dabei vor allem die Frage, ob sie sich als ökoliberale Partei oder als Partei der ökosozialen Umgestaltung der Gesellschaft profilieren wollen. Und die Partei DIE LINKE wird ihre spezifische parteipolitische Funktion zur Beförderung eines Richtungswechsels der Politik auch und gerade im Kampf um eine tragfähiges langfristiges linksorientiertes Parteienbündnis noch bestimmen müssen.

**These 5: Im Mittelpunkt eines hegemoniefähigen gesellschaftlichen Projekts der Linken muss die Bildung eines solidarischen Mitte-Unten-Bündnisses stehen.**

Die Linke muss sich vor allem an folgende Gruppen wenden: (1) Gruppen mit Schwerpunkt im Bereich der sozialen, kulturellen und humanorientierten Dienstleistungen sowie der Kulturwirtschaft mit höherer Bildung, verankert nicht zuletzt im öffentlich oder irgendwie öffentlich geförderten Sektor (= *sozial-libertäre Mittelschicht*; mit einem hohen Anteil an qualifizierter Beschäftigung von Frauen), (2) die durch Umstrukturierung und Krise bedrohten Kerngruppen von industriellen und industriennahen Lohnabhängigen mit mittlerer Qualifikation (= *bedrohte Kernbelegschaften*; stark männlich dominiert) sowie (3) moderneren diskriminierten Gruppen (*subproletarische Gruppen* wie Arbeitslose, Working Poor etc., dem sog. unteren Prekariat).

Bezogen auf ihre Werteeinstellungen sind diese Gruppen geeint bezogen auf die Werte Solidarität und soziale Gerechtigkeit und gespalten bezogen auf die Werte Libertär vs. Autoritär. Die genannten sozial höheren Gruppen sind dabei eher solidarisch orientiert (übrigens besonders im öffentlichen Sektor und der Kultur, Gesundheit etc. verankert, stark durch weibliche Erwerbstätigkeit geprägt) (der freiwillige Aspekt steht im Vordergrund), die unteren eher auf soziale Gerechtigkeit im Sinne der Zuteilung durch den Staat ausgerichtet.

Weitere relevante Gruppen in der Bevölkerung sind (4) etablierte oder aufsteigende qualifizierte und hochqualifizierte Kräfte mit mittlerer bis oberer Leitungsverantwortung vor allem in der privaten Industrie (= *marktwirtschaftlich orientierte Mittelschichten* mit einer gemäßigt autoritären Orientierung) sowie (5) Gruppen, die in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „*zufriedene Aufsteiger*“ genannt werden – Personen mit mittlerer Qualifikation, die einen beträchtlichen Aufstieg geschafft haben und eine hohe Eigeninitiative ausüben können, oft in handwerklichen Berufen und bei Selbständigen, sowie (6) traditionale untere Gruppen mit niedriger Qualifikation,

in einfachen Tätigkeiten, oft Rentnerinnen oder Rentner.

Als gesellschaftliche Basis von hegemonialen Projekten sind drei große Bündnisse möglich, ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis, ein marktliberal-libertäres Bündnis der oberen Mittelschichten (Neue Mitte, Dritter Weg) und ein marktliberal-autoritäres Bündnis (Grafik 2).

Ein politisches Projekt ist hegemoniefähig, wenn es gesellschaftlich produktiv ist und zugleich für die potentiellen Trägergruppen neue attraktive Lebensperspektiven eröffnet: Sicherheit und Aufstieg für die unteren, höhere Freiheit und Sinn für die oberen Gruppen.<sup>45</sup> Eine Politik bloßer Umverteilung im Sinne von mehr Gerechtigkeit ist und bleibt subaltern. Es bleibt dabei: Nur in der Verbindung von Gerechtigkeit und Solidarität mit Leistung, individueller Verantwortung, Unternehmerischem, Innovation wird ein hegemoniefähiges Projekt ausgemacht. Die Frage ist nur, in welche Richtung diese Antriebskräfte der Gesellschaft gebracht werden.

**These 6: Solidarische Erneuerung des Öffentlichen, eine umfassende Demokratisierung und die sozialökologische Konversion der Produktions- und Lebensweise könnten zentrale Bestandteile eines neuen linken Projekts sein**

Von links ist ein sozial-autoritäres Projekt weder mehrheitsfähig noch hegemoniefähig (es grenzt die sozial-libertären Gruppen aus und strahlt nicht positiv auf die Gesamtgesellschaft aus), sondern beides kann nur ein sozial-emanzipatorisches Projekt leisten, das zugleich in der Lage ist,

---

<sup>45</sup> „Historisch progressiv“, so Wolfgang Fritz Haug im *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* mit Verweis auf Antonio Gramsci, „ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen ‚Produktivität‘, d.h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie ‚die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert‘ und so die glaubhafte Erwartung individueller ‚Lebensperspektiven‘ speist“.

Angebote an marktorientierte Gruppe zu machen (also kein Klassenprojekt gegen sie ist, aber ihnen nicht den Primat der Definition der politischen Richtung gibt).

Das Zentrum eines hegemoniefähigen Projekts, der Gruppen eines solidarischen Mitte-Unten-Bündnisses verbindet, ist das Öffentliche im weiten Sinne als Form und Garant des universellen Zugangs zu den Freiheitsgütern der Gesellschaft und damit der universellen Verwirklichung der *sozialen Rechte*.

Viele sind im öffentlichen Dienst tätig, viele in Bereichen, die eigentlich dort sein sollten und privatisiert wurden, viele in Sektoren, die unter öffentlich geförderte Arbeit fallen sollten (dies betrifft die sozialemanzipatorischen Gruppen der oberen Mitte). Andere wie die „Arbeitnehmer“ brauchen ganz anders öffentlichen Schutz, öffentliche Regeln, öffentliche Stärkung ihrer Macht usw., auch im Sinne von gesellschaftlich-transformatorischer Strukturpolitik, Wirtschaftsdemokratie usw. Und die unteren Gruppen brauchen Unterstützung. Gerade Bildung ist das zentrale Thema, aber eben als solidarische Bildung, die zugleich für junge Menschen Sinn macht (also eine *Neue Schule*). Eine solche Orientierung darf nicht mit allgemeiner Verstaatlichung gleichgesetzt werden. Mehrheitsfähig ist eine demokratisch regulierte Mischwirtschaft, nicht die Staatswirtschaft.

Neben der solidarischen Erneuerung des Öffentlichen ist die Schaffung von partizipativer Demokratie als umfassende Beteiligung der Betroffenen an den wirtschaftlichen und sozialen Prozessen von Bedeutung. Dies aber würde Veränderungen bis in die Grundstrukturen des Verhältnisses zur Natur, der technologischen Produktionsweise, der Infrastruktur, des Konsums verlangen und zugleich überhaupt erst ermöglichen. Eine umfassende Demokratisierung ist die Bedingung einer *selbstreflexiven Praxis*, die alleinig die Gleichzeitigkeit von Veränderung der Bedingungen und Selbstveränderung herstellen kann und ist damit das Schlüsselglied zwischen radikalen Strukturreformen einerseits und radikale Veränderung menschlicher Subjektivität. Stellvertreterpolitik hat den Fordismus und klassischen Wohlfahrtsstaat

möglich gemacht. Der Neoliberalismus entstand als autoritäre Disziplinierung und Selbstdisziplinierung. Eine solidarische Gesellschaft kann nur aus einer Demokratisierung der Demokratie entstehen, die weit, sehr weit über die bürgerlich-repräsentative Demokratie hinausgeht, oder, wie Rosa Luxemburg schrieb: „Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält *schöpferische Kraft*, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.“<sup>46</sup>

**These 7: Eine solche strategische Orientierung verlangt eine Veränderung aller linken Kräfte und die Bereitschaft sowie Fähigkeit zur langfristigen Kooperation sowie die Ausnutzung der Risse im herrschenden Block.**

Wenn die verschiedenen linken Kräfte nicht in der Lage sind, durch strategische Kooperation die gesellschaftlichen Strukturen zu verändern, so werden ihre Erfolge nur darin bestehen, besonders mobilisierungsstarke Interessen einzelner Gruppen in einem Feld, dass vor allem durch die neoliberalen Eliten bestimmt wird, zur Geltung zu bringen. Es wäre dies die Politik der Subalternität, deren Rechtfertigung vor allem darin besteht, der herrschenden Politik für die „kleinen Leute“, für Minderheitenrechte usw. auch unter sehr widrigen Umständen Zugeständnisse abzurufen. Dies gilt für Gewerkschaften, die dann vor allem ihre Kernmitgliedschaft in den Großorganisationen vertreten würden, soziale Bewegungen mit libertären Forderungen oder auch eine Linkspartei, die in Opposition oder auch Landesregierung keinen wirklichen Richtungswechsel von Politik befördern könnte.

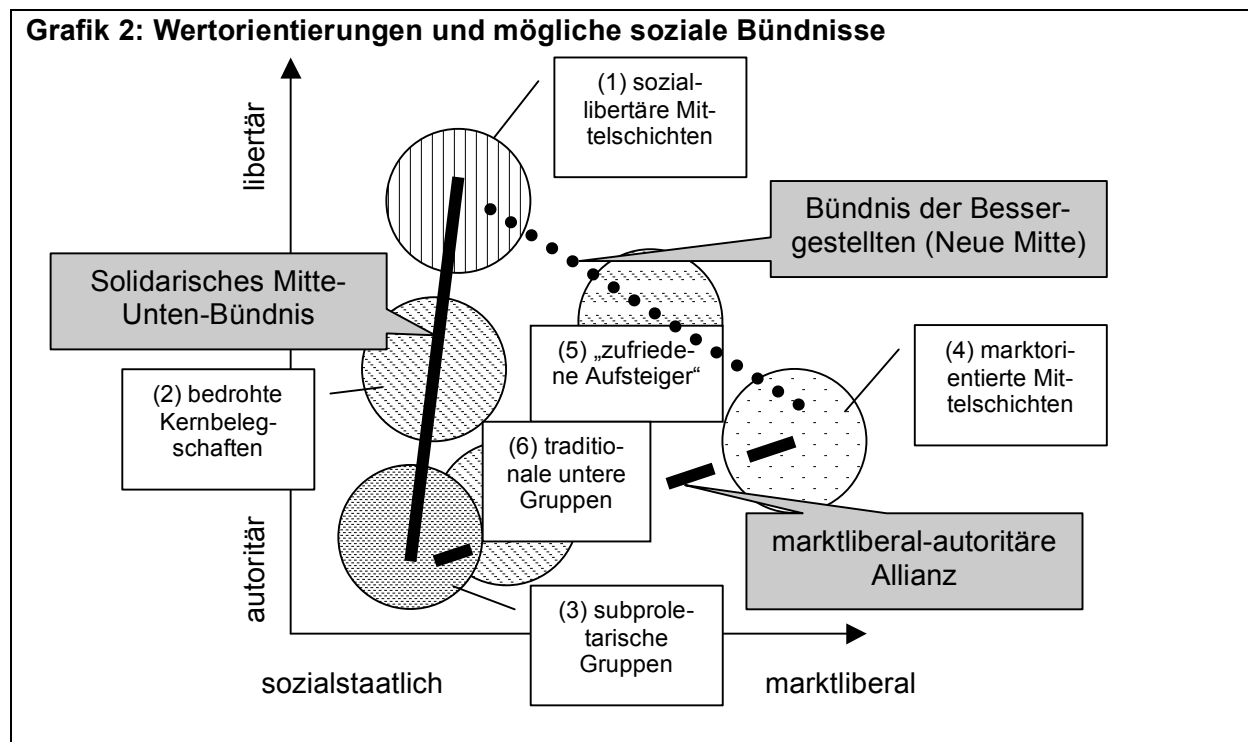
Alle genannten Kräfte werden nur dann die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die Macht- und Eigentumsstrukturen trans-

---

<sup>46</sup> Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Werke, Bd. 4, S. 360.

formatorisch wandeln können, wenn sie in der Lage sind, eine Doppelstrategie zu realisieren, die die Verteidigung konkreter Interessen ihrer Kerngruppen mit übergrei-

fenden Anliegen zu verbinden vermag, erstere nicht als „unwichtig“ abtut und letztere nicht einfach kurzfristigen Zielen aufopfert.



Die Gewerkschaften müssten die Frage des Kampfes um Beschäftigungssicherung mit konkreten Erfolgen bei der Demokratisierung der Betriebe und der Konversion/dem Strukturwandel der Volkswirtschaft in ökologischer und sozialer Hinsicht organisch verknüpfen. Auch die bürgernahe Reform des öffentlichen Dienstes wäre eine solche Aufgabe. Soziale Bewegungen müssten von ihrer Seite die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten in ihre Kämpfe systematisch einbeziehen. Libertäre Forderungen dürfen nicht abgekoppelt werden von berechtigten Erwartungen bedrohter mittlerer und unterer Gruppen und das Gefühl für die Gegenseitigkeit von Rechten und Pflichten nicht ignorieren (siehe dazu die Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen oder zum Asylrecht).<sup>47</sup>

Eine wesentliche Ursache der Schwäche der Linken in Deutschland ist die Fragmentierung ihrer politischen Formation. Die SPD hat sich im Kampf um die Regierungsfähigkeit zu einem Vorreiter neoliberaler Politik gemacht und damit zugleich ihre eigene nachhaltige Schwächung bewirkt. Die Grünen sind immer stärker zu einer libertär und marktwirtschaftlich orientierten Partei der Neuen Mitte mutiert. Die Partei DIE LINKE dagegen hat sich in Auseinandersetzung mit Rot-Grün formiert und aus dem Gegensatz zu diesen ihre relative Kraft bezogen.

Die jetzige Lage bedeutet für SPD und Grüne dauerhaft auf Bundesebene Juniorpartner von CDU/CSU zu sein oder sich mit der FDP als Exponenten marktradikaler Politik zu verbünden. Die SPD kann ihr Ziel, Kanzlerpartei zu werden, unter diesen Bedingungen kaum erfüllen, und beide, SPD und Grüne, verzichten auf die Chance der Bildung einer eigenen Mitte-Links-Formation. Sie verdammen sich zur gesellschaftlichen Subalternität – in welcher parteipolitischen Koalition auch

<sup>47</sup> Die Isolierung der linkslibertären Bewegung in den USA in den 1960er Jahren gegenüber größeren Teilen der weißen Arbeiterschaft ist dafür ein prominentes Beispiel.

immer. Die Partei DIE LINKE dagegen ist unter solchen Bedingungen auf ihre Funktion als Protestpartei festgelegt und bleibt gleichfalls, wenn auch als Opposition, eingebunden in ein Parteiensystem, dass neoliberale Politik weiter trägt. Alle drei Parteien haben gute Gründe, diese Situation überwinden zu wollen.

Noch aber fehlt es an einer offenen strategischen Situation zwischen der gewerkschaftlichen, der sozialen und der politischen Linken sowie zwischen SPD, Grünen und Partei DIE LINKE, wie eine breite Allianz für einen gesellschaftlichen Richtungswechsel geschaffen werden könne. Kurzfristige Zielstellungen und Taktik dominieren gegenüber dem Aufbau von Kooperationsfähigkeit und Strategien gemeinsamer Gewinne.

Die Partei DIE LINKE sollte durch ihre Strategie mit dazu beitragen, dass sich ein breites soziales, politisches und kulturelles Bündnis bildet, das das Projekt einer solidarischen Umgestaltung trägt und vorantreibt. Dazu muss sie, soweit ihr dies überhaupt möglich ist, die Anreizstruktur von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, aber auch von SPD und Grünen verändern – die Möglichkeit verstärken, dass diese auf ein linkes, ein sozial-emanzipatorisches Projekt setzen.

Die herrschende Politik zeigt Risse zwischen jenen, die möglichst schnell und noch radikaler zur neoliberalen Politik ex ante zurückkehren wollen, jenen, die den Finanzmarkt-Kapitalismus mit modifizierten Mitteln einer strikteren Regulierung und begrenzten, auch ökologischen Modernisierung, besser zu kontrollieren suchen und deshalb auch zu Zugeständnissen bereit sind, sowie jenen, die erkannt haben, dass der Kapitalismus nur durch eine grundlegendere Umgestaltung im Rahmen eines New Green Deal und New Public Deal zu erhalten ist. Genau an diesen Rissen kann transformatorische Politik auch aus der Minderheit und der Schwäche ihre Keile in den herrschenden Block treiben und eine transformatorische Dynamik auslösen, die über den Kapitalismus hinausweist.

Wenn es richtig ist, dass wir uns erst in der embryonalen Phase einer neuen For-

mation oder Produktionsweise befinden, dann besteht noch die Chance, auf deren Struktur und Ausrichtung Einfluss zu nehmen – in der Bundesrepublik und in der Europäischen Union. Die jetzt ablaufenden Lernprozesse werden entscheidend sein in Momenten neuer Weichenstellungen, die zu erwarten sind. Ein solcher strategischer Blick, der das jetzige Eingreifen immer auch an diesen langfristigen Zielen orientiert, kann helfen, aus der Krise eine Chance zu machen, die Bedingungen für einen Richtungswechsel zu schaffen.